juli

7/76 - DM 3,50

C4143 EX

konkret

Emanzipation auf dem Strich?

Eine Studentin macht sich frei

Talk-Show macht dumm

Bundeswehr gegen Streikende

Bürger (-Krieger) in Uniform

Heinrich Böll: Statt oder statt oder statt statt oder

Italien Lire 1200
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28

briefe an konkret

Ohne Böll etc.

Ist KONKRET eine Zeitschrift, die von Dünnbrettbohrern gemacht wird?

KONKRET ist in Wahrheit ein Forum linksbürgerlicher Intellektueller, die uns immer wieder zu Wahlkampfzeiten die Legende und Lüge vom „kleineren Übel" (Wählt trotz allem SPD!) für DM 3,50 verkaufen wollen. Zugegebenermaßen enthält KONKRET hin und wieder recht brauchbare Artikel und Informationen, aber das linke Massenblatt, das Sie der schlafenden BRD-Linken in den Schoß legen wollen, ist es ganz sicher nicht. KONKRET ist solange keine Zeitschrift für linke Arbeiter, solange es nicht mit seinem intellektuellen Anstrich und dem verschwommenen Konzept einer Volksfront-Politik Schluß macht. Das wäre dann freilich eine Zeitschrift ohne Gremliza, Böll, Parnass, Dutschke etc. pp.

Folkert Mohrhof
Matthias Zimmermann
Hamburg

Nach eineinhalb Jahren Lektüre ein Kompliment für KONKRET: Ein deutscher „New Statesman" ist im Entstehen.

Michael Kessler
Schwalbach

Seit etwa einem halben Jahr bin ich KONKRET-Leser (wieder). Ich muß euch einmal sagen, daß ich die Zeitung unheimlich gut finde, sie ist von der ersten bis zur letzten Seite lesenswert, außerdem ist KONKRET (leider!) das einzige relevante, echt linke Blatt in der BRD. Ich kann nur hoffen, daß es Euch gelingt, Euren jetzigen politischen Kurs zu halten. Macht so weiter!

Ralph Langrock,
Marburg

Kreuzwendedich

KONKRET (4 + 6/76) berichtete über die Verwandtschaftsverhältnisse des CDU-MdB Gerhard Todenhöfer.

Als ich in Eurem Juni-KONKRET auf Seite 3 den Namen Todenhöfer las, fiel mir doch gleich wieder das Buch von Bernt Engelmann „Großes Bundesverdienstkreuz" ein. Da steht auf den Seiten 138/139: „Todenhöfer, Gerhard Kreuzwendedich, geboren am 10. Juni 1913 in Wippersheim, Legationsrat a. D., Industrieller. Seit 1930 Mitglied der NSDAP, schon als Gymnasiast fanatischer Nationalsozialist und besonderer Günstling Martin Bormanns, als dessen Vertrauensmann Dr. Todenhöfer nach beendetem Studium und Dienst in der NSDAP-Auslandsorganisation ins Auswärtige Amt kam. Dort zunächst stellvertretender Referatsleiter Deutschland III (Judenangelegenheiten), dann stellvertretender Leiter des Sonderreferats, hielt engen Kontakt zum Propagandaministerium und zur Parteikanzlei. Der Bormann-Günstling Legationsrat Hauptsturmführer Dr. Todenhöfer förderte in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes die Karriere seines engen Freundes Dr. Kurt Georg Kiesinger. Nach 1945 übernahm Todenhöfer eine leitende Position bei der C. Baresel Bau-AG in Stuttgart, deren Generaldirektor er seit vielen Jahren ist. Aufsichtsratsvorsitzender der C. Baresel Bau-AG ist Dr. Klaus Scheufelen, langjähriger Präsident des „Wirtschaftsrats der CDU e. V."

Horst Wilke,
Limburgerhof

Ist KONKRET unser?

Hermann L. Gremliza fragte zum Tod von Ulrike Meinhof (6/76): „War sie denn unser?"

Auch ein verfehltes Leben kann einen Sinn haben. Und letztlich war Ulrike Meinhof doch ungeheuer konsequent. Als sie mit ihren Kolumnen nicht weiterkam, griff sie zur Waffe, wollte zerstören, was sie haßte und verachtete. Und auch ihr Tod ist nur so zu sehen: Sie war intelligent und wird irgendwann eingesehen haben, daß ihr Weg nicht der richtige war. Für mich jedoch hat sie sehr viel getan. Sie und ihre Taten brachten mich auf den Gedanken, etwas sei faul in diesem Staate. Für meine Generation (1954) war die Welt noch in Ordnung. Ich wußte nichts von Hitler (Faschismus war ein Wort, das ich nicht kannte), auf meine Fragen bekam ich lediglich die Antwort, Hitler habe zwar den Krieg angefangen und die Juden vergast, doch so schlecht sei das damals sonst nicht gewesen. Die Demokratie wäre zwar besser, aber immerhin ... Erst 1971, aufgeschreckt durch seltsame Zeitungsmeldungen von Anarchisten und BM-Gruppe, von Bombenanschlägen und Leichen, fing ich an, mich zu erkundigen, stellte unbequeme Fragen und handelte mir Ohrfeigen meines Vaters ein, als ich ihm sagte, er selbst habe 1941 auch auf Menschen geschossen, die ihm nichts getan hatten.

Beate Ollrogge-Behrens,
Hamburg

Sie haben sehr lange geschwiegen über Ulrike Meinhof, zu lange. Ihr neuester Artikel, der wie ein letztes „ich weiß nicht, wie ich soll" aussieht, ist nicht ausreichend, in dieser Form überflüssig, ja man kann sagen, lächerlich. Sie können nicht anhand eines Ulrike-Meinhof-Artikels ihre Ansicht über Kriminalität kundtun, zumal Sie ihn auch noch unrichtig auslegen. Wenn man so etwas macht, muß man Ulrike Meinhof schon insgesamt sehen und nicht nur eine einzige Kolumne. In KONKRET Nr. 17/1968 äußert sie sich unmißverständlicher zu Kriminalität, und hier sagt sie ganz klar, daß sie diese für eine Bagatelle hält. Ich weiß nicht, woher Sie das Recht nehmen, die Aussagen einer Frau, die schon so oft verdreht wurden, noch einmal zu verdrehen. Sie hätten besser geholfen, solange noch zu helfen war. Sie können schreiben, schweigen und tun und lassen, was Sie wollen, Sie können nicht vergessen machen, was Malcolm X, George Jackson, Che Guevera und nicht zuletzt Ulrike Meinhof uns sagten und lehrten, es wird noch sehr, sehr lange Bestand haben, auch dann noch, wenn man überall eingesehen hat, wie das Schlagwort der „feigen Linken" zustande kam, auch dann noch, wenn man von Leuten wie Gremliza schon lange nicht mehr spricht. Ich stelle die Gegenfrage: „Sind SIE denn unser?"

Gunter Römer,
Herrstein

Ulrike Meinhof ist, formal nicht zuletzt durch ihren Tod, zu einem mahnenden Symbol unserer Zeit geworden: Für die Linke, daß dieser Weg der falscheste war; er stärkte allein die, denen der Kampf gegolten hatte. Und daß, wer die Zukunft auf Leid, Angst und Schrecken aufbauen will, sie sich höchstens verbaut. Für die Reaktion, daß nicht unbedingt so glimpflich davonkommen muß, wer den Idealismus junger Menschen zuerst auf die Straße und dann in den Untergrund knüppelt; daß, wer Pinochet Beifall zollt, auch der Baader-Meinhof-Gruppe putative Notwehr zugestehen muß. Für die breite Masse der Bevölkerung, daß etwas nicht stimmt in diesem Staate; und, daß das Bekämpfen von Symptomen noch lange keine Therapie ist. An Ulrike Meinhofs Verbrechen ist nichts entschuldbar, aber manches erklärlich. Spätestens jetzt, nach ihrem Tode, sollta man den Haß zurückstellen und das Motiv für den tragischen Weg dieser Frau anerkennen.

Rolf Müller,
Kiel

Hohler Kopf?

Die Diskussion um Feminismus und KONKRET geht weiter. Antworten auf Alice Schwarzers „Hexenjagd" und Horst Tomayers „Flying Lesbians" (6/76).

Die „Musikkritik" über die Flying Lesbians von Horst Tomayer lag erschreckend weit unter dem sonstigen Niveau von KONKRET! Ich finde es sehr bedenklich, eine derartig unsachliche und diffamierende Kritik zu veröffentlichen, die der Platte in ihrer Vielfalt und musikalischen Darbietung nicht im geringsten gerecht wird. Die „Mädels" und alle engagierten Frauen mit verdummenden Wortspielereien zu einer Randgruppe abzustempeln, halte ich zudem politisch für sehr bedenklich.

Anja Baumhoff,
Lübeck

Liebe Alice Schwarzer, Hexenjagd ist ein schweres Wort. Der Volkssturm gegen bestimmte Frauen ist historisch gesehen politisch gewichtiger als die polemischen Diffamierungen gegen Alice Schwarzer. Hexenjagd ist die institutionalisierte Verfolgung Andersdenkender, Berufsverbot z. B., die Bedrohung der eigenen Existenz. Und Du kannst, wie Du ja feststellst, recht gut leben. Dir hat, glaube ich, noch keiner den Scheiterhaufen angezündet, selbst wenn gezündelt wird. Von allen Seiten. Die verdammte Höhle des Löwen, in die Du Dich begeben hast, ist halt noch immer gut bürgerlich. Und so, wie in die Höhle hineingeheuchelt wird, so schallt es verlogen auch wieder heraus. Deine positiven Erfahrungen mit Frauen sind eben auch nur isolierte Vorgänge. Du läßt sie reden, sich den „Kummer" von der Seele reden, dann gehen sie wieder nach Hause, mit dem „kleinen Unterschied" unterm Arm, und der Kleinkrieg der

Große Reichenstraße 25/27
2000 Hamburg 11

Geschlechter geht zu Hause von neuem los. Die Frauen kommen in der Regel ja nicht allzu weit mit ihren Gedanken. Der kleine Unterschied überdauert den miesen Alltag der meisten Frauen kaum. Das weißt Du. Das Gedruckte ist eine abstrakte Sache, Sexualität eben hier in der Provinz doch mit Leichtlohngruppen und Mädchenbildung gleichzusetzen. Die wachsende Unruhe der Frauen ist eher eine Männerkrankheit, die Angst vor morgen. Freiheit oder Sozialismus, hieß die Kampfparole der siegreichen CDU in Baden-Württemberg, und die Frauenzeitschrift „BRIGITTE" brachte in diesem Zusammenhang eine ganzseitige Anzeige mit dem Slogan: „Wir Frauen in Baden-Württemberg haben keine Komplexe, wir wählen CDU." Diese unangefochtene Parole ist den Frauen nicht in den Kleidern hängengeblieben, wenn man das Wahlergebnis hier so betrachtet.

Karin Reschke, Konstanz

Ich bin doch immer wieder erstaunt darüber, mit welcher Arroganz Männer auf Aussagen aus der Frauenbewegung reagieren. Meiner Meinung nach bestätigen die Leserbriefe gewisser Männer genau das, was Frauen an ihrem patriarchalischen Bewußtsein kritisieren. Auf Mitleid pfeifen wir Frauen, das kann man eher den Männern entgegenbringen, die sich krampfhaft hinter polit-ökonomischen Kategorien verstecken, um sich selbst bloß nicht mal in Frage stellen zu müssen. Veränderung tut weh – wie weh, davon können wir Frauen ein Lied singen. Wie Frauen immer noch gesehen werden, zeigt ja Euer Comic: Titte, Arsch und hohler Kopf.

Rosmarie Klein, Siegen

Rollkommando

Carl L. Guggomos berichtete über seinen Ausschluß aus der SPD (5/76). Aber auch in der Partei gibt's noch Genossen. Diesen z. B.:

Dem Genossen Carl L. Guggomos – und für mich als SPD-Mitglied bleibt er trotz seines skandalösen Rausschmisses aus der Partei ein Genosse, mit dem ich erheblich mehr gemeinsam habe als mit dem „Schiedskommission" genannten Rollkommando Mittelrhein.

Hans-Detlev v. Kirchbach, Köln

Hetzpropaganda

Winfried Thomsen analysierte die FDP („Genscheremos", 5/76). Das tat weh.

Ich wohne in einem Wahlbezirk, in dem die CDU 72 Prozent aller Stimmen besitzt. Ich bin einiges gewöhnt, was Wahlhetze gegen die FDP angeht. Der Artikel von Thomsen ist allerdings das miserabelste journalistische Machwerk, das ich seit langem zu lesen bekommen habe. Ich würde Herrn Thomsen empfehlen, einmal Hetzpropaganda des 3. Reiches zu studieren – er würde erstaunt sein, wie gleich sein Text mit diesen Schweinereien ist. Da wird vor nichts zurückgeschreckt, um den politischen Gegner fertigzumachen, d. h. historische Fälschungen vorgenommen („Liberale, das waren die Penner der Paulskirche"), diskriminierendes Vokabular blind verstreut („klassische Stiefelputzer"), Personen in übelster Weise als lächerlich und unfähig beschrieben. Ich bin überzeugt, die Mehrzahl der KONKRET-Leser hat Verstand genug, um sich auf so plumpe Weise nicht manipulieren zu lassen.

Dr. Gertrud Jungblut, Vechta

Nützt uns das

Wolf Biermann meldete sich in einem Brief „An einen Genossen" (6/76) zur Biermann-Diskussion.

Man muß wohl schon zum MSB Spartakus gehören – oder Helmut Preißlers Gedicht noch nicht gelesen haben –, um weiter Ignorant zu sein. Den Artikel in „rote blätter" kannte ich nicht, kenne ich nicht, macht aber nichts, da er freimütig von dem mir allerdings bekannten Kaisersgeburtstagsdichter eingeläutet wurde. Klingt es theoretisch, wenn ich schreibe, daß dessen Wortmächtigkeit wohl am besten bei der Sportredaktion seines Zentralorgans am Platze wäre? Es klingt nur so. Und der steht nun hier gegen Biermann. Noch Fragen? Eine: Wer ist Oskar Neumann? Ich werde Biermanns offenen Brief kopieren und unter all die Wahrheiten mischen, die auf den Mensa-Tischen liegen. Aber nützt uns das?

Werner Rohrer, Gießen

konkret intern

Vorab: Es sind zwei Bücher zu kaufen, die in diesen Tagen erscheinen. Eines heißt „Demagogie als Programm / Die Strategie der Unionsparteien", geschrieben von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen, und ist als Band 5 der Reihe PDI-KONKRET zu beziehen über den Pressedienst Demokratische Initiative, Münzstraße, 8 München 2. Das andere heißt „Faschismus kommt nicht über Nacht", erscheint im Raith-Verlag und ist die bisher umfangreichste und erdrückendste Sammlung von Nachrichten über die Zerstörung der bundesdeutschen Demokratie. Mitherausgeber ist der KONKRET-Autor Jürgen Roth.

☆

Die Polemik „Jetzt reicht's, Ranicki!" in KONKRET 5/76 hat Ende Mai die „Frankfurter Allgemeine" und die „Welt" zu Ausfällen hingerissen, deren Infamie nachlesenswert ist (Seite 6/7). Matthias Walden forderte die „demokratischen Sozialisten", die bei KONKRET schreiben, auf, dies künftig zu unterlassen. Wer es dennoch tue, dessen Name müsse vermerkt werden (auf welcher Liste auch immer). Angesprochene, von Walden möglicherweise gemeinte KONKRET-Autoren hielten die Frage, ob sie darauf antworten wollten, für eine Zumutung. Einer meinte, Walden werde er nicht mal die Frage beantworten, wie spät es ist; der werde die Auskunft „fünf vor zwölf" doch nur als Drohung mit Bombenwerfen auslegen.

Politik

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Drohung im „Stürmer"-Jargon

Von Robert Held

Es geht um einen Angriff aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Marcel Reich-Ranicki hat in dieser Zeitung den neuen Roman von Martin Walser besprochen. Er hat sich das Werk mit dem Impetus eines auch wegen seines Temperaments bekannten Literaturkritikers vorgenommen, gewissermaßen [illegible] und vorzeitig Totgesagten und Hammer zugl[illegible] Rü[illegible]icht auf die in einem strand[illegible] um beschworene Solida[illegible]

Anpöbelei, die uns nicht provozieren könnte. Aber dann, im letzten Absatz, steht etwas, das wir nicht ungerügt passieren lassen können. Da heißt es: „... wer über das politische Bekenntnis eines Schriftstellers so redet, als sei es eines[illegible] Feuilleton-Redakteurs [illegible]gemein nennen[illegible] einen An[illegible] unbequeme und [illegible] nordrhein-westfälische [illegible] te vor der Bundestagswahl mit seinem unprogrammierten Sieg in eine Zwickmühle gebracht.

heute nicht ignoriert werden. Ein Literaturkritiker von Reich-Ranickis Temperament muß darauf gefaßt sein, und es macht ihm Vergnügen, daß ihm scharf geantwortet wird. Aber hier wird nicht nur geantwortet, sondern gedroht.

Was bedeutet diese Drohung, auf [illegible] Seiten eines Blattes gedruckt [illegible] ist, wie er betont [illegible] schon einmal Terror[illegible] [illegible] wie es sich vor kurzem wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, nicht mehr eine „Privatangelegenheit zwischen Gewerkschaft und Unternehmer". Dann er „stört Recht und Ordnung, unterbricht den Gang von Produktion und Konsum ... Er trifft nur in seltenen Fällen die Unternehmer ausschließlich. Der Umkreis der von ihm betroffenen unbeteiligten Dritten ist häufig sehr groß: Sie zahlen die sozialen Kosten des Streiks, [illegible] sich nirgendwo als Buchwert derschlagen."

Meinungsäußerung des an[illegible] des Gegners, gegebenenfal[illegible] Barrikaden gehen müsse. [illegible] auch zur freiheitlichen[illegible] sung dieser Zeitung. Aber [illegible] sen Freiheitsspielraum des [illegible] gehört die Drohung, mit [illegible] mit Worten unliebsame Ar[illegible] [illegible] gehört Terror d[illegible] [illegible] Diese Verorc[illegible] in der Zeit [illegible] nach dem Ers[illegible] gut und verhü[illegible] Den Gewerksc[illegible] mals wohl auc[illegible] sie, wie Fried[illegible] jähriger Chef[illegible] wärts" es ge[illegible] Verantwortun[illegible] Instanz absch[illegible]

DIE WELT

Wenn „konkret" konkret wird ...

Von MATTHIAS WALDEN

Wenn ein jüdischer Autor heute in Deutschland wegen einer Veröffentlichung aus seiner Feder so bedroht wird: „Fragen der Hygiene verlangen nach anderen Antworten. Im Wiederholungsfall werden sie gegeben werden" — wenn das heute in Deutschland [illegible] thisierenden Umfeld als böser Feind, dessen Recht auf freie Meinung zu bestreiten war.

Unter „Hygiene" verstanden die Nazis, alles zu bekämpfen, was ihnen nicht zujubelte, alles zu vernichten, was ihnen widersprach. Sie dämonisierten ihre Gegner und heroisierten ihre Wortführ[illegible]

Knapp 2000 KONKRET-Leser haben die Chance, KONKRET noch zum alten Preis zu abonnieren, wahrgenommen. Damit haben wir nicht gerechnet. Deshalb sind wir mit dem Versand der ausgelobten Bücher ins Schleudern gekommen. Wir bitten um etwas Geduld. Und alle, die KONKRET noch nicht abonniert haben, bitten wir jetzt noch einmal darum. Nichts sichert die Existenz und Unabhängigkeit einer linken Publikumszeitschrift so langfristig wie ein großer Abonnentenstamm. Da unten, der Coupon, der isses. Ja?

Coupon

Einsenden an: Neuer Konkret Verlag GmbH
Große Reichenstr. 25–27, 2000 Hamburg 11

Zustelladresse (Bitte in Blockschrift ausfüllen)
Herr/Frau/Firma
Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Rechnungsadresse (wenn nicht identisch mit der Zustelladresse) Herr/Frau/Firma

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Das Jahresabonnement KONKRET gibt es für 42,– DM incl. MwSt. frei Haus. (Nur BRD)

Datum _____ Unterschrift _____

Monatszeitschrift für Politik und Kultur – Hamburg, 24. Juni 1976 – Heft 7/76

Herausgeber: Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hermann L. Gremliza (verantwortlich für Politik), Ingrid Krüger (verantwortlich für Kultur), Hartmut Schulze. Layout: Georg v. Kieseritzky

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerhard Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günter Nenning · Peggy Parnass · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Klaus Staeck · Alice Schwarzer · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl ·

Eine demokratische Armee kann es nicht geben, sagt der sozialdemokratische Verteidigungsminister Georg Leber. Was es geben kann und schon gibt, das ist eine Bundeswehr, die sich mehr und mehr auf Einsätze im eigenen Land, gegen Störer und Streikende vorbereitet. Frank Rühmann stellt vor:

Bürger-Krieger in Uniform 12

Emanzipation kann vieles heißen. Daß man das Warenverhältnis der Beziehungen zwischen Mann und Frau im Kapitalismus dadurch vermenschlichen kann, daß man es – zum Beispiel auf dem Strich – offen benennt mit blauen Scheinen auf den Begriff bringt – das ist neu. Eine Studentin berichtet über ihre Erfahrungen.

Emanzipation auf dem Strich 29

Es ist wichtig, darüber zu informieren, was die Linke will und was man mit ihr anstellt, um das zu verhindern. Es ist noch wichtiger, zu zeigen, was die Linke schon kann, bevor der Sozialismus da ist. Im italienischen Bologna zeigt eine rote Mehrheit, wieviel demokratischer Fortschritt heute möglich ist.

Macht ganz, was kaputt macht 33

Hand auf's Herz, haben Sie nicht auch die Nase voll? Von den Talk Shows mit den aufgetakelten abgetakelten Fregatten aus Gesellschaft und Politik, wo immer nur diskutiert werden darf, was die Grenzen der Sexualität nicht überschreitet? Und wo nie von Geld gesprochen werden darf? Dem KONKRET-Autor Hermann P. Piwitt langt's:

Talk Show macht dumm 43

Warum ist die Unterhaltungskunst des Hauses Goebbels im deutschen Fernsehen so herrlich wiedererstanden? Warum fällt es gar nicht leicht, einen alten UFA-Film von einem neueren Constantin-Film zu unterscheiden? Warum blieben Rühmann, Söhnker und die Leander zu jeder Zeit die Stars? Friedrich Knilli gibt darauf Antwort:

Heile, Heile Hitler 48

Warum ich Strafantrag stelle
Von Hermann L. Gremliza 6

Rotkoller
Erich Fried zum Fall Gremliza – Held/Walden 8

Die größte Lüge der Welt
Walter Barthel über das teuerste Rüstungsprojekt seit Christi Geburt 9

Statt oder statt oder statt statt oder
Die CDU und das Bindewort / Eine Satire von Heinrich Böll 16

Der „Einpeitscher"
KONKRET-Interview mit dem Mitglied des Hauptvorstands der IG Druck und Papier, Detlev Hensche 17

Wer denkt noch anders?
Peggy Parnass über Pressefreiheit 20

KONKRET-Magazin 21

Chile nach dem Putsch 25

Berufsverbot
Erste Folge des neuen KONKRET-Sonderteils 26

KONKRET-Express 28

Kultur im Knast
Bericht von Peter Paul Zahl 38

Film
Burkhard Mauer über „Marquise von O.", Hartmut Schulze über „Der Dritte Grad" 42

Hand aufs Herz, haben Sie nicht auch die Nase voll?
Herwann P. Piwitt sagt, warum er die Talk Shows satt hat 43

Der Schreiber als Partisan
Günter Wallraff verlangt ein neues Selbstverständnis 44

Was ist mit dem politischen Theater los?
KONKRET-Interview mit Rolf Hochhuth 46

Der Grund zur Freude
Martin Walsers Sprüche/5. Teil 47

Neuer Konkret Verlag GmbH, Große Reichenstraße 25/27, 2000 Hamburg 11 · Telefon (040) 32 55 22 / 33 56 96 · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (Verantwortlich für Anzeigen): Ulrich Alberti · Jahresabonnement DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto. Abonnement-Bestellung bitte an: DPV Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 ·

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. 12. 1974 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Arnholdt-Satz, Falkenried 42, 2000 Hamburg 20 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27-29, 2000 Hamburg 1 · Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

Bundesminister Hans Matthöfer:

Drei Antworten im Bürgerdialog Kernenergie

In vielen öffentlichen Veranstaltungen beantworte ich in diesen Monaten Fragen von Bürgern zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Drei Fragen werden besonders häufig gestellt:

Wird bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Abhängigkeit vom Erdöl nicht durch die neue Abhängigkeit vom Rohstoff Uran ersetzt?

Richtig ist, daß Uran – ähnlich dem Erdöl – in der Bundesrepublik Deutschland und in Mitteleuropa nur geringe abbbauwürdige Vorkommen aufweist. Große Lagerstätten sind jedoch in verschiedenen Gebieten Nord- und Südamerikas, in Afrika und in Australien vorhanden: die zur Zeit wirtschaftlich verwertbaren Uranvorräte sind auf der Welt breit verteilt.

Wegen der günstigen Voraussetzungen für eine Vorratshaltung von Kernbrennstoffen kann außerdem Versorgungsstörungen vorgebeugt werden. Die Bundesregierung fördert die Erschließung neuer Uranvorkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in verschiedenen Erdteilen.

Warum ist Reaktorsicherheitsforschung nötig, wenn die Kernenergie heute schon sicher ist?

Alle in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb befindlichen kerntechnischen Anlagen sind unter der Voraussetzung genehmigt worden, daß sie nach dem jeweils gültigen Stand der Wissenschaft einem Höchstmaß an Sicherheit entsprechen. Die Reaktorsicherheitsforschung arbeitet mit 90 Mio. DM pro Jahr daran, diesen Stand der Wissenschaft weiter auszubauen, z. B. möglichen Störfällen mit geringem Aufwand wirksam und gezielt vorbeugen zu können oder die Wartungs- und Reparaturfreundlichkeit von Reaktoren im Hinblick auf die in Kernkraftwerken Beschäftigten zu verbessern.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Bürgerinitiativen?

Die Einführung der Kernenergie ist ein Thema, das weder die Fachleute noch die Politiker allein angeht. Es handelt sich hierbei um neue, bedeutsame technologische Entwicklungen und Entscheidungen von weitreichender Bedeutung. Das bringt Probleme mit sich, die das Leben jedes einzelnen Bürgers beeinflussen können. Die Bundesregierung hält es darum für notwendig, dieses Thema mit dem Bürger zu diskutieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Bürgerinitiativen, deren sachliche Argumente ein begrüßenswertes belebendes Element in der notwendigen öffentlichen Diskussion bedeuten.

Ausführliche Antworten zu diesen und vielen anderen Fragen enthält die 2. Auflage des Taschenbuchs „Kernenergie", die jetzt erschienen ist.

Eine Information
des Bundesministers für
Forschung und Technologie
Hans Matthöfer

An den Bundesminister für Forschung und Technologie,
Hans Matthöfer, 5300 Bonn 12, Postfach

Betr.: Bürgerdialog Kernenergie

○ Senden Sie mir bitte das Taschenbuch „Kernenergie" (2. Auflage).

○ Ich möchte an einem Informations-Seminar teilnehmen. Nennen Sie mir bitte Veranstaltungen.

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

6245

Hermann L. Gremliza:

Warum ich Strafantrag gegen Robert Held von der „Frankfurter Allgemeinen“ und Matthias Walden von der „Welt“ stelle

Wer schon weiß, daß der Herausgeber von KONKRET dumm oder unzurechnungsfähig, wahrscheinlich sogar kriminell ist, ein Gangster, ein roter Faschist, der Leute beseitigen will, der braucht nicht weiterzulesen. Wer Zweifel daran für möglich hält, der kann hier erfahren, warum unsere zum Zeitungmachen angestellten Systemtrottel immer häufiger aus der Fassung und auch aus der Verfassung geraten.

In einer Kolumne im Mai-Heft von KONKRET habe ich anläßlich des als Literaturkritik nur flüchtig drapierten Boykottaufrufs, den der Feuilleton-Redakteur Marcel Reich-Ranicki in der „Frankfurter Allgemeinen“ gegen Martin Walsers Roman „Jenseits der Liebe“ erscheinen ließ, darauf hingewiesen, daß bei kriselnder Ökonomie selbst in den Kulturressorts der bürgerlichen Blätter Klassenkampf angesagt sei. Dabei wurde eingeräumt, daß den betroffenen Lohnschreibern, wie auch dem besonders betroffenen Marcel Reich-Ranicki, die entsprechenden Hilfsdienste nicht sonderlich übelgenommen werden können. Verlangt werden müsse allerdings, daß sich die Herren auf die üblichen Bordwaffen des bürgerlichen Kulturbetriebs wie Totschweigen, Boykott oder Lügen beschränken, und sich nicht auf Gebieten bewegen, die Fragen der Zimmerreinheit berühren.

Genau das aber hatte Marcel Reich-Ranicki getan, als er am 27. März schrieb:

„Damals, um 1970, schöpfte Walser ... plötzlich neue Hoffnungen: Er wandte sich, die Mode vieler bundesdeutscher Intellektueller flink und graziös mitmachend, dem Kommunismus zu ... Natürlich gibt es ... deutschsprachige Schriftsteller, für die der Kommunismus eine ernste, eine große Sache ist. Aber für Walser, den unermüdlichen Spieler, den Jongleur, Showmaster und in der Tat begnadeten Unterhaltungskünstler vom Dritten Programm? Reden wir nicht darüber ... So wurde Martin Walser zum geistigen Bajazzo der revolutionären Linken in der Bundesrepublik Deutschland.“

Unter dem Titel „Jetzt reicht's, Ranicki!“ hatte ich darauf geantwortet:

„Mode, Jongleur, Showmaster, Bajazzo ... Wer über das politische Bekenntnis eines Schriftstellers so redet, als sei es das irgendeines Feuilletonredakteurs der sich mit Grund ‚Allgemein‘ nennenden ‚Frankfurter‘, verliert seinen Anspruch auf bloß literarische Befassung. Fragen der Hygiene verlangen nach anderen Antworten. Im Wiederholungsfall werden sie gegeben werden.“

Die „Frankfurter Rundschau“ nannte diese Formulierung „zumindest zweideutig“. Tatsächlich hätte sie, gebraucht im Leitartikel etwa der „Welt am Sonntag“, mich um die körperliche Unversehrtheit des Betroffenen fürchten lassen, während derselbe Wortlaut im Kontext einer linken, demokratischen Zeitschrift wie KONKRET nur Schwachköpfe von Geburt oder aus Neigung zu dem Schluß kommen lassen konnte, Herrn Reich-Ranicki solle ein körperliches Leid geschehen. Reich-Ranicki hat das wohl auch so verstanden und dazu geschwiegen.

Anders die Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“, die seit den Fällen Andersch/Rühle und Zwerenz/Faßbinder/Fest keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen, ihre Gegner in die politische Nachfolge derer zu stellen, deren politische Nachfolger heute in Herausgebergremien sitzen. Am 24. Mai erschien auf der innenpolitischen Kommentar-Seite der „FAZ“ ein vierspaltiger Aufmacher: „Drohung im ‚Stürmer‘-Jargon“. Autor war Robert Held, „Chefkorrespondent“ und „Berater des Herausgebergremiums“. Daß „Gremium“ zu deutsch Schoß heißt und daß der fruchtbar noch, aus dem das kroch, war nicht zu verkennen:

„Es geht um einen Angriff aus dem Wörterbuch des Unmenschen ... Marcel Reich-Ranicki wird ... in der Mai-Nummer von KONKRET vom Herausgeber dieser Zeitschrift, Hermann L. Gremliza, als schreibender Lohnsklave ... hingestellt. Es ist eine politische Anpöbelei, die uns nicht provozieren könnte. Aber dann, im letzten Absatz, steht etwas, das wir nicht ungerügt passieren lassen dürfen ... Jedem, der das Dritte Reich noch in der gehörigen Erinnerung hat, verschlägt das den Atem ... Uns, die das Dritte Reich und seine bürokratische Gangstersprache noch in Erinnerung haben, hallt das in den Ohren. Welche fürchterliche Erweiterung des Bedeutungsfelds der Begriff „Hygiene“ im Zusammenhang mit der Erwähnung jüdischer Mitbürger hatte, und gewiß nicht nur im ‚Stürmer‘, kann auch heute nicht ignoriert werden ... Der Verfasser jener Drohung im ‚Stürmer‘-Jargon ist entweder dumm – weil er nicht weiß, welche Formeln er gebraucht – oder unzurechnungsfähig – weil er sich in seiner Wut ungeheuerlich vergreift – oder kriminell. Nach allem, was wir schon erlebt haben, sind wir gezwungen, das letzte zumindest für möglich zu halten ... Aber (die Leute von KONKRET) werden sehen, ob sie sich nicht doch in ihrer Auffassung von einem Publikum getäuscht haben, ... das sein Land nicht als eines wünscht, in dem jeder Gangster nächstens seine Drohungen in Zeitschriften-Auflagen verbreiten kann.“

Das war, dazu ist man „Frankfurter Allgemeine“, bei aller Infamie bloß mit dem Dreschflegel argumentiert. Mit der Jauchekelle rückte tags darauf Matthias Walden von der „Welt“ an:

„Wenn ein jüdischer Autor heute in Deutschland wegen einer Veröffentlichung aus seiner Feder so bedroht wird ... wo steht es dann? In einer Broschüre fossilen Nazitums? In einer Winkelzeitung faschistischer Sektiererei. Es stand in KONKRET, dem Leib- und Magenblatt der radikalen Linken. Unter Hygiene verstanden die Nazis, alles zu bekämpfen, was ihnen widersprach ... Es paßt ins Bild der sich unappetitlich berührenden Extreme, daß KONKRET Reich-Ranicki wegen seines Ungehorsams gegen die linke Mafia einen ‚schreibenden Lohnsklaven‘ nennt ... Einige der Autoren, die in KONKRET schreiben, beanspruchen, als ‚demokratische Sozialisten‘ zu gelten. Und nun warten wir gespannt, ob sie sich äußern und was sie sagen und vor allem: ob sie dort weiterschreiben. Denn mindestens so interessant und wichtig wie das Erkennen der Wesensmerkmale des ‚roten Faschismus‘ ist, genau zu beobachten, wer sich bei ihm unterhakt.“

(Damit man an dem Tag, auf den da hingeschrieben wird, die Liste derer vollständig hat, die nicht ins „Bild“ passen und deshalb ins Loch gesteckt werden. Wobei im Interesse unbeteiligter Dritter zu hoffen ist, daß die schwarze Liste nicht von Walden selbst geführt wird, da journalistische Schlampen wie er ihre Informationen gern aus zweiter Hand nehmen: Das angeblich wörtliche KONKRET-Zitat vom „schreibenden Lohnsklaven“ kam zwar bei Held, nicht aber in KONKRET vor.)

Auf Walden folgte, drei Tage später, Hans Heigert von der CSU, Vorsitzender der Chefredaktion bei der „Süddeutschen Zeitung“, der als Quelle nicht mal mehr, wie Walden, den Held benutzte, sondern bloß noch den Walden:

„Einige deutsche Schriftsteller ... gebrauchen mitunter Begriffe, die direkt aus dem perfidesten Sprachschatz der nationalsozialistischen Propaganda stammen (wie etwa kürzlich in einer Polemik gegen einen Feuilleton-Redakteur der FAZ. Ihn zu beseitigen, so hieß es aus Literatenmund, sei eine Frage der ‚Hygiene‘).“

Da fehlte eigentlich nur noch die „Bild“-Zeitung mit der Schlagzeile: „Roter Nazi will jüdischen Kritiker vergasen!“

Verstehen kann man das alles: Wie nahe müssen einem Journalisten wie Walden, der seine Kommentare zwanzig Zentimeter Luftlinie entfernt von Karikaturen eines ehemaligen Judennasen-Zeichners vom „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht, an-

tisemitische Assoziationen sein. Unter welchen Verdrängungszwängen müssen „FAZ"-Kommentatoren stehen, die von ihnen erwünschte Urteile höchster Gerichte gegen sogenannte Radikale von Richtern gefällt sehen, die einst über die Untauglichkeit von Juden zum journalistischen Beruf promoviert hatten oder an „Rassenschande"-Urteilen beteiligt waren. Wie scharf auf Ablenkung muß ein CSU-Redakteur sein, dessen Parteifreunde rote Ratten in ihre Löcher treiben und linke Schädlinge vertilgen wollen – eben ganz im Jargon des „Stürmer". Wer eine Landesregierung wie die baden-württembergische, deren wichtigste Ministerposten an alte Nazis vergeben sind, zum Hort der Demokratie ausruft, der muß, da ja doch die Nazis nicht alle verschwunden sein können, sich ein paar neue machen.

Er muß es vor allem gerade jetzt, da die Bundesrepublik bei ihrer ganzen Nachbarschaft in gefährlichen Verruf gerät. Wenn liberale und sozialdemokratische Engländer, Schweden, Dänen, Holländer, Luxemburger, Belgier, Franzosen und Italiener meinen, die Bundesrepublik sei auf dem Weg zum Polizeistaat, ist es das beste, man erfindet ein paar neue, diesmal rote Nazis, und weil das Ausland nichts mehr fürchtet als deutsche Nazis, wird alles, was sich gegen die richtet, dann dort eher hingenommen werden.

Die Kalkulation spekuliert freilich auf eine Bereitschaft zum Selbstbetrug, die vielleicht bei Abonnenten der „FAZ", der „Welt" oder der „Süddeutschen Zeitung" vorausgesetzt werden kann, nicht aber in Ländern mit politischer Kultur und demokratischer Tradition. Dort hat man das Dritte Reich in Erinnerung und nicht, wie Herr Held, „in der gehörigen Erinnerung", nämlich der Erinnerung, für die sich's gehört, nicht daran zu erinnern, daß die politischen Opfer des Nationalsozialismus, wie die jeder Form von Faschismus, fast ausschließlich Sozialisten und Kommunisten waren. So sicher wie kein Franzose oder Holländer, ob fortschrittlich oder konservativ gesonnen, meine Drohung an Reich-Ranicki mit irgendeiner NS-Formel in Zusammenhang gebracht hätte, so gewiß sieht er zwischen der KZ-Haft eines Vaters und dem Berufsverbot für seine Tochter Zusammenhänge. Und hält die Bundesrepublik nicht deshalb schon für einen Rechtsstaat, weil ihre Juden keinen Stern mehr tragen.

„Ein Angriff aus dem Wörterbuch des Unmenschen"? Hygiene ist ein gutes Wort, das weder durch den Gebrauch im „Stürmer", wo es, wegen „undeutsch", selten vorgekommen sein dürfte (dort hieß es wohl häufiger, wie heute in den Parteiprogrammen von NPD und CSU, Sauberkeit, und weder dort noch hier sind damit gewaschene Hemden oder Hände gemeint), noch durch den Gebrauch durch Robert Held, der 1955 in der „FAZ" von „politischer Hygiene" schrieb, tabuiert sein kann. Ja selbst zurechnungsunfähig ist ein gutes Wort, auch wenn es im „Stürmer" und jetzt in der „FAZ" und in beiden in der falschen Form von „unzurechnungsfähig" auf lebensunwertes (politisches) Leben angewandt wurde und wird.

Die politische Reaktion, die sich einst durch die Verwendung von Braunhemden und Wörtern wie „Volksschädlinge" oder „Staatsfeinde" darstellte, läuft heute im Einreiher rum und sagt „Verfassungsfeind", „Radikaler" oder „Literatenmund". In diesem Wörterbuch des Zwischenmenschen stehen heute „Ausgewogenheit", „Sozialismus oder Demokratie", „Sicherheit und Ordnung". Hygiene nicht, das Wort haben deren politische Väter gegen unsere politischen Väter aufgebraucht. Was kann ich dafür, wenn Matthias Walden unter Hygiene immer noch verstehen muß, was seine geistigen Ahnen darunter verstanden? Wenn Zeitungen des Konzerns, für den er schreibt, Pogromstimmung gegen „langbehaarte Affen" erzeugen und so das NS-Verständnis von Hygiene tradieren? Wenn er hinter jeder Drohung gleich jene schwarzen Listen vermutet, die hinter jeder seiner Drohungen stehen?

Held, Walden und Heigert wissen nicht, wie es Reich-Ranicki weiß, der jetzt schweigt, daß in der polemischen Tradition der Begriff der Hygiene ebenso seinen Platz hat wie die literarische Drohung mit nicht literarischen Übeln. Und zwar auf einer Seite, die mit dem Nationalsozialismus genau so viel zu tun hat, daß sie von dessen Schergen ausgebürgert, vertrieben und totgeschlagen wurde.

Zum Beispiel: „Geht er aber weiter . . ., so hört für mich die Geneigtheit zu einer literarischen Erledigung auf . . . Verdient der, der solches tut, nicht rechts und links Ohrfeigen."

Oder dies: „Man sollte meinen, daß von Kultur erst die Rede sein könne, wo die Frage der Zimmerreinheit geklärt ist."

Oder: „Eine Ohrfeige kann ein literarisches Argument sein. Sie kann der geistige Ausdruck der Unmöglichkeit sein, eine geistige Distanz abzustecken, und ich habe es oft empfunden und gesagt, daß die Polemik ihre Grenze in dem Wunsch hat, statt der Feder das Tintenfaß zu benutzen."

Die erste Polemik ging gegen den Publizisten Maximilian Harden, die andern gingen gegen den Kritiker Alfred Kerr, eine Art Reich-Ranicki der Weimarer Republik. Ihr Autor, Karl Kraus, schrieb 1935 eine der besten Analysen des Nationalsozialismus, „Die dritte Walpurgisnacht".

Letztes Beispiel: „Man sollte Herrn Kotzleben mit feinen, aber festen Fäden an einen Baum binden und ihm fünfundzwanzig hinten drauf zählen, und zwar, weil er dieses hier geschrieben hat."

Diese Polemik ging gegen den rechtsradikalen Feuilletonisten Hjalmar Kutzleb, eine Art Matthias Walden der Weimarer Republik. Ihr Autor wurde von den Nazis ausgebürgert, seine Werke wurden verbrannt. Er hieß Kurt Tucholsky.

Kraus und Tucholsky waren Antifaschisten, bürgerliche Radikale, radikale Humanisten. Wir stehen in ihrer Tradition wie die Helds, Waldens und Heigerts in der ihrer Gegner.

Uns unterscheidet von Kraus und Tucholsky, daß sie ihrem Bürgertum nicht entkamen, daß deshalb, zum Beispiel, ihre literarischen Drohungen mit nicht literarischen Übeln im bürgerlichen Komment steckenblieben, selten nur politisch wurden. Ein Sozialist droht anders, politisch.

Er droht für den Fall, daß Reich-Ranicki zum Nasenbohren nicht künftig seine eigene nimmt, etwa damit, eine Mobilisierung linker Autoren zu erwägen, die dieser Art von unhygienischen Geschäften ihre Grundlage entzöge. Niemand kann das literarisch-politische Alphabet von Abendroth bis Zwerenz, von dessen Existenz und Arbeit die Branche ja lebt, dazu zwingen, sich von Herrn Reich-Ranicki und seiner FAZ interviewen zu lassen, ihnen Beiträge zu schreiben, Rezensionsexemplare zuzusenden, an Podiumsgesprächen teilzunehmen, bei denen Reich-Ranicki oder einer seiner Freunde auftaucht.

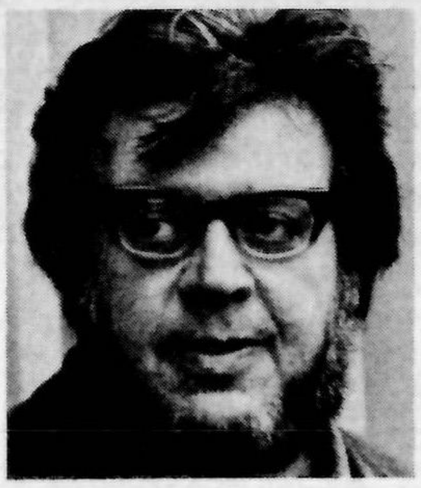
Im Juni-Heft von KONKRET wies Karl Pawek darauf hin, daß der bürgerliche Kulturbetrieb auf die Linke nicht verzichten kann. Heinrich Böll hat es an sich selbst und mit Matthias Walden erlebt, daß man auch bei ständiger Verleumdung immer noch, und sei es auch nur für den Außendienst, gebraucht wird. Und so wenig wie die Goethe-Institute draußen können die „FAZ" und die Kulturmagazine des Fernsehens drinnen mit Hans Habe und Thilo Koch dauerhaft Staat machen. Wenn die plötzlich unter sich wären? Wie lange, glaubt man, würde das jemanden interessieren? Drei Wochen? Oder vier?

Das sei nicht die feine englische Art? Wer den Kulturbetrieb für eine Spielwiese gebildeter Geister hält und nicht sehen will, daß er ein politisches Kampffeld ist, auf dem die Feuilletons von „FAZ" und „Welt" ihre Mannen schon in voller Ausrüstung haben aufmarschieren lassen, der könnte sich wieder einmal so wundern, wie sich Erich Kästner gewundert hat, als er seine Bücher brennen sah.

Es gibt kein literarisches, kein legales politisches und kein wirksames juristisches Mittel, auf das in diesem Kampf verzichtet werden könnte.

Ich habe gegen Matthias Walden und Robert Held einstweilige Verfügungen auf Unterlassung ihrer verleumderischen Behauptungen („kriminell", „roter Faschismus") beantragt. Gegen beide habe ich Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Zivilrechtliche Klagen werden dem Abschluß des strafrechtlichen Verfahrens folgen. Man kann die literarischen Schweinereien der Reaktion nicht durch Anrufung von Gerichten verhindern. Man kann sie aber erschweren und verteuern.

Wir sollten jede Gelegenheit wahrnehmen, es zu tun.



Erich Fried

Rotkoller

Zum Fall Gremliza–Held/Walden

Zuerst wies mich Marcel Reich-Ranicki selbst auf den Gremliza-Artikel in der KONKRET-Mainummer hin. Beim Lesen stimmte ich Gremliza durchaus zu, daß Reich-Ranickis Walser-Verriß ungerecht und von peinlicher Schärfe sei, vom Sachlichen her gar nicht zu verstehen. Allerdings glaube ich mich von früher her einer echten Ambivalenz Marcel Reich-Ranickis Walser gegenüber zu erinnern, die mir für die Erklärung seines Verrisses nicht unwichtig scheint: Gerade enttäuschte Liebe kann zu einem solchen Mißgriff durch totales Umkippen führen.

Titel und Schlußzeilen des Gremliza-Artikels sagten mir nicht besonders zu. Der Titel „Jetzt reicht's, Ranicki!" ist ein Wortspiel von der Art, die ich schon vor Jahren in Reich-Ranickis eigenen Essays nicht sonderlich gemocht hatte, und die Schlußzeilen schienen mir zu pathetisch und wenig glücklich. Ich kenne weit bessere Formulierungen Gremlizas. Im übrigen fand ich die ganze Polemik, einschließlich der Walser-Kritik, eher harmlos als bodenlos.

Wie sehr habe ich mich wieder einmal geirrt! Robert Held in der „FAZ" und gleich am nächsten Tage, daß man fast meinen könnte, sie hätten's abgemacht, Matthias Walden in der „Welt" haben Gremliza endgültig als Rotfaschisten, als blutechten Nachfahren der alten Nazis entlarvt, sein Titelwortspiel „Jetzt reicht's, Ranicki!" als Todesdrohung, die Worte von der Hygiene, deren Fragen nach anderen Antworten verlangen, als Vorbereitung für die Errichtung eines Reich-Ranicki-Vernichtungslagers!

Ich kenne Gremliza seit Jahren und fand diese Anschuldigungen zuerst so lächerlich, daß ich noch immer nicht merkte, was gespielt wird. Es gibt in der Journalistik Methoden der Ehrabschneiderei, die sich schon durch ihre Plumpheit und Übertriebenheit selbst demaskieren. Doch dann fiel mir einiges ein: Erstens, es gibt ja viele, die Gremliza *nicht* kennen und daher in Gefahr kommen könnten, den giftigen Unsinn, der da über ihn verbreitet wird, am Ende gar noch zu glauben, obwohl Namen wie Matthias Walden eigentlich auch Leichtgläubigen ein Warnungssignal sein müßten.

Und außerdem fand ich bei beiden, leider auch bei Held, wenn auch nicht so genüßlich breitgetreten wie bei Walden, die fatale bundesrepublikanische Wahnidee oder Lüge vom „Linksantisemitismus", gepaart mit der schwachsinnigen Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus, von der alle kalten Krieger, wenn sie nicht gestorben sind, noch heute leben.

Gegen den schäbigen Lügenbegriff „Linksantisemitismus" mit erdrückenden Tatsachen und mit den Argumenten der Wahrheit zu Felde zu ziehen, versuche ich schon seit Jahren. Es ist fast so aussichtslos, als wollte man mit Vernunft und Geduld gegen die antisemitischen Märchen von jüdischen Ritualmördern ankämpfen. Von den kalten und heißeren Kriegern jener Richtung hörte ich nur, daß auch ich Antisemit sei, eben ein jüdischer Antisemit. Mein Freund Heinz Brandt hat vom selben Gelichter ähnliches zu hören bekommen.

Die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremisten, mit der es jahrelang selbst ein Günter Grass manchem Springer-Springinsfeld gleichzutun suchte, ist für denkfähige Menschen schon dadurch widerlegt, daß ein junger Nazi, dem es vor der Naziwirklichkeit zu grauen begann, im Lehrgebäude der Hitlerei für seine Rebellion so gut wie gar keine Anhaltspunkte fand. Jeder junge Kommunist aber, dem etwa die Praxis der Stalinära „Bauchschmerzen" bereitete, wie man das damals intern nannte, fand bei Marx Engels, Lenin, Luxemburg, Mehring und zahllosen anderen immer wieder Stützen für seine Auflehnung. Ungleich dem Naziterror wurden die Schrecken der Stalinära von innen her überwunden, nicht erst durch eine militärische Niederlage. Ich werde, fürchte ich, Herrn Walden dennoch nicht überzeugen. Könnte ich das, ich wäre mir unheimlich.

Doch zurück zum bedrohten Reich-Ranicki. Ich würde lieber von Gremliza so angegriffen als von Held und vor allem von Walden so verteidigt. Da ich Marcel Reich-Ranicki nie gehaßt habe, glaube ich allen Ernstes, daß er – was immer die Einwände gegen ihn sind – doch zu gut für derartige Verteidigungen ist. Ich möchte auch ausdrücklich feststellen, daß ich, wenn ich ernstlich glaubte, Gremliza stoße antisemitische Todesdrohungen aus, nicht Gremliza, sondern Reich-Ranicki verteidigen würde. Aber natürlich zeugt der ganze, an den Haaren herbeigezogene Versuch, Gremliza zu verleumden, entweder von ungewöhnlicher Dummheit oder von abgefeimter Niedertracht oder von beidem.

Um zu erklären, wie Gremliza dazu kommt, von Fragen der Hygiene zu sprechen, gibt es näherliegende Erklärungen. Erstens, auch wenn ich persönlich diese Wortwahl Gremlizas ausnahmsweise nicht glücklich finde, ist die beabsichtigte Aussage doch recht klar. Kollege Gremliza findet Reich-Ranickis Walser-Kritik nicht nur literarisch, sondern politisch motiviert und daher auch nicht nur als literarischen Mißgriff, sondern als Politikum zu bekämpfen. Ob man mit dieser Ansicht übereinstimmt oder nicht, sie ist jedenfalls Gremlizas gutes Recht, und es ist absurd, ihn dafür ehrabschneiderisch anzugreifen. Hinzu kommt aber nun, und ganz entscheidend, daß die Herren Held und Walden, die Gremliza und KONKRET so skrupellos das Ärgste unterstellen, was man Menschen unterstellen kann, genau wissen müssen, wie es um harte Vergleiche in den Jahren seit Hitlers Ende bestellt war. Als Franz Josef Strauß die Studenten mit Schädlingen verglich, die mit entsprechenden Abwehrmitteln zu bekämpfen seien, haben meines Wissens weder Herr Walden noch Herr Held gegen „Stürmer-Jargon" und Nazisprache protestiert, obgleich sie auch damals schon auf ihre Art des Wortes mächtig waren und ihnen die Strauß-Äußerung unmöglich entgangen sein kann.

Strauß war unvergleichlich eindeutiger und gröber als Gremliza, aber die Walden-Helds empören sich offenbar nur höchst selektiv. Überhaupt hat gerade die Springerpresse mit dem Begriff Sauberkeit und mit dem Eifer von Saubermännern gegen das, was sie „unsauber" finden, auf deprimierende und für den psychologisch nicht ahnungslosen Kritiker doch sehr aufschlußreiche Art gewuchert. Die Frage, wie weit solches Saubermannstum mit Reinheitsvorstellungen des Dritten Reichs verknüpft ist, war schon mehrmals Gegenstand psychologischer Untersuchungen, und wenn die Saubermänner nun aufgerufen werden, ausgerechnet gegen Gremliza Sturm zu laufen, so erinnert die Taktik solcher Stürmer an die berühmte Losung „Haltet den Dieb!", mit der der Täter zum Verfolger wird und so entwischt.

Meine Theorie ist einfach, daß Gremliza, der seit Jahren gegen Saubermänner vom Schlage des großen Walden und des kleinen Held gekämpft hat (was ihm zur Ehre gereicht!), sich gelegentlich, in einem unbewachten Augenblick, angesteckt hat. Die Strauß-Walden-Terminologie ist gefährlich: Wer Saubermänner berührt, besudelt sich. Und doch war's höchstens ein kleiner Mißgriff bei Gremliza, und was draus gemacht wird, sieht eher nach schäbiger Verleumdung als nach ehrlicher Polemik aus.

Mir fällt ein Vers von Bertolt Brecht ein; in seinem nach Hitlers Ende entstandenen Gedicht „Vom kriegerischen Lehrer" ganz brutale „hygienische" Aktion gegen den reaktionären Lehrer Huber vor:

Da kam die Waschfrau Schmitten
Die war gegen Dreck, gegen Dreck.
Sie nahm den Lehrer Huber
Und steckt' ihn in den Zuber
Und wusch ihn einfach weg.

Wenn das nicht über Gremliza weit hinausgeht...

Aber natürlich, die Herren Walden und Held sind auch keine Freunde Brechts. Ich kann mir Waldens Vorwürfe des Stürmerjargons, des Terrorismus und der Verantwortlichkeit für Stalins „Säuberungsaktionen" gegen Bertolt Brecht lebhaft vorstellen. Walden hat schon Ärgeres geleistet. Aber immerhin ist dann Gremliza nicht gerade in schlechter Gesellschaft.

Die teuerste Lüge der Welt

Am 1. Juli 1976 beginnen 15 000 Beschäftigte der bundesdeutschen Luftfahrtindustrie mit der Serienproduktion des Jagdbombers „Tornado", besser bekannt unter seinem Entwicklungsnamen „MRCA". Mit Tricks aller Art lügen die Verantwortlichen um den Preis herum, den die deutschen Steuerzahler dafür aufbringen müssen: Zwischen 25 und 30 Milliarden Mark

Walter Barthel:

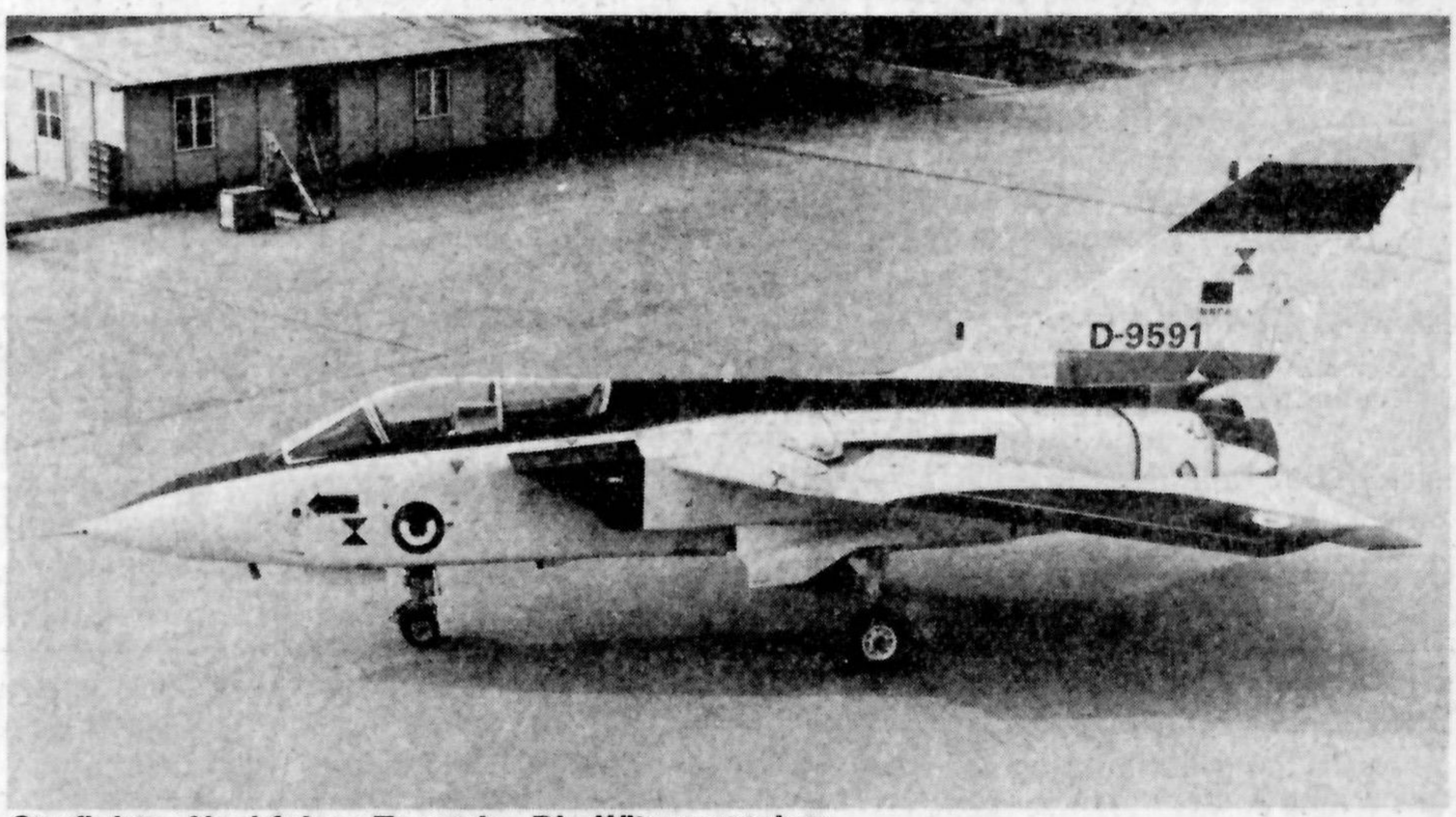
Mit 12 Stimmen der CDU/CSU und 12 Stimmen der SPD stimmte der Verteidigungsausschuß des Bundestages am 19. Mai dem Antrag des Verteidigungsministers Georg Leber zu: „Ich bitte den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, die zum 1. 7. 1976 beabsichtigte Aufnahme der Serienfertigung des MRCA und den gleichzeitigen Eintritt in die letzte Phase der Waffensystementwicklung zur Kenntnis zu nehmen."

Vier Mitglieder mochten nicht: Die Sozialdemokraten Hansen, Reiser und Schlaga sowie der FDP-Fallschirmspringer Möllemann weigerten sich, an dieser „Farce", dieser „Taufe eines volljährigen Kindes" (Hansen) teilzunehmen. Sie hatten wohl mitbekommen, wie genau verplant ihre Rolle als „souveräne Volksvertreter" bereits war. Denn schon am 10. Mai hatte „Wehrdienst", ein Zirkular der Rüstungslobby, den Ablauf der demokratischen Entscheidungsfindung vorausbeschrieben:

„Ruhig und ganz ohne jüdische Hast soll nach dem Wunsch der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums die Diskussion im Bundestag um den Einstieg in die MRCA-Serie laufen. Der Bundestags-Verteidigungsausschuß, der die Entscheidung über den Beginn der Serienproduktion des MRCA-Kampfflugzeuges ‚Tornado' zunächst bereits für letzten Mittwoch (5. Mai) auf die Tagesordnung gesetzt hatte, mußte den Punkt auf Ministeriums-Wunsch schnell wieder runternehmen. Leber und seine Leute wollen zunächst im kleinen Kreis (und nach Fraktionen getrennt) mit den Verteidigungsmotzen von SPD/FDP und CDU/CSU plauschen. Eventueller Widerstand soll schon dort weggehobelt werden. Erst für 19. Mai ist die Verteidigungsausschuß-Sitzung über MRCA ins Auge gefaßt."

Wegzuhobeln war, was der SPD-Abgeordnete Georg Schlaga bereits einige Zeit vorher seinem rechten Parteigenossen und Leber-Staatssekretär Hermann Schmitt-Würgendorf allergisch vorgerechnet hatte: Daß das Ministerium mit den Milliarden jongliert und sich weder an bindende Beschlüsse des Haushaltsausschusses noch an jene der SPD-Fraktion gehalten hat. Beide Gremien hatten vor Jahresfrist feierlich gelobt, den Super-Vogel nur weiterzufinanzieren, wenn sein „Systemstückpreis" 37,7 Millionen Mark nicht übersteige (Preisstand 1972). Zum Preisstand vom Dezember 1975 waren es aber dann schon 48,31 Millionen! Knapp zehn Prozent „Preissteigerung" pro Jahr waren hinzugekommen, und es ließ sich schnell errechnen, was dies für die letzten, im Jahre 1988 auszuliefernden „Tornados" bedeuten muß: Zwölf weitere Preissteigerungsraten, die, liegen sie auch nur zwischen fünf und sieben Prozent, den „Systemstückpreis" an die hundert Millionen Mark herantreiben werden. Vorgesehen für die Bundeswehr – Luftwaffe und Marine – sind 322 Maschinen, weniger dürfen es nicht werden, weil dann der Stückpreis noch rascher steigt, eher dürften es 500 und mehr „Tornados" werden.

Die Skeptiker glauben nämlich Grund zu der Annahme zu haben, daß die Witwenmacher-Rate des „Starfighter" vom „Tornado" alsbald eingeholt und überholt



Starfighter-Nachfolger Tornado: Die Witwenmacher . . .

. . . der neuen Generation: Tornado-Vorläufer Starfighter

werden wird. Vorsichtig, mit Blick auf spätere Untersuchungsausschüsse formulierend, deutete Leber dem Verteidigungsausschuß deshalb an, daß im „Tornado" auch heute noch zahlreiche Macken stekken. Da stimmt das „Überziehverhalten" des Flugzeuges noch nicht, es gibt „Schwierigkeiten der Triebwerksentwicklung", das Gewicht wurde insgesamt um zehn Prozent überschritten und ist „unkorrigierbar", der Spritverbrauch liegt um sieben Prozent höher, in der Hochdruckturbine muß noch an Verbesserungen gearbeitet werden. Kurzum und bescheiden: „Das verbleibende Risiko wird aufgrund der bisherigen Ergebnisse als tragbar bewertet. Die detaillierten Daten unterliegen der Geheimhaltung."

Ein bißchen viel Understatement für „das größte Rüstungsprojekt seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt) und auch nur verständlich, wenn man bei Leber nachliest, warum die „Tornados" so rasch zum 1. Juli in die Serie müssen: „Diese Entscheidung war notwendig, weil sonst bei Aufnahme der Serienfertigung nach vollständigem Abschluß und Erprobung (1.) die militärisch, technisch und wirtschaftlich begründeten Auslieferungstermine um mindestens drei Jahre hinausgeschoben würden, (2.) aufgrund der ständig fortschreitenden technischen Entwicklung zumindest teilweise überholtes Wehrmaterial beschafft würde und (3.) dem Programm die wirtschaftlichen Grundlagen durch Kapazitätseinbrüche bei der beteiligten Industrie entzogen und nicht mehr übersehbare Kostensteigerungen eintreten würden." Im Klartext: Das Flugzeug ist eigentlich noch gar nicht serienreif erprobt, die „Tornados" werden drei Jahre zu früh auf die Pisten geschoben, die Generation der „Tornado"-Witwen ist vorprogrammiert.

Durch und durch realistisch war nur der bereits zitierte „Wehrdienst": „CDU/CSU-Vormann Dr. Walter Althammer hat für seine Ausschußgruppe am 1. April bereits Mitziehen der Christdemokraten angekündigt. Im Lager der Koalitionsfraktionen SPD/FDP werden zwar (wie gehabt) noch ein paar Verrückte aufstehen und gegen die Milliarden-Investitionen des Bundesverteidigungsministers anrennen, aber die werden (ebenso wie gehabt) vom Kern der Fraktion schnell gedämpft werden. Die Bundestagsneuwahl am 3. 10. spielt dabei auch ihre Rolle."

Die Lobbyisten sagen, was Leber im Katalog seiner Eil-Gründe verschämt ausläßt: Fünf Monate vor der Bundestagswahl ist die SPD-Fraktion diszipliniert wie seit Jahren nicht, und das bedeutet: Kaiserwetter für Rüstungsbewilligungen. Die wahlkämpfenden Sozialdemokraten würden eher die goldene Uhr August Bebels versilbern, als sich in diesen Wochen an der Bundeswehr versündigen.

Leber kennt diese Stimmung seiner Genossen. Noch im Oktober 1974 stimmten 36 SPD-Abgeordnete gegen das MRCA und im folgenden Jahr stimmte eine überwältigende Fraktionsmehrheit gar für eine Begrenzung der MRCA-Kosten, die das Projekt undurchführbar gemacht hätte. Zu Beginn der Serienproduktion will kein Sozialdemokrat im Bonner Bundeshaus darauf angesprochen werden, und selbst die drei SPD-Dissidenten im Verteidigungsausschuß wollen nicht mehr öffentlich darüber reden. Hat Strauß doch recht, daß dies schon keine „freien" Wahlen mehr seien, sondern daß sie unter einem erpresserischen Druck stattfänden?

„Tornado"-Bauer Leber (einst)

Das genannte Lobby-Zirkular jedenfalls findet das alles prima und weiß auch die ansonsten pingelige SPD/FDP-Mehrheit samt CDU/CSU-Beistand im Bundestags-Haushaltsausschuß zu würdigen. Über eine Sitzung dieses Ausschusses kurz vor Verabschiedung des diesjährigen Bundeshaushalts: „In einem schnellen Rutsch ist auf Wunsch der Bundesregierung nachträglich noch eine Verpflichtungsermächtigung für die MRCA-Beschaffung in der sagenhaften Höhe von 14,727 Milliarden DM in den Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums) eingesetzt worden. Sagenhaft deshalb, weil alle übrigen Verpflichtungsermächtigungen im Verteidigungs-Etat 1976 zusammen überhaupt nur auf rund 12,5 Milliarden DM kommen. Verpflichtungsermächtigung heißt, das Bundesverteidigungsministerium darf in diesem Jahr zu Lasten des MRCA-Beschaffungstitels und zu Lasten der Haushaltsjahre ab 1977 bei der Industrie vertragliche Zahlungsverpflichtungen für die MRCA-Produktion in genannter Höhe eingehen ... MRCA-Auftragnehmer müßte man sein!"

In den USA, wo Skrupel über eine Wählermanipulation gewiß nicht erfunden worden sind, lehnte der Senat in eben jenen Tagen das Geld für den neuen US-Bomber der 80er Jahre mit der Begründung ab, die Entscheidung über solche astronomischen Dollar-Milliarden müsse dem neu zu wählenden Präsidenten überlassen bleiben, bis dahin habe der Bomber noch Zeit: Die US-Präsidentschaftswahlen finden annähernd zur gleichen Zeit wie die Bundestagswahlen statt.

Nun enthält sogar eine Demokratie Bonner Standards gelegentliche Unwägbarkeiten. Wer garantiert dem südhessischen SPD-Spitzenkandidaten Georg Leber, daß sich die Öffentlichkeit nicht doch noch vor den Wahlen seiner „Tornado"-Milliarden annimmt und dumme Fragen stellt? Etwa: Wieviel arbeitslose Lehrer könnten für einen halben „Tornado" ein ganzes Jahr lang angestellt und bezahlt werden? Oder: Stimmt es, daß die Einrichtung eines modernen industriellen Arbeitsplatzes heute 90 000 DM kostet, mithin der Systemstückpreis nur *eines* „Tornados" die Schaffung von 700 zukunftssicheren Arbeitsplätzen ermöglichen würde und 20 „Tornados" bereits soviel Arbeitsplätze brächten, wie in der bundesdeutschen Luftrüstungsindustrie mit der Fertigung der „Tornados" belegt sind? Die Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Deshalb: Wie sichern sich Georg Leber und seine „Tornado"-Genossen gegen solche Fragen?

1. Gebot: Man mixe die verwirrenden Zahlen so durcheinander, daß selbst durchschnittlich begabte Volksvertreter nur noch Bahnhof verstehen, folglich auch keine Skrupel bekommen können. 2. Gebot: Man lasse an die „Multiplikatoren" der veröffentlichten Meinung Argumentationshilfen verteilen, die den „Sachzwang" der ganzen Chose einmal von Mann zu Mann verklaren helfen. Letzteres gewinnt dann in einem „Multiplikatoren"-Papier des Bundespresseamtes, Referat Verteidigung, folgende Qualität: „Das Mehrzweckkampfflugzeug wird unter der Bezeichnung ‚Tornado' in den beteiligten Partnerländern bis spätestens 1987 das dann fast 30 Jahre alte Waffensystem F 104 (Starfighter) ablösen ... Die Bundeswehr braucht ein neues Kampfflugzeug für die neunziger Jahre; die F 104 muß ersetzt werden ... Nach derzeitigem Erkenntnis-

stand wird die technische Lebensdauer des MRCA rund 4000 Flugstunden betragen. Damit hat das Waffensystem in Friedenszeiten eine Nutzungsdauer von mindestens 15 Jahren."

Der „Starfighter" ist, von seiner Entwicklungsphase an gerechnet, erst 20 Jahre alt, man legt zehn Jahre drauf, weil die letzten „Tornados" ja erst 1988 ausgeliefert werden sollen, und weil jeder VW-Fahrer sofort begreift, daß man mit einem 30 Jahre alten Fahrzeug nicht mehr am Verkehr teilnehmen sollte, zumal am Luftverkehr, zumal im Krieg. Nur: 1988 wird der „Tornado", von seiner Entwicklungsphase an gerechnet, auch schon zwanzig Jahre alt sein, und legt man dann auf die letzte ausgelieferte Maschine die fünfzehnjährige Nutzungsdauer drauf, ist das Ding zum Schluß 35 Jahre alt. So einfach ist es, mit Zahlen zu „argumentieren".

Bei den bundesdeutschen „Multiplikatoren" scheint das sogar zu einem Aha-Erlebnis geführt zu haben: Als das Bundeskabinett am 7. April 1976 die „Tornado"-Serienfertigung freigab, als der Haushaltsausschuß Ende April über 14 Milliarden DM hinzulegte und als der Verteidigungsausschuß am 19. Mai dies alles zur Kenntnis nahm, gab es nur noch eine magere Tagesberichtserstattung in den Medien und so gut wie keine, die den Vorgang problematisiert hätte. Deutschlands VW-Fahrer-Journalismus schien überzeugt.

Das ermöglicht aber erst Lebers Zahlensalat. In seiner Vorlage für das Bundeskabinett steht der Satz: „Es ist der deutschen Seite seitens der Industrie im internationalen Bereich erstmalig gelungen, für eine Produktion dieser Größenordnung im Flugzeugbau einen Festpreis zu erreichen." In der Vorlage für die Parlamentarier fehlt diese plumpe Irreführung, sie wird aber für eilige bzw. schwache Rechner strikt durchgehalten. Die Technik ist verwirrend einfach; Leseprobe aus der Leber-Vorlage an den Verteidigungsausschuß: „Bei der Preisdarstellung ist von dem Fly-away-Preis auszugehen. Dieser Preis enthält keine Angaben und deckt die Serienkosten für ein *flugfähiges* Endgerät *ohne* die Produktionsvorbereitungskosten ab. Er beträgt mit Preisstand vom 31. 12. *1974* 24 Millionen DM; ihm liegen die zum 1. 2. 76 vorgelegten Angebote der Industrie mit 23,7 Millionen DM zuzüglich Managementkosten zugrunde. Zum Preisstand 31. 12. 75 wächst der Fly-away-Preis unter Berücksichtigung einer geschätzten Preissteigerung von 10 Prozent auf 26,4 Millionen DM an:"

In diesem Stil geht es weiter. Die Öffentlichkeit erhielt offiziell einen Preis von etwas mehr als 26 Millionen DM pro „Tornado" aufgetischt. So stand es in den Zeitungen. In Wirklichkeit liegt dieser auf das letzte Jahr bezogene „Gerätestückpreis" (Verwirrbegriff Nr. 2) einschließlich „Managementkosten", Produktionsvorlauf und Abgaben bereits bei 32,21 Millionen DM. Weil man aber mit dem Vogel nicht nur fliegen, sondern auch kämpfen will, weil ein neuer Bodendienst gebraucht wird und auch ein Ersatzteillager, kurzum, weil man ein „funktionsfähiges Endgerät" haben möchte, kommen noch erkleckliche Millionen hinzu und führen schließlich zu einem „Gerätesystempreis" (Systemstückpreis) von 48,31 Millionen pro „Tornado".

Pro Maschine fehlen dann aber immer noch zwölf Millionen DM Entwicklungskosten, weitere Kosten für den Umbau von Flugplätzen, für die Umschulung der Piloten und anderes mehr. Ein ehrlicher Leber wäre also vor die „Volksvertreter" hingetreten und hätte gesagt: „Meine Damen und Herren, das von mir bestellte Flugzeug kostet pro Stück zwischen 60 und 65 Millionen DM, hinzu kommen zwölf Jahre lang voraussehbare Preissteigerungsraten um die sieben Prozent, ich habe 322 Flugzeuge bestellt, macht zwischen 25 und 30 Milliarden DM. Richten Sie sich aber lieber auf mehr ein, denn ich weiß erstens nicht, ob sich die Inflation in den angenommenen Grenzen hält, und zweitens weiß ich nicht, wie viele der Maschinen abstürzen werden und ersetzt werden müssen. Und, meine Damen und Herren, ich weiß auch nicht, ob die ‚Systemkosten' – in meinem Hause auf 50 Prozent des ‚Gerätestückpreises' geschätzt – überhaupt realistisch sind. Ernst zu nehmende Leute bezweifeln das."

Beleg für die letzte Behauptung: Noch in der Vorlage des Leber-Ministeriums für den Bundestags-Verteidigungsausschuß vom 11. September 1974 hatten die Rüstungsfachleute einen „Systemzuschlag" von 65 Prozent angegeben. Leber kommt gegenwärtig auf nur 50 Prozent: er läßt beispielsweise die Erstausstattung mit Ersatzteilen einfach verkleinern und vertröstet darauf, daß bei Bedarf Ersatzteile aus der laufenden Produktion der nächst auszuliefernden Maschinen genommen werden könnten. Diese Methode ist zivilen Pump-Genies vertraut: Man stopfe ein Loch dadurch, daß man ein anderes aufreißt! Auf solchem Pfad wandeln Privatunternehmer für gewöhnlich in die Pleite.

Die „teuerste Lüge der Welt" – eine polemische Injurie gegen den braven Leber? Vielleicht sollte man in der Tat „sachlicher" über die „Tornado"-Milliarden sprechen, denn es gibt Ausmaße der Irreführung, die der volkstümliche Sprachschatz nicht mehr abdeckt. Was ein „Fünfer" im Lotto bringt, kann sich ein bundesdeutscher Demokrat und Wähler noch ausmalen. Was ein „Tornado", was 322 „Tornados" kosten werden, liegt jenseits des Erfaßbaren. Und hier liegt nicht nur Lebers Chance, sondern die des bundesdeutschen „Tornado"-Produzenten, des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns (MBB), der zu 22,25 Prozent im Besitz der Rüstungsindustriellen-Familie Blohm ist (die an die Freie und Hansestadt Hamburg verkaufen will), zu 16,3 Prozent bei Willy Messerschmidt, zu 13,73 Prozent beim Freistaat Bayern, zu 13,42 Prozent bei Ludwig Bölkow, zu je 8,9 Prozent bei der Boeing Comp. und der französischen Aerospatiale und – wie könnten sie fehlen? – zu je 8,35 Prozent bei Siemens und Thyssen.

Neben ihnen scheinen sich vor allem die Sowjets über Lebers „Abschreckung" zu amüsieren. Es gibt Bundeswehr-Waffen, über die sie durchaus mit Respekt reden, Panzer sind darunter und relativ billige Panzerfäuste. Den „Tornado" aber halten sie für einen Wirbel um viel Geld, der die Bundesrepublik auch noch eine gehörige Stange politischer Zugeständnisse bei weiteren Abrüstungsverhandlungen kosten wird. Kein geringerer als Minister Leber persönlich liefert den Sowjets dafür die Argumente, wenn er in seiner „Tornado"-Vorlage für den Verteidigungsausschuß unter Punkt sechs neben konventionellen Aufgaben die „Teilnahme an nuklearen Einsätzen im Rahmen der vorbedachten Eskalation und der allgemeinen nuklearen Reaktion" aufführt. Lebers MRCA ist dadurch zum strategischen Atombombenträger geworden und somit künftiger Gegenstand der SALT-Verhandlungen zwischen den Großmächten.

Aber auch die wichtigste „Tornado"-Aufgabe schreckt die Sowjets nicht ab: Lebers Wirbelwind soll mit Überschallgeschwindigkeit in „Baumwipfelhöhe" bei jedem Wetter blind in seine Einsätze fliegen; Piloten mit Nerven wie Kälberstricke überwachen auf ihrem Schleudersitz nur noch die elektronische Automatik. So soll nach Ansicht der Produzenten und ehrgeiziger Flieger-Generäle (die im Zweifelsfall ganz woanders sitzen werden) die feindliche Radarerfassung und Raketenabwehr unterflogen werden. Doch die Gegenwaffe ist längst konzipiert, hört man: Batterien mit billigen Kleinraketen auf Selbstfahrlafetten, deren ebenso raffiniertes Elektroniksystem die Überschall-„Tornados" im Vorfeld erfaßt und automatisch Bündel von Boden-Luft-Minen abfeuert, die sich selbsttätig ins Ziel lenken.

Wie auch immer. Daß 1980 oder 1985 oder 1990 die Gegen-Wirbel vorhanden sein werden, liegt allein schon in der Logik des Wettrüstens. Erfinder von der Originalität eines Georg Leber sind in dieser Logik ebenso überflüssig wie kostspielig. Der Abgeordnete Hansen prognostizierte sicherlich nicht nur aus dem hohlen Bauch, daß der MBB-Konzern seine „Tornados" spätestens dann für veraltet erklären wird, wenn seine eigene Entwicklung unbemannter Flugkörper – relativ einfach und billig herzustellen – herangereift sein wird. Wie die Amerikaner, so läßt auch MBB schon seit Jahren an dieser „Superwaffe" der nächsten Generation arbeiten. Das Profit-Karussell hat sich längst weitergedreht.

Bürger (Krieger) in Uniform

Der Minister und seine Wähler sind sich einig: Die Bundeswehr ist prima. Georg Leber (nicht vergessen: SPD) sagt, sie habe ihre Bewährungsprobe längst bestanden, 74 Prozent der Bevölkerung beurteilen die Bundeswehr „positiv", nur 18 Prozent „negativ". Grund zur Beruhigung? KONKRET-Autor Frank Rühmann zeigt, warum nicht:

Seit Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern auch legal möglich. In Artikel 87a des Grundgesetzes heißt es dazu: „(3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfall die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen. (4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 (Innerer Notstand, Anm. F. R.) vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen (...)"

Bei den gesetzlichen Vorbereitungen ist es nicht geblieben. Seit 1966, dem Jahr, aus dem die ersten Manöver dieser Art bekannt wurden, bereitet man sich in der Bundeswehr auf diese „zukünftige Rolle der Armee" vor.

Angefangen hat es mit Planspielen in den Offizierskursen des Jahres 1966, in denen der Einsatz von Bundeswehreinheiten gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt besetzten, geprobt wurde oder bei der NATO-Stabsrahmenübung „Fallex" zusammen mit einigen Abgeordneten und einer Delegation des Bundes Deutscher Industrieller (BDI) im Regierungsbunker in der Eifel, bei der der Einsatz gegen Friedensdemonstranten und wilden Streiks, die bezeichnenderweise in Wolfsburg ihren Ausgangspunkt hatten, durchgespielt wurde.

Manöverlage 1967: „Die Polizei ist überfordert"

Im Krisenjahr 1967 war eine Manöverannahme schon folgendermaßen: „Die deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise ... arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen. Die Polizei ist überfordert ... Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt."

Realitätsnahe sollten im Herbst 1973 Schüler der Feldjägerschule Sonthofen Einsatzmöglichkeiten und -methoden gegen Streikende und Demonstranten üben. Aus diesem Grund forderte Hauptmann Voigt aus der Generaloberst-Beck-Kaserne in einem Schreiben an verschiedene staatliche Institutionen folgende Materialien an: Fotos von demonstrierenden Arbeitern, von Anti-NATO-Demonstrationen, Flugblätter, Fotos von Aktionen der Kriegsdienstgegner, Bilder von Druckereien und Flugblattverteilern.

Übung und Realität sollten sich auch während einer Alarmbesichtigung des Raketenbataillons 22 in Schwalmstadt 1973 nahekommen. Dabei ging man davon aus, daß Arbeiter im süddeutschen Raum eine Räterepublik ausgerufen hätten, deren Ausbreitung auch im übrigen Teil der Bundesrepublik drohe. In Kassel sei eine Firmenleitung aufgefordert worden, den Betrieb in die Hände des Arbeiterrats zu legen. Die streikenden Arbeiter wurden bei dieser Übung von Soldaten gemimt, die man in Arbeitsanzüge gesteckt hatte. Auf

Bundeswehr im Manöver: Planspiele mit wilden Streiks in Wolfsburg

Militär im Bürgerkrieg: Kapp-Putsch in Berlin

Foto: dpa

Foto: Keystone

den Protest der Gewerkschaften erklärte der Leiter der Übung, Oberstleutnant von Scheven: „Um das Verständnis der übenden Truppe anzuregen, damit sie mitdenken kann, wurde die Übung in ein politisches Szenarium gestellt."

Nicht nur denken, sondern auch handeln sollten bereits ein Jahr vorher Soldaten der Steubenkaserne in Gießen. Während eines Alarms erhielt die Wache den Befehl: „Unser Munitionsdepot wird von bewaffneten Zivilisten angegriffen. Es wird scharf geschossen!" Die Wache, die nicht von dem Übungscharakter des Alarms unterrichtet worden war, nahm die Sache – obendrein von beteiligten Offizieren angefeuert – ernst und schoß bei dem fingierten Angriff scharf zurück. Dabei wurde ein Gefreiter an der Schulter getroffen.

Nur zufällig platzte eine ähnliche Übung des Kampfgeschwaders 41 in Husum am 3. Mai 1974. Jugendliche Demonstranten belagerten das Kasernentor, entrollten Transparente und beschimpften die wachhabenden Soldaten mit derben Sprüchen. Die Wache ging hinter den eilig geschlossenen Kasernentoren in Deckung. Erst als die Polizei anrückte, die ein Zivilangestellter alarmiert hatte, flog die Sache auf: Bei den Demonstranten handelte es sich um Soldaten in Zivil, die die Wache testen sollten.

Wie sehr Realität und Übung bei der Bundeswehr mittlerweile miteinander vermengt werden, wird aus einem Brief eines Soldaten des Panzergrenadierbataillons 71 der Kopf-Kaserne in Altenwalde deutlich. Dort heißt es:

„Am ersten Dezemberwochenende (1975) hatten wir in der Kopf-Kaserne in Altenwalde einen großen Alarm. Unser Bataillon mußte die Kaserne gegen anrükkende ‚Saboteure und Zersetzer' verteidigen. Schon bei der Befehlsausgabe bekamen wir sie zu sehen: ein Häuflein Leute mit Transparenten und roten Fahnen, die vor dem Kasernentor demonstrierten, mit Flaschen und Steinen warfen. Keiner von uns wußte, was eigentlich los war: Hauptmann und Sicherheitsoffiziere redeten auf die Demonstranten ein. Wir selbst mußten Alarmposten besetzen, mit der Waffe im Anschlag. Was das ganze Theater zu bedeuten hatte, wurde uns erst nach Stunden gesagt: Die ganze ‚Demonstration' wurde von verkleideten Soldaten einer anderen Einheit gestellt. Die größte Schweinerei dabei war noch, daß der Protest der Bevölkerung Altenwaldes, die gegen den Bau einer neuen Panzerringstraße protestiert hat, in die Übung mit hineingebracht wurde: Eine Protestparole gegen die Panzerstraße war auf einem der Transparente der ‚Demonstranten' zu lesen."

Und weiter: „Tatsächlich spielt sich heutzutage in den Kasernen eine Mobilmachung gegen sämtliche ‚Störer der Sicherheit' (das soll wohl die Zivilbevölkerung sein) ab, daß man's kaum glaubt: Wir saßen da, hatten kriegsmäßig die Fenster mit Decken verhängt, Kerzenlicht, Radioverbot (!) und wußten nicht, wo hinten und vorne ist."

Manöverlage 1975: Streikende werden zwangsverpflichtet

Realitätsnähe ist jedoch nicht nur bei Kasernenübungen gefragt. Auch im Großen probt man wirklichkeitsnähe für den Bürgerkrieg. Deutlich wird dies in folgenden Zeilen eines bekanntgewordenen Fernschreibens des Manövers WINTEX 75:

„außerdem sperren demonstranten, angeheizt von dkp-funktionären, deutschen arbeitern den zugang zu ihren werkstätten, in denen im auftrag der bundeswehr rad- und ketten-kfz aufgrund von rahmenverträgen instandgesetzt werden. wegen fehlender arbeitskräfte sind diese firmen ausnahmslos nicht mehr in der lage, ihre inst-aufträge zu erfüllen. die truppenteile dieser standorte, insbesondere instbtl. 420 wollen auf benachbarte orte, wo für inst-leistungen geeignete betriebe vorhanden sind, die sofort auch tätig werden könnten, ausweichen. die inhaber dieser betriebe weigern sich aber, derartige aufträge der bundeswehr zu übernehmen. dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß sie so handeln, weil sie unter druck von linksgerichteten kreisen stehen. das divkdo beantragt, sofort zu veranlassen, daß die fa egon tralala kg in gladbach, fa august wolf und söhne in allendorf/lumda, fa lutz degenhard in lich/oberhessen zwangsweise verpflichtet werden, int-aufträge der bundeswehr auszuführen."

Im Übungsprotokoll desselben Manövers findet sich auch noch folgender Vorgang: BASF-Chef Seefelder teilt dem Befehlshaber des Territorialkommandos Süd, Generalmajor von Kalckreuth, mit, daß die Arbeiter der BASF die Arbeit niedergelegt hätten und einige Werke besetzt hielten. Da er von Polizei und Bundesgrenzschutz keine wirksame Unterstützung mehr erwarten könne, bäte er um Entsendung einer Bundeswehreinheit.

In Marburg probten zur gleichen Zeit Polizeieinheiten den Einsatz gegen rebellierende „Spartakus"-Studenten.

Wie wenig es den Verantwortlichen dabei auf die Bevölkerung ankommt, wird auch aus folgendem Vorfall des Manövers WINTEX 73 deutlich. In einem simulierten Fernschreiben fragt ein Lazarett, immerhin bei einem angenommenen Atombombenabwurf, an, ob Sanitätsmaterial an zivile Krankenhäuser und Ärzte abgegeben werden darf. In der Antwort wird dies unter Hinweis auf die eigenen starken Verluste verboten.

Dafür sind ihnen die Interessen eines anderen Personenkreises um so wichtiger: Während des Metallarbeiterstreiks 1973 werden in Bremen am 7. März 25 Repräsentanten und Führungskräfte von Industrie, Wirtschaft und Handel aus dem Land Bremen vom Chef des Bremer Bundeswehrkommandos Oberstleutnant Frese und dem Leiter des Katastrophenschutzes über bessere Betriebsschutzmaßnahmen unterrichtet. Und im November desselben Jahres probt die Fernmeldekompanie der Bundeswehrkaserne Aurich die Sicherung des VW-Werkes in Wolfsburg, nachdem man davon ausgegangen war, daß der Werkschutz den bestreikten Betrieb nicht mehr ausreichend „schützen" kann. Bereits 1969 übten Bundeswehreinheiten während des Manövers „Schneesturm" Streikzerschlagung und Stürmung einer Fabrik, während in nur geringer Entfernung davon Hanomag-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes demonstrierten.

Daimler-Direktoren beim NATO-Manöver

Wer jetzt aber annimmt, dies widerspräche selbst den Notstandsgesetzen, der muß sich eines besseren belehren lassen. Zwar sind Arbeitskämpfe, „die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden", nach Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes von den Maßnahmen des Notstandes ausgenommen, doch das, was in Artikel 87a GG so harmlos unter „Objektschutz" zusammengefaßt wird, umfaßt weitaus mehr, als man auf den ersten Blick annimmt. So führt Gerd Stolz in der Zeitschrift „Zivilverteidigung" (Juli/September 1974) zu diesem Thema aus:

„Objektschutz dient nicht nur der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt, somit im weiteren Sinne auch der Rechtspflege, der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, dem Bestand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern auch in erheblichem Umfange der Sicherstellung der Versorgung in ihrer ganzen Vielfalt von u. a. Ernährung, Energie, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie der gewerblichen Wirtschaft in ihrer

Foto: Köhler-Kaeß

Bundeswehrführer Leber: Eine demokratische Armee gibt es nicht

ganzen Erscheinungsbreite (. . .) Das ‚Objekt' muß dabei wohl in erster Linie unter den Gesichtspunkten des allgemeinen Nutzens, also des Gemeinwohls und des Schadensausmaßes gesehen werden. Als ‚Objekte' sind demnach Behörden, Betriebe und Anlagen verschiedener Art sowie auch Einzelteile davon anzusehen, die nach Größe und Eigenart erheblich variieren können."

Und damit im Ernstfall alles gut klappt, folgt man einer Empfehlung des BDI, der bereits 1966 nach seiner Teilnahme am Manöver „Fallex" erklärte: „Es zeigte sich die Notwendigkeit einer künftigen engeren Zusammenarbeit zwischen militärischer Führung, Verwaltung und Wirtschaft, wenn diese auf uns zukommenden Aufgaben sinnvoll gelöst werden sollen." So nahmen dann an WINTEX 75 neben Bundeswehreinheiten folgende Stellen teil:

- die Leitungszentralen der Polizei
- die Stäbe des Bundesgrenzschutzes
- die Bundes- und Länderregierungen
- die Leitungen großer Krankenhäuser
- die Chefetagen einiger Industrieunternehmen, z. B. BASF, Daimler-Benz.

Doch man sorgt sich nicht nur um die Entwicklung im eigenen Land. Auch für den Fall, daß das verbündete Ausland vom „Bazillus der Subversion und des Aufruhrs" ergriffen wird, wird geprobt. So wurde im Rahmen von WINTEX 73 in Norwegen ein NATO-Putsch eingeübt für den Fall, daß das Land aus dem westlichen Bündnis austreten wolle. Während dieser Übung erhielten zivile Angestellte, Länderpolizei, Verkehrsregler, Industrielle, Hafenbehörden und Landesgesundheitsinspekteure Briefe mit simulierten Nachrichten über das Wachstum der Anti-NATO-Bewegung. „Linke" Beamte wurden vom Verteilerkreis ausgeschlossen. In einem diesei Schreiben heißt es:

„bt/nato vertraulich/übung ‚firm sand'/nato geheimnis/spionag. 1. unbekannte radiosendungen gemeldet/2. sabotageähnliche aktionen gegen militäreinrichtungen, verschiedene industrien und kommunikationszentren/3. ‚kampagne für die auflösung der nato' – flugblattaktion im ganzen land; sprüche: norwegen raus aus der nato, nato raus aus norwegen/4. gut organisierte und friedliche demonstrationen von extremistischen gruppen vor dem storting, der amerikanischen botschaft und dem nato-hauptquartier/5. sofortiger austritt aus der nato gefordert/routine/übung/übung/übung/bt."

MAD findet 66 000 Sicherheitsrisiken

In der Bundesrepublik probte man derweil, wie man mit den Unruhen, die nach dem Einsatz im verbündeten Ausland ausbrechen, fertig wird.

Seit 1966 wurde in Zusammenarbeit zwischen Politik, Militär und Wirtschaft so ziemlich alles geübt, was ein Bürgerkrieg zu bieten hat (siehe die „Chronologie des ‚Bürgerkrieges' "):

- Abwehr von Sabotage
- Straßenkontrollen
- Sicherung von Kasernen gegen Demonstranten
- Panzereinsätze gegen Demonstranten
- Flugzeugangriffe auf Demonstranten
- Abriegelung und Stürmung von Fabriken
- Zerschlagung bewaffneter Aufstände
- Einsatz im verbündeten Ausland.

Vorbereitet hat man sich auch auf einem anderen Gebiet. So erklärte Brigadegeneral Paul Scherer, der Leiter des MAD, auf einer Pressekonferenz am 19. November 1973, daß der MAD bereits damals über drei Millionen Bundesbürger überprüft und bei mehr als 66 000 „Sicherheitsrisiken" festgestellt habe. Ähnlichen Zwecken dient offensichtlich der „Befehl zur territorialen G-2-Lage", der die zentrale Meldung sämtlicher Druckerzeugnisse oder Demonstrationen gegen die Bundeswehr mit den Personalien der Urheber und Teilnehmer anordnet.

Doch Übung allein macht noch keinen Meister, erst recht nicht im Bürgerkrieg. Dazu gehört auch eine entsprechende Ausrüstung.

Eine der wichtigsten technischen Erneuerungen für den inneren Einsatz war die Einführung des Schützenpanzers „Marder" Anfang der 70er Jahre. Zwar sollte der MARDER, so die offizielle Lesart, dem Kampfpanzer „Leopard" ebenbürtig sein, doch seine Größe und vor allen Dingen seine seitliche Formgebung machten ihn, nach Ansicht einiger Militärs, im Gefechtsfeld zu einer viel zu guten Zielscheibe. Seine 20-mm-Kanone ist zudem im Feld kaum vernünftig einsetzbar. Dafür aber um so besser, nicht zuletzt aufgrund der schnellen Schußfolge, im Nahkampf gegen sog. weiche Ziele, etwa Menschen. Und ein weiterer Vorteil: Innerhalb weniger Sekunden können sieben Soldaten das Fahrzeug durch die Heckklappe verlassen und unter dem Schutz von Kanone und Maschinengewehr „stoßtruppartig in Gebäude eindringen, den Kampf in und um Häuser führen oder Ortsteile vom Gegner säubern", so die Zeitschrift „Truppenpraxis". Ideal also für die Räumung besetzter Fabriken, da die Einrichtungen selbst nicht zerstört werden müssen, oder für den Einsatz gegen Menschenmassen.

Größere Effektivität auch für den inneren Einsatz wird die neue Wehrstruktur mit sich bringen. Seit dem 1. April 1975 werden drei neue Panzerbrigaden aufgestellt. Die 36 Brigaden des Heeres werden dann 17 Panzergrenadier- und Jägerbrigaden (typische Nahkampfeinheiten), 16 Panzer-

Chronologie des Bürgerkrieges

– 1966, geübt wird in Offiziersausbildungskursen: Einsatz von Bundeswehreinheiten zusammen mit Bundesgrenzschutz und Polizei gegen Banden; der taktisch richtige Einsatz eines Panzergrenadierzuges mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt besetzen; Maßnahmen gegen Demonstranten, die die Ausfahrt einer Kaserne belagern.

– Fallex 1966: Zusammen mit einigen Abgeordneten geht man im Regierungsbunker in der Eifel davon aus, daß Friedensdemonstrationen zum Generalstreik aufrufen und wehrkraftzersetzend wirken; daß die Polizei wilde Streiks, die in Wolfsburg ihren Anfang nehmen, nicht mehr unter Kontrolle hat. Anwesend auf Einladung des Verteidigungsministeriums: eine Delegation des Bundes Deutscher Industrieller (BDI).

– Manöver 1967: Lagebeschreibung: „Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise . . . arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen. Die Polizei ist überfordert . . . Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt."

– 1968, Übung des Jagdbombengeschwaders 34 Memminger Berg: Aufgabe ist die Sicherung der Kaserne gegen anrückende Demonstranten, mit denen die Feuerwehr nicht mehr fertig wird. Befehl: „Demonstranten, die über das Tor klettern, sind zu erschießen."

– 1969 „Schneesturm": In Paderborn wird der Militäreinsatz gegen Demonstranten geprobt; zur gleichen Zeit üben Bundeswehreinheiten bei Hannover Streikzerschlagung und Stürmung einer Fabrik. In nur geringer Entfernung demonstrieren Hanomag-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes.

– WINTEX 1971: Manöverannahme: Nach einem sowjetischen Angriff bricht in der Bevölkerung Unruhe aus; Einberufungsbefehle werden nicht befolgt; ausreisende Gastarbeiter blockieren die Bahnhöfe, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm; auch in den Mannschaften der Bundeswehr breitet sich Unruhe aus; daraufhin werden Feldjäger gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt; es gibt die ersten Opfer. Ausgang der Übung: nach Atomwaffeneinsatz durch NATO-Verbände sind 4 Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen; die politische und militärische Führung hat das Land verlassen.

– Februar 1972: Das Deutsche Rote Kreuz verweigert die Teilnahme an einer Katastrophenübung bei Konstanz, bei der davon ausgegangen wird, daß die Bevölkerung aus Oberfranken evakuiert werden muß, nachdem die osteuropäische Presse dazu auffordert, „die geknechtete Bevölkerung Westdeutschlands zu unterstützen".

– Oktober 1972: NATO-Manöver: Panzertruppen fahren bis in die Innenstadt und vor den Kliniken Bad Neuenahr auf.

– WINTEX 1973: Regierungsstellen proben die „zivile Komponente" der militärischen Landesverteidigung: Objektschutz, Sabotageabwehr, Verkehrsregelung etc.; nachdem die Bundeswehr bei Unruhen im verbündeten Ausland eingegriffen hat, kommt es in der BRD zu Protesten, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm, in den Streitkräften treten große Disziplinschwierigkeiten auf. Gleichzeitig wird in Norwegen ein NATO-Putsch geprobt für den Fall des NATO-Austritts Norwegens.

– 1973: Alarmübung des Raketenbataillons 22 in Schwalmstadt; Ausgangslage: Arbeiter haben im süddeutschen Raum eine Räterepublik ausgerufen, in anderen Teilen des Landes brechen Unruhen aus. Übungsaufgaben:
1. Streikende Arbeiter der Kasseler Henschel-Werke sollen auseinandergetrieben werden,
2. Eine Demonstration vor der Gießener Kaserne soll aufgelöst werden,
3. Unruhe hat auf die Bundeswehr übergegriffen – Befriedung eines Unruheherdes.

– 1973: Dürverdener Kaserne: Soldaten erhalten den Befehl, eine antimilitaristische Demonstration zu mimen und durch einen Sitzstreik den Munitionstransport der Nachbarkompanie zu stoppen.

– September 1973: Ausbildungskompanie 408 in Münster: Soldaten müssen die Kaserne gegen einbrechende Demonstranten sichern, die mit Flugzeugen angegriffen werden.

– Herbst 1973: In einem Brief an verschiedene staatliche Stellen fordert die Feldjägerschule Sonthofen Bildmaterial von streikenden Arbeitern, Anti-NATO-Demonstranten, Flugblattverteilern etc., um möglichst realistisch die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten und -methoden gegen Streikende und Demonstranten üben zu können.

– November 1973: Kampfausbildung der Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg: in der BRD ist es zu bewaffneten Aufständen gekommen; in Bückeburg wurde ein Munitionsdepot gesprengt; Aufgabe der Truppe: Säuberung des Geländes vom Feind, wobei Kontakt mit der Bevölkerung zu vermeiden ist, da sie der Bundeswehr negativ gegenübersteht; jedes Fahrzeug und jede Person gilt als Feind.

– 1973, während des Metallarbeiterstreiks: 25 Repräsentanten und Führungskräfte aus Industrie, Wirtschaft und Handel werden vom Leiter des Bremer Bundeswehrkommandos und dem Leiter des Katastrophenschutzes über bessere Betriebsschutzmaßnahmen unterrichtet.

– 1973: Probealarm in der Kaserne Aurich: Lage: VW-Werke werden bestreikt, Werkschutz kann das Werk nicht mehr „schützen"; die Sicherung übernimmt die Fernmeldekompanie.

– April 1974: Während eines Manövers am Niederrhein führen schwerbewaffnete Soldaten unter dem Schutz gut ausgebauter Maschinengewehrstellungen Straßenkontrollen durch.

– 3. 5. 74: Kaserne des Kampfgeschwaders 41 in Husum: Demonstranten belagern das Kasernentor, die Wache geht in Deckung. Erst als Polizeikräfte anrücken, stellt sich heraus, daß es sich bei den Demonstranten um Soldaten in Zivil handelt, die die Wache testen sollten.

– Übung vom 2.–13. 9. 1974: Nach Kriegsausbruch im Nahen Osten ist die Grenze von Blauland bedroht; unter der Bevölkerung bricht Unruhe aus, wilde Streiks erfassen das Land. Die Heimatschutztruppe bekämpft den Feind im Hinterland.

– WINTEX 75: Nach einem Angriff des Warschauer Pakts brechen in der BRD Unruhen und wilde Streiks aus, die Bevölkerung verweigert der Truppe jede Unterstützung: Bundeswehreinheiten haben besetzte Betriebe zu räumen.

– Oktober 1975: „Große Rochade": Heimatschutztruppen proben den Einsatz gegen Störtrupps und Saboteure.

– Dezember 1975: Übung des Panzergrenadierbataillons 71 in Altenwalde: Soldaten müssen die Kaserne gegen Demonstranten sichern, die mit Flaschen und Steinen werfen. Der gleichzeitig laufende Protest der Bevölkerung Altenwaldes gegen den Bau einer Panzerringstraße wird in die Übung einbezogen.

brigaden und drei Luftlandebrigaden umfassen. Ziel der neuen Brigadegliederung, die mit dieser „Reform" verknüpft ist, ist laut Verteidigungsweißbuch 1975/76:

„Höhere Präsenz und Kampfkraft ohne Mobilmachung, Gründe für kleinere Kompanien und Bataillone: die fortschreitende Zersiedlung des Geländes in unserem Land erschwert eine einheitliche Führung aller Waffen der Kompanie und des Bataillons. Schneller ablaufende Gefechte, höhere Beweglichkeit und gesteigerte Feuerkraft stellen immer mehr Ansprüche an die Führung größerer Einheiten und Verbände. Die Truppenteile müssen überschaubar sein. Ihre Führer müssen die Kampfkraft und Feuerkraft von Mannschaft und Gerät im Gefecht voll zur Geltung bringen können. Außerdem: kleinere Einheiten erlauben eine intensivere Ausbildung."

Bürgerkrieger nur von Beruf?

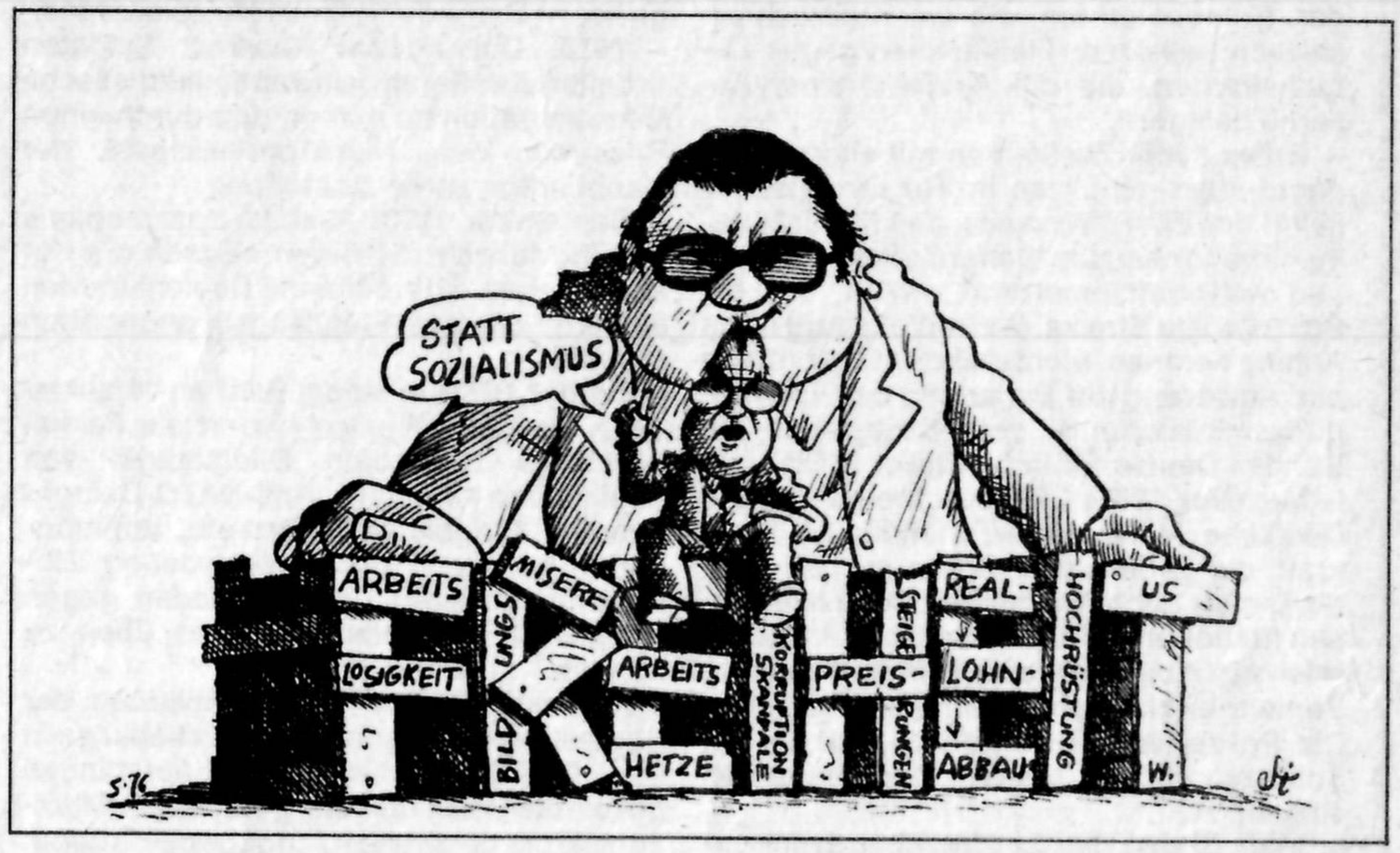
Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die sogenannten Heimatschutztruppen. Bei diesen Einheiten handelt es sich um Einheiten, die hauptsächlich aus ehemaligen Zeitsoldaten bestehen und für den Einsatz im Hinterland gedacht sind. Sie sind im wesentlichen infanteristisch bewaffnet und unterstehen obendrein nicht dem gemeinsamen NATO-Kommando.

Umstellungen auch noch auf einem anderen Gebiet: Für die „sinnvolle Lösung" der zukünftigen Aufgaben ist der einseitig militärisch ausgebildete und gedrillte Offizier unbrauchbar. So müssen künftig alle Berufsoffiziere am Beginn ihrer Laufbahn ein dreijähriges „ziviles" Studium an den bundeswehreigenen Hochschulen absolvieren. Nach dem zwölften Dienstjahr folgt eine sog. „Fortbildungsstufe C", deren Kern ein dreimonatiger Grundlehrgang an der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese ist, in dem sich die Offiziere mit zivilen Problemen zu befassen haben.

Aber was nützten die besten Übungen, Geräte und Offiziere, wenn die ausführenden Soldaten auf die Idee kämen, sich zu weigern, diese Befehle auszuführen. Die Bundeswehr ist sich dieser „Gefahr" wohl bewußt, wie aus den zahlreichen Notstandsübungsannahmen über Unruhe unter den Mannschaften hervorgeht. Aus diesen Gründen ist sie dann auch bestrebt, einen festen Kern aus Zeit- und Berufssoldaten für den direkten Kampf zu bekommen, während die Wehrpflichtigen für Instandsetzung und Nachschubaufgaben eingesetzt werden sollen. Schließlich weiß man aus soziologischen Untersuchungen, daß sich Zeit- und Berufssoldaten aufgrund ihrer materiellen Bindung an die Armee und ihrer erheblich längeren und intensiveren Ausbildung um ein Vielfaches besser anpassen als der normale Wehrpflichtige. Zusätzlich kann die Bundeswehr sich ihre Kandidaten reichlich aussuchen. Bei den Unteroffizieren und Mannschaften stieg 1975 die Zahl der Bewerber mit drei- und mehrjährigen Verpflichtungszeiten um mehr als ein Drittel. Bei den Offiziersbewerbern lag das Plus sogar bei 50 Prozent.

So ergibt sich das Bild einer schlagkräftigen Bürgerkriegsarmee. Wer wird angesichts dieser Tatsachen noch dem Verteidigungsminister widersprechen können, wenn er erklärt, daß es eine demokratische Armee nicht geben könne. ●

Heinrich Böll: statt oder statt oder statt oder?



Diese scheinbare sinnlose Komposition aus zwei Bindewörtern ergibt durchaus einen Sinn, wenn man, um die Intonation zu erleichtern (hilfsweise oder vorübergehend) so formuliert: anstelle von oder statt oder anstelle von statt oder? Oder eine andere Version: an oders statt statt oder an statts statt oder? Weiterer Vorschlag: oder oder statt oder statt statt oder?

Das klingt wie gekonntes Stottern, wie ein Duo für zwei gedämpfte Pistolen, oder wie ein partiell verstopftes Maschinengewehr. Das Spiel läßt sich fortsetzen als eine Variante auf das berühmte „In Ulm, um Ulm und um Ulm herum"; als Leckerbissen für ausländische Germanisten, die das Wesen der deutschen Sprache ergründen möchten; als Übung auf dem mühsamen Weg zur Zungenfertigkeit; da würde die deutsche Sprache in ihrem unerforschlichen Tiefsinn endlich einmal als Spielmaterial benutzt, endlich einmal könnte man ihr rhythmische Reverenz erweisen. Vertont zu werden braucht keine der Varianten, sie intonieren sich selbst. Sie sind alles in einem: konkrete Poesie, Musik und Grafik der Gegenwart, man kann darauf (oder danach) tanzen, und ich fordere Joseph Beuys auf, daraus eine Plastik zu machen. Verbindender Titel: Variationen auf zwei Bindewörter.

Nun aber Schluß mit diesem frivolen, höchst verwerflichen *Formalismus,* kommen wir endlich zum *Inhalt:* nun müssen die Wähler sich endlich klar darüber werden, wie unfrei sie geworden sind, wie sozialistisch die Bundesrepublik in den vergangenen sieben Jahren geworden ist. Natürlich gibt es da ein paar Leute, die sich durch den Radikalenerlaß erheblich in ihrer Freiheit eingeschränkt sehen, andere sehen sich durch Radikale in ihrer Freiheit behindert. Gleichzeitig aber steigen sowohl die Spareinlagen wie die Buchungen für Urlaubsreisen, es muß also die Unfreiheit des Bürgers, der mit Radikalen – so oder so – nicht zusammenkommt, tief, sehr tief versteckt sein.

Wo? Der *Neid* auf die Bundesrepublik wird im Ausland immer größer. Wird also der Wähler ein beneidetes Land in ein weniger beneidetes Land verwandeln wollen? Oder werden wir, wenn die CDU/CSU regiert, noch mehr beneidet werden? Da wird auf einem so schlanken Wörtchen wie statt und einem so lieben Wörtchen wie oder wahre Gewichtheberei betrieben, Vorsicht, die beiden Wörtchen könnten daran zerbrechen, das hält kein oder aus und ein statt schon gar nicht, und die deutsche Sprache würde noch ärmer; wie wär's, wenn man das gebräuchlichste aller Bindewörter, das da heißet UND, wieder zu Ehren brächte, und war's auch nur, um die Vokale vollständig zu haben: statt statt und und statt oder und (zur Erleichterung: anstelle von statt und und anstelle von oder und).

Konkrete Poeten, Musiker, Maler, Bildhauer sind eingeladen, das verachtete und in ihre Kompositionen einzubeziehen (möglicherweise auch noch das aber, aber mit *vier* Bällen jonglieren – ich weiß nicht: Freiheit *und* Sozialismus, Freiheit *aber* Sozialismus) je länger ich darüber nachdenke, gefällt mir das aber am besten, aber ich will nun endlich aufhören, mit diesen (verfluchten) formalistischen Spielereien, und ich möchte nicht auch noch jenes umstrittene Hauptwort ins Spiel bringen, das da heißet: Kapitalismus. Nein, den gibt es doch gar nicht, und wenn es ihn gäbe, wäre er keine Gefahr.

Zurück zum *Inhalt.* Seitdem ich die CDU/CSU-Slogans kenne, frage ich mich, wie tief welche Überlegungen die Wähler über die Unfreiheit anstellen und was sie sich unter Sozialismus vorstellen könnten? Natürlich möchte der Halbzeitbauer da im bayrischen Wald, der sein Arbeitslosengeld bekommt, es lieber vom Apfelbaum pflükken anstatt es von einem Geldbriefträger (so einem verfluchten Bürokraten!) zugestellt zu bekommen, oder es bei irgendeinem Amt (wieder bei so einem verfluchten Bürokraten!) abzuholen. Die Frage wäre, ob die CDU/CSU geldtragende Apfelbäume (oder Johannisbeersträucher) in Reserve hält. Wenn die Wähler also über ihre Unfreiheit, über die fürchterliche Versklavung durch Bürokraten nachzudenken beginnen – das könnte daneben gehen. Hoffen wir's.

Das erinnert alles an die „Sorge um Deutschland", die 1972 umging, da sah man (ich möchte fast sagen) haufenweise umwölkte Stirnen, Grabesstimmen erklangen, keine der düsteren Prognosen ist eingetroffen: von Arbeitslosigkeit sprach damals niemand, aber die kam dann wirklich. Es ist wirklich schon ziemlich viel mehr als komisch, Helmut Schmidt in düsterem Schattenspiel als den Linkesten aller Linken an die Wand zu werfen, als trojanisches Pferd des drohenden Sozialismus. Ich weiß nicht, ob das alles wirklich und wo „ankommt". Hoffen wir an der falschen Adresse, wie so mancher Bumerang, der nicht das gejagte Wild, sondern des Jägers Stirn trifft.

Noch etwas macht mich besorgt um die CDU/CSU: wieder einmal, wie schon 1972, schlägt sie zu früh und zu heftig los, und wieder einmal, wie schon 1972, spürt man zu deutlich: so total, so ganz und gar überzeugt von ihren Kandidaten sind sie nicht. Helmut Kohl ist nun einmal kein guter „Brüller", was ich keineswegs unsympathisch finde, man sieht, spürt, hört, daß er zu intensiv auf „die Tube drücken muß", wenn er loswettert. Er hat – finde ich – nun einmal keine „Schnauze". Warum ihm da eine vorhängen? Überhaupt, wie wär's mal ausnahmweise mit einem *leisen* Wahlkampf? Kohl piano, Strauß freundlich säuselnd, Schmidt ganz sanft, Wehner mit Honigmund, Carstens gezuckert, Genscher ein bißchen weniger besorgt, nicht immer so ernst. Natürlich wissen wir alle: Europa braucht Deutschland, Deutschland ist tüchtig – aber sind die Tüchtigen immer beleibt? Deutschland ist fleißig, es ist sparsam – aber wo bleibt seine Liebenswürdigkeit, wo bleibt sein Charme? Da hilft kein statt und kein oder, kein und und kein aber. Mit Bindewörtern ist nicht viel Staat zu machen (höchstens als Material für konkrete Poesie). ●

Der „Einpeitscher"

Detlev Hensche, Mitglied des Hauptvorstands der IG Druck und Papier, wurde während des Druckerstreiks zum bevorzugten Buhmann der Druckunternehmer und Verleger. Angeblich sei es dieser „Scharfmacher" gewesen, der das friedliche Verhältnis der „Sozialpartner" gestört habe. KONKRET wollte von Hensche wissen, wie recht die Verleger hatten:

KONKRET: In der vergangenen Woche hat ein CDU-Abgeordneter im Bundestag die Bundesregierung ganz ernsthaft gefragt, ob der Präsident des Bundesgesundheitsamtes ein „Leninist" sei. Allerorten klebt jetzt der Schreckensruf „Freiheit statt Sozialismus". Und bei der IG Druck und Papier wurde während des letzten Streiks ein Dr. Detlev Hensche gesichtet, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes dieser Gewerkschaft, der als der „radikale Doktor", als „Schlüsselfigur" einer gewerkschaftlichen „Machtergreifung", als „Scharfmacher", als der „intellektuelle und ideologische Einpeitscher" streikender Druckereiarbeiter apostrophiert wird.

Hensche: Zunächst einmal: Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß mir zur Reform unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Ziele vorschweben, die man sehr wohl als sozialistisch bezeichnen kann. Nur hat das mit dem zurückliegenden Tarifkonflikt nichts zu tun. Ich habe in diesem Tarifkonflikt getreu meiner mir zugewiesenen Aufgabe gearbeitet und wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, als Neuling im tarifpolitischen Geschäft die Mehrheit der Tarifkommission oder die Mehrheit unserer Mitglieder umzustimmen oder gar zu gängeln.

KONKRET: Wie kommt dann die Legende vom „Leninisten" Hensche zustande?

Hensche: Der Hintergrund einer derartigen Legende scheint mir zu sein, daß die Unternehmer offensichtlich über das hohe Urabstimmungsergebnis überrascht waren – 88,2 Prozent für Streik. Und sie waren noch mehr überrascht über die hundertprozentige Streikbereitschaft, als es dann losging. Dann braucht man eben solche Erklärungen wie: Die Mitglieder sind verführt, sie wissen gar nicht, was sie tun, und auch der Vorsitzende wird von irgendwelchen dunklen Kräften geschoben, ohne es selbst zu wissen.

KONKRET: Man braucht dann den Rädelsführer?

Hensche: Im Mittelalter waren das die Hexen und bis vor dreißig Jahren die Juden . .

KONKRET: Und heute Sozialisten, die manchem Ritter stolzer Federn nun auch schon die Preßfreiheit nehmen wollen. Eine Mehrheit von 150 befragten Mitgliedern des PEN-Zentrums in der Bundesrepublik sieht durch die Streikereignisse das Ende der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit gekommen. Zwei gewerkschaftsfeindliche Kommentare in konservativen Zeitungen sind durch Setzer und Metteure verhindert worden. Eine Minderheit von 124 PEN-Mitgliedern hat freilich in einem Gegenantrag die Meinungsfreiheit gegen jede Unterdrückung verteidigt, also vor allem gegen die ständige Zensur durch Verlagsunternehmer, gegen die ständige Selbstzensur der Journalisten, gegen die Unterdrückung und Verfälschung von Nachrichten, wie sie zum publizistischen Werktag in diesem Lande gehören. Verteidigen Sie auch mit Blick auf die Verfassungs-Interpreten des PEN Ihre Kollegen an der gewerkschaftlichen Basis?

Hensche: Zwei Vorbemerkungen: Es hat mich gewundert, daß Kommentatoren über diese beiden weißen Flecken in den Zeitungen ganze Breitseiten abschossen, während kaum eine Zeile erschienen ist, die wenigstens registriert hätte, daß auch Tage nach dem Streik noch zehn Drucke-

Neuerscheinungen

424 Seiten, 9,80 DM

Aus dem Inhalt: Die Anfänge – Bewegung und Rückschritt: Texte von Luise Otto, Lily Braun, Clara Zetkin, Helene Lange, August Bebel, Alexandra Kollontay. Neue Impulse nach dem Zweiten Weltkrieg: Betty Friedan, Alva Myrdal, Simone de Beauvoir. Feminismus: Kate Millet, Shulamith Firestone, Mariarosa della Costa, Anne Koedt, Simone de Beauvoir, Irmtraud Morgner. Praktische Erfahrungen mit Frauengruppen in der BRD.

„Rechtzeitig zur Reform des Paragraphen 218 erscheint ein Ratgeber für Frauen. Titel: ‚Schwangerschaft und der neue § 218'. Das Buch enthält Tips über Verhütungsmöglichkeiten, ausführliche Erläuterungen zu den neuen Abtreibungsbestimmungen sowie Adressenlisten von Beratungsstellen, Frauengruppen und Kliniken in Holland ..."

stern

Mit zahlreichen Illustrationen von Marie Marcks, Klaus Staeck u. a.

204 Seiten, 9,80 DM

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

reiarbeiter verletzt in Krankenhäusern lagen, die vor den Werktoren von Unternehmer-Autos niedergefahren worden waren. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit streikender Arbeiter ist für manchen offensichtlich weniger wichtig. Und wenn die Mehrheit des PEN-Zentrums ihre eigenen Maximen ernstnehmen würde, müßte sie sich vor allem anderen erst einmal sagen, daß die gegenwärtige eigentumsbestimmte Herrschaftsordnung in der Presse verfassungswidrig ist. Diese weißen Flecken, die jetzt einmal sichtbar wurden, gibt es Tag für Tag in jeder Zeitung, weil jeder Verleger selbst zensiert oder durch die von ihm eingesetzten Chefredakteure oder Ressortleiter täglich zensieren, auswählen und weiße Flecken entstehen läßt. Nur, sie sieht man nicht ...

KONKRET: ... weil sich immer willige Gehilfen finden, die sie mit Preßfreiheit füllen.

Hensche: Der Unterschied ist eben nur der, daß ausnahmsweise einmal nicht der Sozialpartner in der Chefetage, sondern jener in der Mettage Anstoß genommen hatte. Übrigens: Unsere Kollegen bei der „Frankfurter Neuen Presse" und der „Bild-Zeitung" in Hannover haben nicht etwa von sich aus Artikel herausgesetzt, sondern verlangt: Wenn die Zeitung mit diesen Kommentaren erscheint, die den Streik verleumden, dann müsse eine Erwiderung aus der Sicht der Verleumdeten hinzugefügt oder in der nächsten Ausgabe nachgereicht werden. Also ein Verlangen nach simpelster Informationsfreiheit und -vielfalt, auf die, wenn wir schon beim Grundgesetz sind, jeder Bürger Anspruch hat. Dieser elementare Anspruch auf Pressefreiheit ist ihnen verweigert worden, und erst daraus entspann sich dann der Streit, den die beteiligten Verleger und Chefredakteure provozierend mit der Herausnahme ihrer Meinungsartikel eskalierten, offensichtlich als ein Wink mit dem Zaunpfahl für eine ohnehin desinformierte Öffentlichkeit: Seht mal, so weit ist es schon mit der gewerkschaftlichen Machteroberung, wir sind nicht mal mehr Herr im eigenen Hause ...

KONKRET: Und die Arbeiter, eben erst auf den Geschmack ihrer eigenen Kraft gekommen, sollten exemplarisch an das Rollenspiel von Herr und Knecht erinnert werden und frei nach Kästner so tief sinken, daß sie den Kakao, durch den man sie zieht, auch noch trinken, sich mit ihrer Hände Arbeit selbst bekleckern. Für die Liebhaber formaler Verfassungsversprechungen – beim deutschen PEN scheint es da mehr zu geben, als man befürchten konnte – müßte doch wenigstens jenes vielzitierte „Sittengesetz" allgegenwärtig sein, jener etwas verquollene, aber nun mal niedergeschriebene Verfassungskonsens, nach dem kein Bürger gezwungen werden darf, vermeidbar gegen seine eigenen Interessen und seine persönliche Ehre zu handeln.

Hensche: So sollte es sein. Betrachten wir doch die konkrete Situation, in der diese weißen Flecken entstanden: Es herrschte ein offener Lohnkampf, der lediglich durch einen Waffenstillstand unterbrochen war. Und die ersten Zeitungsausgaben im Waffenstillstand enthielten diese Kommentare, die nichts anderes waren als eine Fortsetzung des Lohnkampfes mit publizistischen Mitteln. Mithin: Diejenigen, die sich zu einem Waffenstillstand bereitgefunden hatten, sollten gleich noch einen Tritt in den Hintern abbekommen. Daß unsere Kollegen das nicht mit sich machen lassen wollten und darauf bestanden haben, daß im Sinne der Informationsfreiheit und Informationsvielfalt auch die angegriffene Seite zu Wort kommen kann, war durchaus verständlich und richtig.

KONKRET: Erwägen Sie für künftige Lohnkämpfe in einem Gewerbezweig, der – wie auch immer – die Presselandschaft berührt, einen Konsens herzustellen, z. B. in einem Rahmentarifvertrag, daß durch keine der beiden Seiten die dort produzierte Ware gegen eine der streitenden Seiten eingesetzt werden darf? Also eine Wohlverhaltensklausel für Lohnkämpfe, die Waffengleichheit in der publizistischen Begleitmusik herstellt, soweit publizistische Organe direkt in die Auseinandersetzung verstrickt sind?

Hensche: Das wäre ein erstrebenswertes Ziel. Wir haben es in diesem Tarifkonflikt als Betroffene erlebt, daß trotz zahlreicher Dementis und trotz Information unsererseits Falschmeldungen noch tagelang weiterverbreitet wurden, von der gehässigen und irreführenden Kommentierung in den meisten Medien ganz abgesehen. Die private Presse hat in der Tat ihre publizistische Macht als Tarifpartei wie ein zusätzliches Kampfinstrument eingesetzt ...

KONKRET: Herr Hensche, Springers „Welt" fragte am 25. Mai unter Gebrauch ihrer Pressefreiheit: „Müssen Arbeitskämpfe sein?" Ignorieren Sie solche Tagträume oder beschäftigt Sie das?

Hensche: Es ist immerhin beachtlich, daß sich dort Sätze unter Berufung auf den im Alter konservativen Götz Briefs finden wie etwa, der Streik sei ein „barbarisches Relikt des 19. Jahrhunderts". Oder: Der Streik sei keine „Privatangelegenheit mehr zwischen Gewerkschaften und Unternehmer", denn er „stört Recht und Ordnung, unterbricht den Gang von Produktion und Konsum". Hieraus folgert das militante Unternehmerblatt, daß, wenn man schon nicht zur alten Reichs-Schlichtungsordnung zurückkehren könne, das Schweizer Arbeitsfriedensabkommen von 1937 ein

durchaus „nachahmenswertes Beispiel" abgebe. Dort heißt es geradezu rührend: „Wichtige Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten sind nach Treu und Glauben gegenseitig abzuklären", und es sei unbedingt der Frieden zu wahren, jegliche Kampfmaßnahme gelte als ausgeschlossen. Das einzige Kampfmittel der Arbeiter, der Streik, soll gegen eine Schlichtung eingetauscht werden, von der „bei ernsten Schwierigkeiten und auf Antrag einer Partei ein Schiedsspruch auch ohne vorherige Zustimmung beider Parteien gefällt und verbindlich erklärt werden kann". Paradoxerweise verkauft dieser Herr von Springer seine Anregung auch noch als sinnvollen Beitrag zur „Tarifautonomie der Sozialpartner". Es ist ein eigenartiges Charakteristikum des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Klimas in der Bundesrepublik, daß hier zu einem Zeitpunkt Grundfreiheiten – verfassungsrechtlich geschützte Grundfreiheiten – der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften in Frage gestellt werden, da wir mit Hoffnung Entwicklungen in faschistischen Staaten wie Spanien oder ehemals faschistischen Staaten wie Griechenland oder Portugal beobachten, wo man erstmals zurückkehrt zur Streikfreiheit. Bei uns aber möchte man sie weiter einschränken.

KONKRET: Uralt-Sehnsüchte nach dem „Volksgenossen" an der Werkbank, Ausbeutung auf „Treu und Glauben", ein Ständestaat mit Gewerkschaften als Bundesarbeitsfront und soziale Arbeitshygiene-Inspektion – ein prima Kontrapunkt zu der angeblich gefährdeten Pressefreiheit des Grundgesetzes durch streikende Arbeiter . . .

Hensche: Hier entstünde tatsächlich der Bruch mit unserer freiheitlich verfaßten Gesellschaftsordnung – die Verfassungswirklichkeit ist leider ohnehin nicht so. Das Kernstück der Verfassung für die lohnabhängige Mehrheit des Volkes, sich durch kollektive Arbeitsverweigerung zur Wehr zu setzen, soll aus dem Katalog abstrakter Rechte herausgebrochen werden. Dahinter steckt eine Ideologie – ich benutze diesen Begriff nur zögernd –, die faschistoid ist.

KONKRET: Vor zehn Jahren hat die CDU/CSU ihr Phantom von der „formierten Gesellschaft" in den Fundus latenter Faschismus-Drohung zurückstecken müssen. Doch kaum wird im „Modell Deutschland" überhaupt mal wieder gestreikt, schon sind alle ideologischen Leichen wieder quicklebendig.

Hensche: Einmal ist das sicherlich Bestandteil der gegenwärtigen politischen Rechtsentwicklung, die wir seit zweieinhalb Jahren zu verzeichnen haben. Zum zweiten habe ich den Eindruck: In dem Maße, in dem die sozialen Konflikte zunehmen, etwa auch in den Betrieben, in denen ein ungebrochenes wirtschaftliches krisenfreies Wachstum nicht mehr garantiert ist – was inzwischen jedem einsichtig geworden ist –, werden wesentlich gröbere Geschütze aufgefahren. Das fängt ja schon an mit der Verbiegung unserer Verfassung, etwa in der Mitbestimmungsfrage. Bei Schaffung unserer Verfassung wäre es ein Unding gewesen, derartige Fragen der Wirtschaftsordnung unter der Meßlatte des Grundgesetzes zu prüfen. Das setzt sich in der unseligen Berufsverbotspraxis fort. Was früher einmal die Theologie übernommen hatte, bestimmte gesellschaftliche Ordnungen als gottgewollt zu legitimieren und jeden, der sie angreift, als Ketzer zu verurteilen, das nimmt heute eine sehr einseitige Interpretation des Grundgesetzes wahr.

KONKRET: Aber diese Okkupation von Grundrechten greift unter der Regierung einer Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten um sich . . .

Hensche: Ja, nun muß ich zur Ehrenrettung der sozialliberalen Koalition sagen, daß sie nicht für das verantwortlich gemacht werden kann, was in der Opposition läuft, und nicht für das, was an ideologischen Knüppeln von Unternehmern erfunden wird.

KONKRET: Meinen Sie nicht, daß Sozialdemokraten, Liberale und nicht zuletzt die Gewerkschaften allen diesen restaurativen Versuchen offensiver gegenübertreten müßten?

Hensche: Die Politik, die wir als Gewerkschaften und auch die sozialliberale Koalition in den letzten zweieinhalb Jahren verfolgen, kann man – etwas polemisch überspitzt – kennzeichnen als eine Politik des Abwartens und schrittweisen Zurückweichens. In der Hoffnung, es wird wieder besser, das politische Klima ändert sich wieder, es wird mit der Wirtschaft wieder besser und dann können wir ja wieder zu alten Reformvorstellungen zurück. Ich halte das deshalb für gefährlich, weil die Entwicklung der zwanziger Jahre etwas anderes lehrt: Der Untergang der Weimarer Demokratie bis hin zum Endpunkt des offenen Faschismus war nichts anderes als das Ergebnis einer langen, langen Kette des schrittweisen Zurückweichens und Zögerns.

KONKRET: Einer der größten Druck-Unternehmer in der Bundesrepublik, Herr Burda, Verleger einer Vielzahl von Massenpublikationen minderen Niveaus, droht mit persönlichen Kommentaren in seiner Regenbogenpresse den Druckereiarbeitern, wenngleich geschönt durch patriarchalische Nebentöne, mit dem technologischen Fortschritt. Er meint, die Arbeiter in diesem Industriezweig würden ohnehin zu einem großen Teil überflüssig, und durch Streiks beschleunigten sie diesen Freisetzungsprozeß nur noch. Bei Streiks in einigen Jahren genügten ein paar korrumpierte Knopfdrücker, um die Produktion weiterlaufen zu lassen. Kommt da auf die IG Druck und Papier, wo ja nicht eben die Maschinenstürmerei zu Hause ist, ein Problem zu?

Hensche: Es wird sicherlich nicht dazu kommen, wie Burda es wohl gern hätte, daß wenige Angestellte die gesamte Produktion in Gang setzen können. Aber die weitere Einführung der Elektronik, besonders im Bereich der Satzherstellung, wird zweifellos zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Wir werden darauf zu antworten wissen: Zum einen liegen seit zehn Monaten Tarifvertragsentwürfe über die Besetzung derartiger elektronisch gesteuerter Anlagen auf dem Tisch. Darüber wird in absehbarer Zeit verhandelt werden. Mir scheint darüber hinaus die galoppierende Rationalisierungswelle in der Druckindustrie ein Musterbeispiel dafür zu sein, wie notwendig eine gesellschaftliche Investi-

tionsplanung ist. Wir haben im Prinzip nichts gegen Rationalisierung, nur eben unter zwei Prämissen: Sie muß Rationalisierung im Interesse der arbeitenden Menschen sein. Und sie muß, soweit Arbeitsplätze tangiert sind, langfristig geplant sein, um Entlassungen zu verhindern.

KONKRET: Investitionslenkung oder -kontrolle ändert aber nichts an dem objektiven Prozeß, daß technologischer Fortschritt Arbeitsplätze einspart, sonst gäbe es ihn ja wohl nicht.

Hensche: Ich meine, daß eine massive Politik der Arbeitszeitverkürzung verhindern kann, daß Rationalisierung einen wachsenden Sockel von Arbeitslosigkeit hervorbringt. Ich sehe da nicht so schwarz: Wenn es einmal unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist, größere Investitionen oder Investitionsschübe langfristig zu planen und zu verhindern, daß sie als Wildwuchs im kapitalistischen Konkurrenzkampf einsetzen, wenn damit Hand in Hand eine Arbeitszeitverkürzung einhergeht, dann sehe ich keine Gefahr für die langfristige Sicherheit der Arbeitsplätze.

KONKRET: Im Rahmen einer privatkapitalistischen Wirtschaft?

Hensche: Nein. Schon die Investitionslenkung, wenn sie ernstgenommen wird, überschreitet den Horizont des einzelnen, sich privatkapitalistisch gefährdenden Unternehmens. Es müssen bestimmte überbetriebliche Daten gesetzt werden, was die Unternehmer ja auch schon tun, wenn sie beispielsweise nach Investitionsquoten-Kartellen rufen. Das ist ja auch nichts anderes, als eine überbetriebliche Investitionslenkung, die an sich die Philosophie der sogenannten Martkwirtschaft schon längst verlassen hat, nach der das einzelne Unternehmen autonom plant. Damit ist diese privatwirtschaftliche Grundlage in der Tat in einem wichtigen Bereich bereits verlassen, so wie sie bei dem Monopolisierungsgrad, den die einzelnen Branchen erreicht haben, sowieso schon längst aufgegeben ist. Die nächste Frage, die sich daran anknüpft, ist die, ob sich dann nicht zwangsläufig auch einmal das Problem der Eigentumstitel dieser Kartelle stellen muß. Ich hielte es bei einer wirksamen Investitionslenkung in der Tat für notwendig, in Schlüsselbereichen eine alte Forderung der Arbeiterbewegung ernster zu nehmen, als dies im Augenblick geschieht, nämlich Schlüsselbetriebe und marktbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen. So steht es jedenfalls im DGB-Grundsatzprogramm.

KONKRET: Also doch letztlich einige Schritte in Richtung Sozialismus, wenn die Technologie die Arbeiter und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zwingt, ihre Freiheit, einen Arbeitsplatz zu erhalten, die Freiheit, arbeiten und von dieser Arbeit leben zu können, nur durch Schritte zum Sozialismus geschützt erhält?

Hensche: Wenn ich das Ziel der sicheren Arbeitsplätze und der Arbeit für alle ernst nehme, dann geht es nicht anders.

KONKRET: Daraus erklärt sich dann auch Sinn oder Unsinn einer demagogischen Losung, die den Freiheitsbegriff gegen den Sozialismus stellt.

Hensche: Vermutlich meint die CDU/CSU auch nur die Freiheit für ein paar tausend Leute, die ohnehin keinen Wert auf einen Arbeitsplatz zu legen brauchen. ●

Peggy Parnass

Wer denkt noch anders?

Am Donnerstag, dem 13. Mai 1976, erschien die erste „Hamburger Morgenpost" wieder in der Endphase des Streiks: „Liebe Leser – endlich nach sieben Tagen ohne Zeitung gibt es wieder Ihre Morgenpost. Wir haben sie nicht gemacht, um den den Streik zu brechen. Wir haben uns zu dieser Ausgabe entschlossen, weil andere Verlage schon seit Tagen mit Zeitungen auf dem Markt sind. Ihre Morgenpost."

Was hatte die SPD-Zeitung ihren Lesern zu sagen, nach einer Woche Zwangspause? Als Gegengewicht zu Springers „Bild", „Welt", „Abendblatt", „Bild am Sonntag", „Welt am Sonntag"?

Seite 1: Sexgangster. Super Bayern hat den Pokal. Girls für Prinz Charles. Feuerteufel wütete. Fotos: Sexgangster. Charles. Mädchen.

Seite 2: Bombenattentat nach Meinhofs Tod? Die Christunion will dem Volk Angst einreden. Feuer für Königin Margarete. Darunter großes Foto der rauchenden Dänenkönigin.

Seite 3: Der Mann, der seine Ehefrau betrog. Superfete mit Windjammer. Streik? Kinos leer, Lokale leer, Einzelhandel stöhnt.

Seite 4 und 5: Sport.

Seite 6: Kaufhausanzeige.

Seite 7: Fernsehprogramm.

Seite 8: Die ganz große Liebe der Caroline. Mädchen für Playboys. Howard Hughes. Sexskandal um Englands Charles. Mord.

Also nach sieben Tagen Pause stützt die Hamburger SPD die Monarchien verschiedener Länder durch Hofberichte wie eh und je. Diesmal die von Dänemark, England und Monaco. Obwohl die idiotische Klatschspalte in der Sondernummer nicht drin war: nur Überflüssiges. Eine belanglose Mischung aus Sex, Crime, Konsum und Sport.

Ich habe die „Morgenpost" genommen, weil ich da trotz jahrelanger Enttäuschungen die Hoffnung nie ganz begraben will. Bei den Springer-Blättern habe ich erst gar keine. Doch alle diese Blätter werden offenbar nur noch gemacht, um Verleger, Redakteure und Drucker zu ernähren. Information des Lesers kommt nur noch zufällig vor.

Der Streik hat uns gezeigt, wie leicht es fällt, auf Zeitungen zu verzichten, die so beschissen gemacht sind. Aber nicht darüber wurde während und nach dem Streik diskutiert, sondern über Pressefreiheit. Über Meinungsfreiheit, die vom Streik bedroht sei. Schnell waren sich alle einig, daß Freiheit die Freiheit des Andersdenkenden sei. Aber wer denkt denn da noch anders? Redakteure, die nur noch das abliefern, was ihre Stellung im Verlag festigt? Die wissentlich Lügen drucken lassen? Die Geschichten türken? Die die Wahrheit korrigieren?

Was Wahrheit sei, lasse sich nicht sagen? Aber was Lüge ist! Und die, die sie verbreiten, wissen es. Nicht umsonst ist es so vielen Journalisten peinlich, einzugestehen, für wen sie arbeiten. Kaum einer der einfachen Arbeitsredakteure von Springer oder Bauer behauptet, er könne an seinem Arbeitsplatz seine Meinungsfreiheit wahrnehmen. Meist rechtfertigen sie sich ganz verschämt: „Ich hab' Frau und Kinder, ich kann da nicht so wie du."

Frau und Kinder sollen daran schuld sein, daß man nicht ehrlicher ist. Daß man nicht nur jeden Scheiß mitmacht, sondern auch mit erfindet. Daß man Geschichten schreibt, die Polizisten fickerig machen und für Lynch-Stimmung im Land sorgen.

Ein kritischer Verstand ist ein Luxus, den sich nur der leisten kann, der sich nichts aus wirtschaftlicher Sicherheit macht, nichts aus einem schönen Zuhause, gutem Essen und Bequemlichkeit. Der keinen Wert auf Krankenkasse und Urlaub legt, dem seine Altersversorgung schnurz ist. Was kann Pressefreiheit in einem Land sein, dessen Journalisten Überzeugungstreue als Ausdruck der Bereitschaft zur Selbstzerstörung begreifen? Und dessen Gewerkschaften stolz darauf sind, ihre Macht nur für ein paar Pfennige Druckerlöhne spielen zu lassen und nur nicht für einen politischen Schritt nach vorn.

Was können wir tun? Es heißt, wir Journalisten sollen solidarisch sein. Schön. Aber mit Leuten, die selbst nicht an das glauben, was sie täglich schreiben? Die den Pressekonzernen beim Verdummen helfen? Das sind nicht meine Kollegen. Schlimm genug, daß wir beim Drukkerstreik mit Leuten solidarisch sein mußten, die nicht aufmucken, wenn sie Texte drucken müssen, die uns totschlagen sollen. Damit sie dafür besser bezahlt werden.

Und die angeblichen Kollegen, was sollen die machen? Sie haben doch nichts anderes gelernt? Dann sollen sie sich umschulen lassen. Einen vernünftigen Beruf erlernen. Sich nicht dumm stellen und erst wieder Geschriebenes abliefern, wenn sie das schreiben können, was sie wirklich wissen. Springer, Bauer und die andern schreiben ihre Zeitungen nicht selbst voll. Es geht nicht darum, Meinungsfreiheit zu verteidigen, sondern darum, sie herzustellen.

Hoechst-Profite

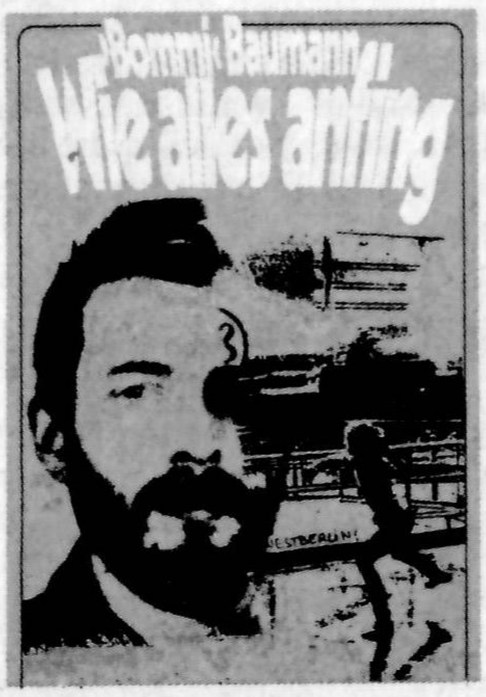
Der Wolff von Amerongen hat seinen Schafspelz fallen lassen: „Es wäre töricht, davon auszugehen, daß nunmehr auf einen Schlag – sozusagen Zug um Zug mit der jetzt gezeigten Mäßigung in der Lohnpolitik – ein Stillstand an der Preisfront eintreten müßte." Kaum haben die törichten Chemie-Kollegen ihren Fünf-Prozent-Abschluß in der Tasche, kündigt Hoechst noch für dieses Jahr Preissteigerungen von bis zu 20 Prozent für Fasern und Kunststoffe an. Übrigens hat die Hoechst AG im ersten Quartal 1976 (ähnlich wie Bayer) ihren Gewinn gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 53,6 Prozent auf 215 Millionen Mark steigern können. Die Chemie-Branche steht hier für die gesamte Großindustrie der Bundesrepublik:

Der Industrie- und Handels-Wolff

„Zum ersten Male in den letzten 150 Jahren", so der DDR-Ökonom Kuczynski, „werden 1976 die Reallöhne in der BRD bzw. in Deutschland sinken, während Produktion und Profite heraufgehen."

Bommi

Ende vergangenen Jahres wurde in einer großangelegten Polizeiaktion gegen Buchhandlungen, den Münchner Trikont-Verlag und dessen Druckerei die Autobiographie „Wie alles anfing" von Bommi Baumann beschlagnahmt (KONKRET 1/76). Der Autor ist gesuchtes Ex-Mitglied der Gruppe 2. Juni. Heinrich Böll empfahl daraufhin in KONKRET das Buch allen „Lehrern, Eltern, Politikern und Psychologen, Polizeibeamten und Pfarrern zur Erweiterung ihrer Erkenntnisse". Aber Lehrer, Eltern und all die andern hatten's damit schwer, denn Bommi blieb verboten. Jetzt hat der Trikont-Verlag eine zweite Auflage auf den Markt gebracht. Eine Liste von rund 300 Herausgebern, meist Schriftsteller, Buchhändler und Verleger (unter ihnen auch KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza), soll vor einer erneuten Beschlagnahme schützen.



Hörerwunsch und Sender-Bewußtsein

Auf einer medienpolitischen Veranstaltung der Gewerkschaft Kunst in München hat der Bayerische Landesvorsitzende der DGB-Gewerkschaft Ergebnisse einer Untersuchung des Bayerischen Rundfunks bekanntgemacht, die der Sender bisher verschweigt. Denn die von Infra-Test ermittelten Hörerwünsche gehen fast allen Programm-Machern gegen den Strich:

Die Frage: „Sind Sie bereit, längere Wortsendungen im Hörfunk zu hören?" hat fast jeder zweite bejaht. „Politische Sendungen" würden 46 Prozent der Befragten „bewußt einschalten". Bei der Frage nach bevorzugten Themen bei längeren Wortsendungen stand Innenpolitik an erster, Sport erst an dritter Stelle.

218-Protest

Ärztekammer-Jäger

Vor zwei Jahren haben im „Spiegel" 329 Mediziner erklärt, „daß ich ohne finanziellen Vorteil Abtreibungen vorgenommen oder Frauen zur Abtreibung verholfen habe und das weiterhin tun werde". Juristische Folgen hatten diese Selbstbezichtigungen nicht, staatsanwaltliche Ermittlungen wurden eingestellt. Lediglich die Hamburger Ärztekammer strengte gegen 22 Medizinalassistenten und Ärzte aus Hamburg berufsgerichtliche Verfahren an. Am 26. Mai, kurz vor Inkrafttreten der Neufassung des § 218, wurden die letzten Urteile verkündet: Die zehn angeklagten Ärzte erhielten einen Verweis, der zehn Jahre in ihrer Personalakte vermerkt bleibt, und wurden zur Zahlung einer Gebühr von je 500 Mark und der Prozeßkosten verurteilt. Alice Schwarzer kommentiert die Entscheidung:

Erstens vertreten die Ärztekammern bekanntermaßen nicht die Meinung der Mehrheit, sondern die Interessen einer privilegierten, reaktionären Minderheit. Zweitens ist es bezeichnend, daß die Hamburger Kammer sich gerade jetzt, in diesem allgemeinen Klima der politischen Einschüchterung, ein solches Manöver erlaubt. Hier sollen Ärztinnen und Ärzte, die couragiert zum Kampf gegen das Abtreibungsverbot beigetragen haben, dafür gebrandmarkt werden, daß sie einmal nicht für die Selbstherrlichkeit der Ärzte, sondern für die Selbstbestimmung der Frauen plädiert haben. Das sei „unärztliches" Verhalten, wagt eine Kammer zu sagen, die noch nie protestiert hat, wenn es um die Bereicherung arrivierter Mitglieder bei heimlichen Abtreibungen ging.

Wenn sich hier jemand unärztlich verhält, dann sind es diese Ärzte, die sich weiter das Recht auf Machtmißbrauch nehmen. Die ihre Hilfe verweigern und damit Frauen in die lebensgefährliche und demütigende Illegalität schicken. Und das in einem Moment, in dem fast im gesamten Ausland der Trend zur Abschaffung des Abtreibungsverbotes geht und der Straßburger Menschenrechtshof sogar eine Klage zweier

Alice Schwarzer: privilegierte, reaktionäre Minderheit

Bundesbürgerinnen gegen die Karlsruher Entscheidung angenommen hat. Es ist selbstverständlich, daß wir Frauen solche Einschüchterungsversuche nicht hinnehmen werden.

Kein Druck für Gegendruck

Der Münchner grafische Großbetrieb Köhler-Druck hat es abgelehnt, die Zweitauflage für das „Heinrich-Heine-Lesebuch" des Schauspielers Lutz Görner zu drucken. Die Firma hatte sich

zunächst bereit erklärt, die zehntausend Exemplare herzustellen, dann aber kurzfristig die Annahme des Auftrags verweigert. Erklärung eines Mitarbeiters: Die Druckerei fürchtet, durch Görners Buch Behörden-Aufträge zu verlieren. Die Geschäftsleitung hat diese Vermutung nicht zurückgewiesen. „Heinrich Heine", schrieb unlängst die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera", „gleicht in gewisser Weise Ossietzky, Tucholsky, Brecht, den Brüdern Mann, Weiss, Martin Walser, Heinrich Böll, Frisch. Vielleicht auch Grass: Mit ihnen führte oder führt die deutsche Kultur eine ungleiche Schlacht gegen die ewige deutsche Macht, die heute mit der sozialdemokratischen Rechten verbündet ist. Da können nur die Industriekapitäne und die konformistischen Funktionäre gewinnen, und die Dichter können in einem Land, in welchem es, ausgenommen bei der Jugend, keine linke Opposition gibt, nur verlieren."

Leute, kauft die „Siemens-Welt!"

Ende vergangenen Jahres wurde der dreijährige Prozeß der Siemens AG gegen den Westberliner Rotbuch Verlag wegen der Dokumentar-Satire „Unsere Siemens-Welt" von F. C. Delius mit einem Vergleich beendet. Jetzt kommen allerdings die Verfahrenskosten in Höhe von 37 000 Mark auf den Verlag zu. Rotbuch bittet um Solidarität:

Um unsere Kostenlast zu mindern und gleichzeitig die potentiell Betroffenen – Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler, Verleger – gründlich über den Fall zu informieren, haben wir jetzt eine *Gratifikations-Ausgabe* der Siemens-Festschrift zum Preis von 100 DM herausgebracht (zum Vergleich: eine Siemens-Aktie kostet derzeit ca. 300 DM).

Die Gratifikations-Ausgabe erhält einen Sonderstempel, wird auf Wunsch signiert und numeriert. Sie kann nur direkt beim Verlag bezogen werden. Im übrigen ist sie identisch mit der erweiterten Neuausgabe der „Siemens-Welt", die in diesen Tagen erscheint. Beide

F. C. Delius

Ausgaben enthalten den – bis auf neun schwarze Balken – vollständigen Festschrift-Text, dazu eine Prozeß-Chronologie, Urteils-Auszüge und ein *ausführliches Nachwort* über die literarischen, politischen und juristischen Aspekte des Siemens-Prozesses.

Bestellungen an: Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30.

„. . .diese Menschen auszuscheiden . . ."

Kurt Schumacher*, SPD-Vorsitzender von 1946 bis 1951, über das imperative Mandat und was die Partei mit Leuten tun sollte, die Kurt Schumacher-Kreise gründen:

Die Demokratisierung der Verwaltung zeigt sich also in der Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung und den daraus zu erwartenden Handlungen. Wenn diese Handlungen ausbleiben oder fehlerhaft sind, dann besteht an solchen Beamten, mögen sie noch so lange Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen sein, weder ein Interesse unserer Partei noch des neuen Staates. Eine besondere Gefahr dabei sind an sich tüchtige Genossen aus unseren Reihen, die im Sachlichen wie im Personalpolitischen glauben, an sozialdemokratische Forderungen und Personen noch strengere Maßstäbe legen zu müssen als an die anderen, oder die sich von der Pseudosachlichkeit des Aktenbetriebes gefangennehmen lassen.

Wie nach 1918 machen sich jetzt auch die Sachverständigen aus der Wirtschaft breit. Sie kommen, um sich zuerst als treue Helfer in der Not anzubieten. Es dauert nicht lange, dann werden sie

Schumacher: Karten aus der Hand schlagen

ein Primat der Wirtschaft vor der Politik behaupten, und schließlich werden sie im Namen ökonomischer und sozialer Notwendigkeiten den Führungsanspruch erheben. Das hat schon einmal zu einem 1933 geführt.

In allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft werden wir wieder erleben, daß Genossen, einmal in solche Posten hineingekommen, vergessen, daß sie im Geiste und im Auftrage der Partei zu handeln haben. Deutlicher als früher muß die Sozialdemokratische Partei die Konsequenz ziehen, diese Menschen auszuscheiden und die Öffentlichkeit wie die Besatzungsbehörden davon zu unterrichten, daß das Interesse der Sozialdemokratischen Partei an diesen Personen erloschen ist.

In der Wirtschaft und der hohen Bürokratie ist noch immer ein großer Teil der Kräfte vorhanden, die den Nazis einst in den Sattel geholfen haben, und die darum im tiefsten Grunde fast noch schuldiger sind als ihre Werkzeuge. Sie haben den Nazismus als ihren stärksten Trumpf ausgespielt. Sie werden immer wieder versuchen, mit ähnlichen Trümpfen zu stechen, bis ihnen durch die Wegnahme ihrer Wirtschaftsmacht und ihrer Positionen die Karten aus der Hand geschlagen werden.

* Das Schumacher-Zitat ist seinem Aufsatz „Nach dem Zusammenbruch, Gedanken über Demokratie und Sozialismus", Hamburg 1948, entnommen.

Unfall-Kette

Als der Heeresinspekteur Hildebrandt im letzten Jahr den spanischen Faschisten bei einer Siegesfeier die Aufwartung machte, war das für Georg Leber „ein Betriebsunfall". Als im April der Hauptmann Otto Pfau bei einer Feier ehemaliger SS-Angehöriger (HIAG) einem alten Kameraden in voller Bundeswehruniform ein von Hitler verliehenes Ritterkreuz „nachträglich" an die Brust heftete, war das für die Hardthöhe eine „Ungeschicklichkeit". Ein „technisches Versehen" war es dann, daß die offizielle Truppenzeitschrift „Heer" eine Anzeige für eine Langspielplatte „Lieder von allen Fronten" mit Gesängen der faschistischen Wehrmacht veröffentlichte. Und ein „Mißverständnis" schließlich war der Kranz des Verteidigungsministeriums bei der Beerdigung des estnischen SS-Standartenführers Rebane. Zu

diesem Wandschmuck im „Traditionskeller" einer Kaserne in Rothwesten bei Kassel ist den Verantwortlichen noch keine passende Ausrede eingefallen. Und wenn hier ein Mißverständnis vorliegen sollte, dann wohl das, daß diese Kaserne nach Fritz Erler benannt wurde.

KPD/ML/SA

Mit „*allen* Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen", will Ernst Aust, Vorsitzender der maoistischen „KPD/ML" künftig gemeinsame Sache machen, und

er schließt ausdrücklich „kleinere nationalistisch beeinflußte Gruppen“ mit in das Bündnisangebot ein. Am Beispiel verdeutlicht: Der 19jährige Bundeswehrsoldat Dieter Epplen, der im April bei einem Attentat auf den amerikanischen Soldatensender AFN verletzt wurde, hat, wie sich jetzt herausstellte, politische Verbindungen zur KPD/ML und zu Karl-Heinz Hoffmanns neofaschistischer Terrorgruppe in Nürnberg.

Radikalen-Erlaß im Theater

Als im Frühjahr Hans Krollmanns hessische Kultusbürokratie versuchte, per Wohlverhaltensklauseln in Anstellungsverträgen einen Radikalenerlaß auch an den Theatern durchzusetzen, empörten sich die liberalen Feuilletons. Als „verfassungswidrig und nichtig“ (so der Kasseler Verfassungsrechtler Horst Riemer) wurde die Klausel auch schnell wieder fallengelassen. Wohl kaum, weil sie genauso nichtig ist, wurde bisher eine entsprechende Wohlverhaltensklausel an bayerischen Theatern von der Öffentlichkeit ignoriert. KONKRET dokumentiert die Erklärung, die jedes Mitglied des künstlerischen Personals der Städtischen Bühnen Nürnberg nach einer „Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ zu unterzeichnen hat. Wer sich weigert, erhält keinen Vertrag.

„Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und daß ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, daß ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer obengenannten, grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und auch nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin.

Ich bin mir darüber im klaren, daß ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflicht mit einer Entfernung aus dem Dienst rechnen muß.“

Sommerhit

Girls, Girls, Girls,
Girls, Girls, Girls,
Girls, Girls, Girls,

Ob blond, rot, schwarz, ob braun
Rassegirls und Klassefraun
lassen sich von Männern gern verwöhnen
Scheue Mädels – sexy Dinger
wickelst Du um Deinen Finger
mit Champagner, zärtlicher Musik

Gibst Du für schöne Fraun Dein Geld aus
Dann sieht die Welt aus
wie's Paradies

Girls, Girls, Girls,
Girls, Girls, Girls,

Die Superfraun in Hollywood
die Du alle bewunderst
vom Starlet bis zum kurvenreichen Filmstar
Und vom Titelblatt
das Girl aus Trinidad
mit dem Kavalier so wie er einst war

Die Mädchen dieser Welt kannst Du nicht ändern
in allen Ländern das gleiche Lied

Komm mit! Die Welt bewegt sich
mit Charme und Eleganz
fängst Du die allerschönsten
Girls, Girls, Girls
Komm mit, die Welt bewegt sich
dreht sich um schöne Fraun
Nur Mut und Du verliebst Dich auch

Doch bitte nicht so stürmisch, meine Herren
und nicht so zerren, wenn's soweit ist

Mondschein, Kerzenlicht
ganz ohne geht es nicht
diesseits und auch jenseits vom Atlantik
Hula-Girls auf Hawaii
die Geishas in Shanghai
haben eine Schwäche für Romantik

Und wenn sie Dich dann zärtlich küssen
dann wirst Du wissen
das ist der Trick

Girls, Girls, Girls,
Girls, Girls, Girls,
Girls, Girls, Girls . . .

Klassefraun im Arbeitsamt: nicht so zerren

Georg Bungter:

Kaffeeklatsch

Wo waren Sie – sagen wir mal letzten Mittwoch – morgens zwischen sechs und halb acht?

Im Bett.

Dacht ich's mir. Wissen Sie überhaupt, daß es hierzulande Menschen gibt, die um diese nachtschlafende Zeit zwischen sechs und halb acht schon auf den Beinen sind?

Ja klar. Die Briefträger zum Beispiel, die Gemüsehändler, die Bauern . . .

Falsch. Alles falsch.

Aber die Bäcker, die Zeitungsboten, die Müllmänner . . .

Unsinn. Alles Unsinn.

Aber die Kapläne, die die Frühmesse haben . . .

Quatsch. Frühmessen gibt's nicht mehr.

Ja, wer denn sonst?

Es sind die Männer der Wirtschaft, die Bosse, die Jet-Set-Manager. Die sind schon vor halb acht auf den Beinen. Für uns. Zum Wohle des Vaterlandes. Und vor allem: ungefrühstückt!

Und woher wissen Sie das?

Das weiß ich aus einer großen Werbeanzeige der Deutschen Lufthansa. Da heißt es wörtlich: „Es gibt nur eine Fluggesellschaft, die Ihnen morgens ab sechs im Abflugraum Kaffee anbietet. Das ist die Zeit, in der die ersten Lufthansa-Maschinen starten und schlaftrunkene Geschäftsreisende dringend eine Aufmunterung brauchen. Wir glauben, Ihnen diesen kleinen Extra-Service schuldig zu sein. Denn wer außer Ihnen muß schon um diese nachtschlafende Zeit auf den Beinen sein?"

Und wer waren dann all diese Leute, die schon in Köln auf den Beinen waren, als ich neulich nachts um vier nach Hause kam?

Um vier? Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Das waren 420 Brötchendirektoren, drei Dutzend Lastwagenbevollmächtigte und rund 700 Presseverteilungsprokuristen. Lauter Führungskräfte.

Und um fünf?

Bis fünf kommen noch die Gemüseressortchefs dazu, der Straßenbahn-Jet-Set und die Frühschicht-Aufsichtsräte. Zusammen in Köln 20 000 Führungskräfte.

Und um sechs?

Bis sechs Uhr sind dann 750 Hauptpostminister dabei, 325 Straßenreinigungsbosse in 75 grünen Cheflimousinen, und außerdem machen sich 11 000 leitende Angestellte der Fordwerke auf die Socken. Lauter Führungskräfte. Zusammen allein in Köln über 100 000 Menschen.

Und dann?

Dann? Ja, dann ist es zwischen sechs und halb acht. Dann sitzen die schlaftrunkenen Geschäftsreisenden in Köln-Wahn im Check-in-Raum und brauchen dringend eine kleine Aufmunterung.

Einen Check-in-Kaffee.

Den haben sie aber, verdammt nochmal, auch wirklich verdient. Denn – wer außer ihnen muß schon um diese nachtschlafende Zeit auf den Beinen sein?

Zensur im Funk

NDR: Ein Life-Mitschnitt eines Franz-Josef Degenhardt-Konzerts wird bei der Sendung von einem anhaltenden Pfeifton überlagert, als Degenhardt vor seinem Berufsverbote-Song die Nazi-Tradition des Radikalenerlasses erklärt. Das sei, so ein Rundfunksprecher im Auftrag des NDR-Programmbeirats, „auch in einem kabarettistischen Beitrag unzulässig". Der Beitrag war durchaus nicht kabarettistisch.

SFB: Auf Veranlassung des Intendanten Franz Barsig (SPD) wird ein bereits produzierter Beitrag mit der Westberliner Agit-Rock-Gruppe „Lokomotive Kreuzberg" kurzfristig aus dem „Phonzeit"-Programm gestrichen, weil Barsig zu Ohren gekommen ist, daß die „Lok" schon auf DKP-Veranstaltungen gespielt hat.

HR: „Zu positive Textstellen", aber auch Sachaussagen wie ein Vergleich der Bildungsaufwendungen in der BRD und der DDR, muß Holger Oehrens vom Hessischen Rundfunk aus seiner Fernseh-Dokumentation über Berufsausbildung („Mit Hammer und Zirkel") auf Anweisung der Redaktion entfernen.

Alle drei Sender haben in ihren Aufsichtsgremien sozialliberale Mehrheiten.

Artikel 3 (3)

Weil sie in ihrem Informationsblatt Alfred Anderschs Berufsverbot-Gedicht „Artikel 3 (3)" kommentarlos abdrucken ließen, hat der SPD-Landesvorstand von Westberlin beschlossen, gegen den Juso-Landesvorsitzenden Kurt Neumann und den Pressesprecher Wolfgang Krause ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten.

Freunde

Memorandum von Dr. Fritz Bohmüller, Präsident des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e. V. und Konsul von Chile in München: „Der Deutsch-Chilenische Freundeskreis beabsichtigt im November 1977 eine Gemeinschaftsreise von 300 bis 400 Personen durchzuführen. Die Reise hat unter den Freunden Chiles bereits schon jetzt großes Interesse gefunden. Mehrere Bundestagsabgeordnete sowie einige Minister der Bayerischen Staatsregierung und leitende Beamte haben ihr Interesse zum Ausdruck gebracht."

Der Herr Konsul hält den Ausflug für notwendig, weil Chile „in der deutschen Öffentlichkeit durch die seit dem 11. September 1973 andauernden Hetzkampagnen der politisch links eingestellten Presse sowie durch Fernsehberichte und Rundfunksendungen nach wie vor sehr negativ beurteilt" wird. Vor allem: „Die Bundesregierung ist nach wie vor Chile gegenüber negativ eingestellt. Nur bei Politikern und maßgebenden Beamten der Regierungen von Bayern und Baden-Württemberg sind Sympathien für Chile und seine derzeitige Regierung erkennbar." Da kennt Konsul Bohmüller seinen eigenen Verein aber schlecht. Neben den CDU-Bundestagsabgeordneten Mende, Gewandt, Kühlmann-Stumm und Horstmeier gibt es in der Mitgliedsliste des Freundeskreises der Junta zum Beispiel den BRD-Botschafter in Indien, Günter Diehl, oder den Grafen Huyn, außenpolitischer Referent der CSU-Fraktion im Bundestag, oder den Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, Dr. Fritz Knauss, Isabel Oertelt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, den Chef des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Dr. Hubertus Scheibe, oder auch den Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Zimmermann. Natürlich ist auch fast alles vertreten, was mit der Junta Handel treibt: Götz Schwippert (Salzgitter AG), Alfred und Klaus-Michael Kühne (Kühne & Nagel AG), Paul Hofmeister (Norddeutsche Affinerie), Herbert Culmann (Lufthansa), Rudolf Graf Buquoy (Klöckner-Humboldt-Deutz), Hans Baumann (Rodenstock) und sogar die Klein-Wanzlebener Saatzucht AG ist mit ihrem Herrn Dr. Büchting dabei. Finanziert werden soll die „Good-will-Reise" übrigens mit Beihilfen des Lions Club, des Rotary Club und der – mit Steuermitteln ausgehaltenen – Hanns-Seidel-Stiftung der CSU.

Chile nach dem Putsch

Seit fast drei Jahren hält der faschistische Terror der chilenischen Junta unvermindert an. Noch immer wird in Chile gefoltert und gemordet, noch immer leiden Zehntausende in den KZs. Seit kurzem Läßt die Junta in den Schulen Texte von Hitler und Mussolini lehren. Und das Volk hungert, 60 Prozent der Bevölkerung leiden an Unterernährung. Die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand darf nicht nachlassen. In Zusammenarbeit mit dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) nimmt KONKRET die kontinuierliche Berichterstattung über Chile nach dem Putsch wieder auf.

Anzeige im „Mercurio"

Kuckuck

Unter der Schirmherrschaft der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Chile veranstalteten im April 1976 die Deutsche Lufthansa und die chilenische Tageszeitung „El Mercurio" ein gemeinsames Preisausschreiben. Als Preise für die richtige Beantwortung der insgesamt 24 Fragen wurden am 24. Mai eine sechstägige Flugreise Santiago – BRD – Santiago, fünf Freiplätze für das deutsch-chilenische Kulturinstitut, Kuckucksuhren und anderes mehr vergeben.

„El Mercurio" hat als offiziöses Sprachrohr der Junta von Anfang an die Verbrechen des faschistischen Regimes ohne Vorbehalte gerechtfertigt. Sein Besitzer, der Multimillionär Edwards, war nach jetzt bekanntgewordenen Untersuchungsergebnissen der Church-Kommission schon im September 1970 an Beratungen mit dem damaligen US-Senator Kissinger und Vertretern der CIA und amerikanischer Firmen an Beratungen über Pläne zum Sturz der Regierung Allende beteiligt. (Siehe KONKRET 4/76.) Die Hetzartikel im Mercurio gegen die Unidad Popular waren Teil der propagandistischen Vorbereitung des Putsches vom September 1973.

Die westdeutsche Botschaft in Chile begründete ihre Unterstützung für diesen Wettbewerb mit den „traditionellen Bindungen der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Chilenen und Deutschen" (Mercurio, 4. 4. 76), mit dem hundertsten Geburtstag von Konrad Adenauer und vor allem mit den positiven Auswirkungen dieser Aktion auf die deutsch-chilenischen Handelsbeziehungen.

Boykottiert die chilenische Junta!

Die chilenische Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch. Allein im Mai wurde der Escudo gegenüber dem US-Dollar fünfmal abgewertet; die Arbeitslosigkeit beträgt heute durchschnittlich 20 Prozent und steigt weiter an. Vor allem die Entschädigungen an Unternehmen, die unter der Regierung Allende gesetzlich nationalisiert wurden (wie zum Beispiel ITT, Anaconda und Bradden Copper) und immense Militärausgaben brachten die Junta an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Noch in diesem Jahr wird Chile 800 Millionen Dollar an Schulden begleichen müssen, das sind 43 Prozent des gesamten Dollarvolumens, das als Gegenwert für chilenische Exporte ins Land fließt. Bei sich ständig verschlechternder Versorgungslage der Bevölkerung versucht die Junta ihre Außenhandelsbilanz durch verstärkte Lebensmittelexporte aufzubessern. Die Bundesrepublik ist ihr hierbei einer der wichtigsten Partner. Die Firmen Atlanta Handelsgesellschaft und Harder & Co, Bremen, importieren Granny-Smith-Äpfel, Horten bietet Pfirsichkonserven der Firma Aconcagua, Rotwein und Langusten an, andere Kaufhäuser Kirschen, Bohnen und neuerdings sogar Hähnchen aus Chile.

Boykott-Plakat des Gewerkschaftsverbands CUT

Waschzwang

Als Anfang Juni die Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Santiago de Chile stattfand, forderte die Handelskammer Santiagos Händler auf, sämtliche Preise um 25 Prozent zu senken, aber nur für die Dauer der Tagung. Gleichzeitig stellte die Junta 250 000 Dollar für die Reinigung des Stadtbilds von den Spuren ihres Terrors zur Verfügung. Fidel Castro über die OAS: „Ministerium der Kolonien der Vereinigten Staaten"!

Terror-Bilanz

Im Mai dieses Jahres wurden in Chile rund 1000 Personen von der Geheimpolizei DINA verhaftet, darunter Gewerkschaftsführer und vor allem Repräsentanten der Kommunistischen Partei und der katholischen Kirche. Den Familienangehörigen ist es nicht möglich, etwas über den Aufenthaltsort der Verhafteten in Erfahrung zu bringen. Unter den Verschwundenen befinden sich auch der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Victor Diaz und weitere 13 Personen, die mit ihm zusammen verhaftet wurden. Opfer der Verhaftungswelle wurden auch der Führer der katholischen Gewerkschaftsbewegung, José Aguilera, und sein Verteidiger, Hernan Montealegre, Mitglied des katholischen Vikariats der Solidarität. Die Junta geht nun also auch massiv gegen die katholische Kirche vor, die heute zu einem wichtigen Faktor des Protests gegen die Verletzung der Menschenrechte geworden ist.

Diese Broschüre mit umfangreichem Zahlenmaterial ist beim ASK, Eichwaldstraße 32, 6000 Frankfurt/M., zu beziehen. Herausgegeben wurde die Dokumentation vom Kulturattaché der Botschaft der Regierung Allende in der BRD, Prof. Gustavo Becerra-Schmidt.

le Berufsverbot • il Berufsverbot •

Eine halbe Million Überprüfungen und – nach Angaben des Bundesinnenministeriums – 1052 Fälle von Berufsverbot (im Ausland läßt die Bundesregierung nur von 236 abgelehnten Bewerbern sprechen, die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" weiß dagegen von über 3000 eingeleiteten Berufsverbotsmaßnahmen) – diese Politik hat zur größten demokratischen Protestbewegung seit der Anti-Notstandskampagne geführt, der Bewegung gegen die Berufsverbote. Fast 400 lokale oder regionale Gruppen, Bürgerinitiativen und Arbeitskreise tragen diese Bewegung, deren Arbeit in der Auslandspresse weit mehr Resonanz hat als in den Zeitungen der BRD. Haben unsere europäischen Nachbarn nach dem „Kindergarten" und dem „Blitzkrieg" nun auch das deutsche Fremdwort „Berufsverbot" in ihren Sprachschatz aufgenommen, wird diese Vokabel in bundesdeutschen Redaktionen tabuisiert, wo es sein muß, per Dekret, wie jüngst sogar bei der „Frankfurter Rundschau". Daß die Proteste gegen die Berufsverbote-Politik dennoch nicht erfolglos bleiben, zeigen nicht nur die Einstellungen, die aufgrund von demokratischem Widerstand durchgesetzt werden, das zeigt auch das – sinnlose – Bemühen der Verantwortlichen, ihre Maßnahmen rechtsstaatlich zu verbrämen. KONKRET wird künftig auf diesen Seiten (jeweils in der Mitte des Heftes, zum Raustrennen und Sammeln) versuchen, diese Protestbewegung zu stärken: mit Nachrichten und Hinweisen, auch Hilfestellung für Betroffene und potentiell Betroffene – und wer unter den KONKRET-Lesern gehörte nicht dazu?

Silvia Gingold über ihr Kasseler Urteil:

Das Urteil in meinem Fall ist nicht nur ein Erfolg für mich, sondern für die gesamte Bewegung gegen die Aufhebung deer politischen Gründe, die zu meinem Berufsver to geführt haben, hat beispielhaften Charakter für alle anderen Betroffenen. Das Urteil stellt eindeutig fest, daß die politsche Gesinnung allein kein Entlassungsgrund sein darf. Die breite Protestbewegung und die Mobilisierung einer demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland haben letztendlich dieses Urteil erzwungen. Das beweist: Erfolge im Kampf sind möglich. Nun muß der hessische Kultusminister Krollmann gezwungen werden, auf der Grundlage dieses Gerichtsurteils mich und alle anderen vom Berufsverbot Betroffenen sofort wieder einzustellen. Er muß dies tun, wenn für ihn noch Recht und Gesetz Gültigkeit haben.

Strich-Code

Daß bestimmte stereotype Wendungen in Betriebs-Zeugnissen verschlüsselte Signale an den nächsten „Arbeitgeber" sind, hat sich inzwischen herumgesprochen und hat durch entsprechende Gewerkschaftsveröffentlichungen zu neuen Kodifizierungen geführt. Mitteilungen über politische Aktivitäten eines Bewerbers werden neuerdings in „Ausrutschern" bei der Unterschrift verschlüsselt: Ein senkrechter Strich links neben der Signatur bedeutet „Gewerkschaftsmitglied"; ein Häkchen nach links bei der Unterschrift heißt „Mitglied einer linken Partei"; ein doppeltes Häkchen nach links „Mitglied einer linken, verfassungsfeindlichen Organisation".

Die dollsten Fälle

Weil seine DKP-Mitgliedschaft ihn „wie körperliche Behinderung oder intellektuelle Unfähigkeit untauglich für den Beamtendienst" mache – so das Freiburger Oberschulamt – wird Kurt Faller, seit fünf Jahren Lehrer an der Sonderschule Endingen, zum 30. Juni dieses Jahres entlassen.

Drei Tage vor Dienstantritt ist die Neueinstellung des Arztes J.-M. Rieckesmann für eine Assistentenstelle im Hamburger Hafenkrankenhaus „aus dringlichen betriebsinternen Gründen" zurückgenommen worden. Der Arzt wurde nach Ansicht seiner Kollegen mit einem Berufsverbot belegt, weil er sich aktiv an einer Bürgerinitiative gegen die beabsichtigte Stillegung des Hafenkrankenhauses beteiligt hatte. Grundlage des Berufsverbotes ist ein Spitzelbericht des Verfassungsschutzes.

Weil sie keiner Religionsgemeinschaft angehört, soll die Lehrerin L. Hempelmann nicht in den Staatsdienst übernommen werden. Mit dieser Begründung hat sich die Stadtverwaltung der Gemeinde Stadtlohn im schwarzen Münsterland gegen eine Verbeamtung ausgesprochen. Der konfessionslosen Pädagogin, die bisher aufgrund eines Angestellten-Vertrages an der Losberg-Schule unterrichtet hatte, wurde die Übernahme als Beamtin auf Probe an der Gemeinschaftshauptschule verweigert.

Senatsbeauftragter für Berufsverbot

Wichtig: Öffentlichkeit

Seit kurzem gibt es an der Hamburger Universität einen „Senatsbeauftragten für Fragen der Einstellung in den Öffentlichen Dienst" – für Fragen der Einstellung, nicht der Ablehnung. Denn diese Instanz hat der akademische Senat aus Protest gegen die Berufsverbote-Politik des politischen Senats der Hansestadt geschaffen und um den Opfern dieser Politik Hilfestellung zu gewähren. Für KONKRET sprach Joachim Minnemann mit dem soeben gewählten Senatsbeauftragten, Prof. Ludwig Huber.

KONKRET: Herr Prof. Huber, haben Sie in Ihrer neuen Funktion schon etwas erreicht?

Huber: Ich bin ja nach dem Senatsbeschluß

Ludwig Huber

dazu da, daß Betroffene sich an mich wenden können, mit denen zusammen ich dann ihre Angelegenheiten durchsprechen und überlegen kann, wie die Universität helfen kann. Ich bin kein Rechtsberater, ich kann die Betreffenden nicht vor Gericht vertreten, ich kann nur eine Art speziellen Öffentlichkeitsauftrag wahrnehmen. Bisher haben sich sechs Bewerber oder Betroffene mit mir in Verbindung gesetzt. Es gibt aber sicherlich auch Betroffene, die aus prinzipiellen politischen Erwägungen hiervon keinen Gebrauch machen wollen.

KONKRET: Weil Sie vielleicht nur eine Alibi-Funktion haben?

Huber: Darüber kann ich noch nichts sagen. Die Antworten und Reaktionen der Behörden, mit denen ich bisher Kontakt aufgenommen habe, stehen noch aus. Es wird ja hier mit geradezu unzumutbaren Fristen gearbeitet. Ich glaube, daß ich im Einzelfalle nur zusätzlich etwas erreichen kann, wenn die Betroffenen auch selber alle sonstigen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, also was den Rechtsweg, aber auch Appelle an ihre Organisationen und die Öffentlichkeit angeht, nutzen.

KONKRET: Sollten andere Hochschulen diesem Hamburger Beispiel folgen?

Huber: Ich glaube schon. So schwach ein solcher Posten auch ist – er bietet doch immerhin die Möglichkeit, an einigen Stellen grundsätzlich zu diskutieren, was die Universität an Freiheit für ihre Mitglieder beanspruchen muß und was sie durch eine Beanspruchung indirekt auch zur Verteidigung der Freiheiten, die das Grundgesetz garantiert, tun kann.

Adressen ausländischer Komitees

Französisches Komitee für Meinungsfreiheit und gegen Berufsverbote in der BRD, c/o Pierre Kaldor; 7, Avenue Pinel, **92 600 Asnières,** France.

Komiteen mod Berufsverbot i Vesttyskland, Prof. Jens Glebe-Moller, Kirsebärhavên 14, **DK 4000 Roskilde,** Danmark.

Komitee gegen Berufsverbote in der BRD, c/o André Hoffmann; 38, Rue des Belvaux, **F Esch-Alzette,** Luxemburg.

Belgisches Komitee gegen Berufsverbote in der BRD, c/o Jean Claude Bodson; 79, 8. Dupuis, **1070 Bruxelles,** Belgien.

Holländisches Komitee gegen Berufsverbote, Frau Professor Renate Bartsch, Centrale Interfakulteit Uni von Amsterdam, Roetersstraat 15, **Amsterdam,** Niederlande.

the Berufsverbot • he verbot

Karlsruher Kongreß:

„Wir werden nicht Ruhe geben, solange noch ein einziges Berufsverbot in der BRD verhängt wird"

CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf („. . . statt . . .") wollte ihn am liebsten verbieten lassen und die ausländischen Teilnehmer ausweisen: Am 29. Mai fand in Karlsruhe, der „Stadt des Rechts", ein internationaler Kongreß „Weg mit den Berufsverboten" statt. Rund 80 Referenten aus der Bundesrepublik und dem gesamten westeuropäischen Ausland untersuchten die verschiedensten politischen und juristischen Aspekte der Berufsverbote und forderten – gerade auch nach der formellen Aufkündigung des Radikalen-Erlasses – ihre völlige Abschaffung. Vor den 800 Teilnehmern sprachen unter anderem der stellvertretende Hamburger FDP-Vorsitzende Gerhard Weber, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Ottmar Schreiner, Kurt Erlebach vom DKP-Präsidium, und der Vorsitzende der Deutschen Journalistenunion, Ekkard Spoo. Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann gab einen Artikel zum Ausmaß der Gesinnungsschnüffelei zu den Kongreß-Protokollen.

Carl L. Guggomos:

Nichts vom Tisch

Für „inhaltlich erledigt" hält die Bundesregierung nach ihrem Kabinettsbeschluß den „Extremistenbeschluß". So werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Stellen wir sie auf die Füße zurück.

„Erledigt" ist der Radikalenerlaß „formell": Die SPD-regierten Länder haben ihn gekündigt und nur die CDU-CSU-Länder wenden ihn in der ursprünglichen Fassung an. Die Bundesregierung für ihren Bereich und die SPD-FDP-regierten Länder für den Zuständigkeit wollen künftig in Sachen „Extremisten" anders verfahren als bisher.

In acht Punkten will man von der bisherigen Praxis abweichen:

1. Einstellungsbehörden müssen künftig sagen, was sie gegen einen Bewerber haben. Aber: Das wußten sie bisher auch schon. Daß sie es künftig schriftlich kriegen, nicht Lehrer werden zu können, weil sie für den MSB kandidiert haben, bringt nichts vom Tisch.

2. Bewerber haben das Recht, sich zu den Ablehnungsgründen zu äußern. Wie rechtsstaatlich, daß sie nicht mehr schweigen müssen!

3. Bei einem Anhörungsgespräch muß ein Protokoll geführt werden, es ist dem Bewerber zur Einsicht zu zeigen – auf Antrag. Der Rechtsstaat macht Fortschritte. Radikale Demokraten werden nicht mehr in Geheimverfahren, sondern öffentlich gedemütigt.

4. Ein Rechtsbeistand ist dem Bewerber zu gewähren, er darf Ratschläge geben. Es wird also einem Radikaldemokraten künftig gewährt, was bisher bei jedem Totschläger-Verfahren zwingend vorgeschrieben war. Bravo!

5. Grundsätzlich entscheidet künftig der Oberste Dienstherr in letzter Instanz. Wie erhaben, wenn der Minister selbst dem Bundesbahner Röder mitteilt, er könne als DKP-Mann keine Lokomotive mehr fahren. Bisher hat er's von einem Kalfaktor erfahren.

6. Es dürfen nur „gerichtsverwertbare Tatsachen" bei Entscheidungen verwertet werden. Sind Spitzelberichte nicht „gerichtsverwertbar"?

7. Die endgültige Entscheidung ist dem Delinquenten schriftlich mitzuteilen, die Urteilsgründe sind aufzuführen, Rechtsmittelbelehrung hat zu erfolgen. Hierzu siehe unsere Anmerkung zu Nummer 4.

8. Der Verfassungsschutz darf den „anfragenden Stellen" nur solche „gerichtsverwertbaren oder vorhaltbaren Tatsachen mitteilen, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können". Da der Verfassungsschutz Zweifel bereits bei Mitgliedschaft in einer verfassungsgemäßen, von ihm aber als „verfassungsfeindlich" bezeichneten Partei oder Organisation hatte und diese Einstellung kaum ändern wird, besagt dieser Punkt 8 überhaupt nichts.

Was also ist „inhaltlich erledigt"? Was ist vom Tisch?

Nichts ist vom Tisch.

„Da gibt es kein Zucken"

Der nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch (FDP) über seine Ankündigung, ausnahmslos alle 84 000 Bewerber pro Jahr für den Staatsdienst „karteimäßig" überprüfen zu lassen.

Für Veranstaltungen können folgende Filme ausgeliehen werden:

„Das Protokoll", ca. 10 Minuten, Inhalt: Wiedergabe einer Anhörung, 16 mm, Bezug: Unidoc, Dantestr. 29, 8000 München 19.

„Verfassungsfeinde", bei den 22. Oberhausener Kurzfilmtagen mit dem „Hauptpreis der Internationalen Jury" und dem „Preis des Internationalen Evangelischen Filmzentrums" ausgezeichnet, ca. 30 Minuten, 16 mm, Bezug: Unidoc (s. o.).

„Vera Romeyke ist nicht tragbar", Spielfilm von Max Willutzki, 35 mm. Der Film läuft z. Z. in der BRD an. Bei Planung von Veranstaltungen bitte Kontakt mit dem Verleih aufnehmen: Basis-Film-Produktions GmbH, Exercierstr. 23, 1000 Berlin 65, Tel.: (030) 46 50 88.

Neue Materialien und Dokumentationen

„Verfassungsschutzgesetz in Niedersachsen", Dokumente zu einem umstrittenen Gesetzentwurf, Jungsozialisten, Odeonstr. 15/16, 3 Hannover 1, DM 0,50, Porto: 1 Exemplar DM 0,50; bis 10 Exemplare DM 1,00; ab 11 Exemplaren DM 2,00; nur gegen Vorkasse (Briefmarken).

„Schutz oder Beugung der Verfassung", Stellungnahmen von Juristen zur Entscheidung des Bundesverwaltungs- und Bundesverfassungsgerichts in Sachen Berufsverbot, Pahl-Rugenstein-Verlag, „Hefte" Nr. 25, DM 6,00.

„Berufsverbote im sozialen Bereich", 13 Fälle von Berufsverbot im sozialpädagogischen Bereich, DM 1,00, Initiative gegen Berufsverbote, Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg, c/o G. Reher, Saarlandstraße, 2000 Hamburg 39.

„Gewerkschaften gegen Berufsverbot" (Neuauflage), Herausgeber: GEW-Fachgruppe Hochschule Baden-Württemberg, Bezug: GEW-Fachgruppe Hochschule, Regionalausschuß Stuttgart/Esslingen/-Ludwigsburg, Schloßstr. 26, 7000 Stuttgart 1.

„Zur Reaktion des Auslandes auf die Berufsverbote", Sonderdruck aus „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 4/76, Pahl-Rugenstein-Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51 oder DFU, Venloer Str. 383, 5000 Köln, DM 0,50.

Heft 2/76 der „Veröffentlichungen der Vereinigung Demokratischer Juristen", VVDJ, **„Berufsverbot für Charlotte Nieß"**, Dokumentation der Angriffe gegen die Vereinigung Demokratischer Juristen, 50 Seiten, Schutzgebühr DM 1,50. Bezug: bei den Ortsgruppen der VDJ; Mehrfachexemplare bei Werner Mansholt, Renthof 31, 3550 Marburg.

„Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote – Neue Dokumente und Materialien", herausgegeben von Bethge, Bünemann, Enderlein, Kurz, Roßmann, Schiller, Stein, Stuby, DM 7,80, ca. 300 Seiten, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bezug: E. Roßmann, Danziger Str. 28, 4020 Mettmann.

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Kommunistische Staaten haben eine Einheitspresse. Wir haben eine Pressevielfalt, neben dem „linksliberalen Spiegel" die rechtsradikale „Welt am Sonntag", neben der liberalen „Zeit" die konservative „Wirtschaftswoche", neben dem für alles guten „Stern" die „Welt" für alles Miese. Die Unterschiede sind frappant. In der Radaktion der „Welt am Sonntag" sitzen deshalb folgende Herren: Die Chefredakteure Claus Jacobi (früher und der Reihe nach bei „Zeit", „Spiegel", „Welt am Sonntag", „Wirtschaftswoche", „Welt", „Welt am Sonntag") und Felix Schmidt („Bild am Sonntag", „Spiegel", „Stern", „Welt am Sonntag"). Die stellvertretenden Chefredakteure Manfred Geist (Ghostwriter bei Hans Apel, Autor für Burdas „Bunte", „Welt", „Welt am Sonntag"), Alexander Rost („Zeit", „Welt am Sonntag", vorgesehen als Chefredakteur des neuen Gruner-&-Jahr-Magazins „Leute"), Thomas Schröder („Twen", „Spiegel", „Zeit-Magazin", „Welt am Sonntag"), der Reporter Rainer Paul („Spiegel", Autor beim alten KONKRET, „Stern", „Welt am Sonntag"), Bonner Bürochef Hans Roderich Schneider („Spiegel", FDP-Pressesprecher, „Welt am Sonntag"). Und komme bloß keiner mit Prostitution. Denn Nutten nehmen, auch für Geld, nicht jeden. Dies ist freilich eine abweichende Minderheitsmeinung. Die herrschende Lehre wird durch **Theo Sommer** breitgetreten: „Als sei die Solidarität der Zeitungsschreiber mit den Zeitungslesern nicht die natürlichste Sache der Welt." Welcher? Der „Welt der Arbeit" oder der „Welt am Sonntag"?

Das kommt dann dabei raus: „Marxisten in Deutschland: Das waren Revolutionäre vom Schlage Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns. Das sind heute Apparatschiks wie Honekker . . ." Leis' dem fettigen Aug' entquillt die Träne, und bloß das Wort Schlag verrät, wer wen. Lebte Thälmann noch und gar als Generalsekretär, wären solche Sätze nicht möglich. Die **„Welt am Sonntag"** aber sähe darin Zensur und lobt sich, daß wir die nicht haben.

Der Juan Carlos hat was gesagt, und die **„Frankfurter Allgemeine"** legt die literarische Garotte um, damit es kein Spanier in den falschen Hals kriegt: „Mit der Anspielung auf ‚die Gefahren', welche ‚die Freiheit in der Welt von heute bedrohen', sind die extremen Gruppierungen auf beiden Seiten gemeint, insbesondere der kommunistische Machtanspruch." Der ja in Spanien seit genau vierzig Jahren die Freiheit dadurch bedroht, daß es ohne Kommunisten eben auch keine Folterungen und Ermordungen von Kommunisten gäbe, Francos und Juans Spanien also schon längst ein Rechtsstaat gewesen wäre – ohne diesen Machtanspruch.

„In Jerusalem und in Washington beobachtet man gespannt, ob Syrien die Reizschwelle Israels beachtet, von der an in Alarm umschlägt, was jetzt noch mit Erleichterung wahrgenommen wird." Aber das müßte einem mal erklärt werden. Von einem politischen Kommentator, der sich auskennt, in einer Zeitung wie der **„FAZ"** beispielsweise. Aber daher stammt's ja.

Wenn Redakteure von Nachrichtenmagazinen einmal mehr schreiben dürfen als wer wen wann wo warum befördert oder umgebracht hat, fallen sie meist mittenmang in die Dichtkunst. Wie jener Mann von **dpa,** der Helmut Schmidt zu König Chalid begleitete und sich dort gefühlt haben muß wie Ganghofer beim Kaiser von China: „Auf vergoldeten Tellern gab es im weißbeige getönten, mit weinrot-goldfarbenen Vorhängen drapierten Bankettsaal unter riesigen Kristallüstern ein aus acht Gängen bestehendes Essen, dessen Höhepunkte die in Saudi-Arabien äußerst seltenen Truthähne und Eistorten waren, die von kunstvollen Minaretts aus Zukkerguß überragt waren. Wasser und Kamel-Milch aus kostbaren Weingläsern . . ." Milch in Weingläsern, ein zarter Tadel, und nur der Tatsache, daß Schollenfilets in Saudi-Arabien noch seltener wachsen als Eistorten, folglich dazu keine Messer gereicht werden konnten, ist es zu verdanken, daß protokollarische Verstimmungen über die Sitten der Kameltreiber nicht aufkamen, obwohl, wer meilenweit für seine Kamel-Milch fliegt, natürlich Anspruch auf einen Tetrapak hat. Bei alledem „bemerkte der König scherzhaft, er hätte Schmidt gern als seinen Finanzminister". Dem fehlen offenbar nicht nur Milchgläser. . .

Klaus Jelonneck, der Chefredakteur der „Welt der Arbeit", überfordert die kollegiale Geduld. Vor Wochen schrieb er, die Plakate „des Herrn Staeck" hätten „in Gewerkschaftsbüros nichts zu suchen". Als der Mann, der sich selbst „Jelo" nennt und schon früher, beim SPD-Ostbüro, ein Submarine war, zur Wandgestaltung in Gewerkschaftsbüros vorschlug, „vielleicht müßte man einfach den Maler bestellen", verdeutlichte der „Extra-Dienst": „Vielleicht den Anstreicher?"

Hört er aber das Wort „Berufsverbot", läuft der **Jelo** gelb an: Mitterand entfessele eine Kampagne, Grosser haue in dieselbe Kerbe, die Belgier „treiben es besonders bunt". Es sei „eine irre Situation. Jede Seite hat ihre Erfahrungen, rote und braune. Aber wir können die böse Kritik besten Gewissens ertragen." Richtig! Hätten diese bunten Belgier ihre braunen Erfahrungen etwa ohne uns machen können? Hätten Franzosen und Belgier etwa ohne uns gemerkt, welche roten Freiheitsfeinde sie mit Serge Klarsfeld und Ernest Mandel herumlaufen lassen? Irre: Wir haben das beste Gewissen. Das haben Irre häufig.

Manchmal sagt **Jelo,** ohne daß man ihm Absicht unterstellen könnte, auch was Wahres, zum Beispiel über das Beamtengesetz: „Wir haben es schon schrecklich viele Jahre." Er meint natürlich: Was regt ihr euch auf, wo wir's doch schon so lange haben? Und nicht, daß wir es in den tausendjährigen Jahren bekommen haben, und zwar mit den Formulierungen, mit denen heute, nur ein Wort ist geändert, Berufsverbote ausgesprochen werden. Hätte er das gemeint, hätte er schreiben müssen: „Wir haben es schon viele schreckliche Jahre." So kann die Stellung des Wörtchens „viele" die Differenz ausweisen zwischen einem Gewerkschafter und einem Jelonneck.

Joseph Drexel, der Verleger der „Nürnberger Nachrichten", sollte Ehrenbürger werden. Obwohl er Widerstandskämpfer und Insasse des KZ Mauthausen gewesen war. Der Vorsitzende der Nürnberger CSU-Fraktion lehnte die Ehrung ab, weil Drexel beabsichtigt habe, eine ihm von der Ostberliner Humboldt-Universität verliehene Ehrendoktorwürde anzunehmen. Die CDU-Fraktion im Konstanzer Landtag verlieh dafür dem ehemaligen Verbindungsmann von Ribbentrop und Goebbels die Ehrenbürgerrechte. Und zwar, weil er sich nicht geweigert hatte. Drexel ist über den Angriffen um die Verleihung an einem Herzinfarkt gestorben. **Kiesinger** nicht. Er gehört wohl einfach zur besseren Rasse.

Kennedy trieb's mit, Kissinger besuchte nachts, Senator verbrachte süße Nächte und jetzt, in „Bild": **„Nixon** betrog seine Frau." Das ist das Schöne an einer freien Presse, daß sie immer wieder die Mächtigen kontrolliert, beobachtet und kritisiert. Kurzum, den Selbstreinigungsprozeß der Demokratie dadurch herbeiführt, daß sie offen anprangert, jemand habe gefickt.

„Aufgewacht! Der **Sommer** kommt!" ruft das „Zeit-Magazin" und zeigt im Bild, wie Kammolch, Erdkröte und Haselmaus aus ihren Löchern kriechen. Bei mir bedarf's dieses Lockrufs nicht, ich bin schon hellwach, wenn ich die Titelzeile lese: „Die Deutschen im Zerrspiegel/Radikalenerlaß als Stein des Anstoßes." Und vor mir öffnet sich ein „erschreckender Hang" zum „breiten Feld" (staatlicher Anstellungspraxis), es sind „Warnflaggen hochzuziehen", weil „Eifer und Verbissenheit ins Kraut schossen" in jenem „Holzweg", den wir eingeschlagen hatten, als Brandt den Ministerpräsidentenbeschluß, „horribile dictu", gell, „aus der Taufe hob". Doch dieser Kraftakt ist längst ins Wasser gefallen, dem Glaushaus wurde der Zerrspiegel vorgehalten, der Stein des Anstoßes ging in Scherben, und auf dem weiten Sommerfeld sagen Kammolch und Haselmaus einander gute Nacht.

Dies ist die authentische Geschichte einer jungen Frau, die ein Stück Emanzipation in der Prostitution gefunden hat. Sie erzählt, warum auf dem Strich weniger sexistische Unterdrückung zu finden ist als in manchen Studenten-Kommunen und den meisten Büros. Nur der Name der Autorin ist nicht echt: Jenny Liebreich*

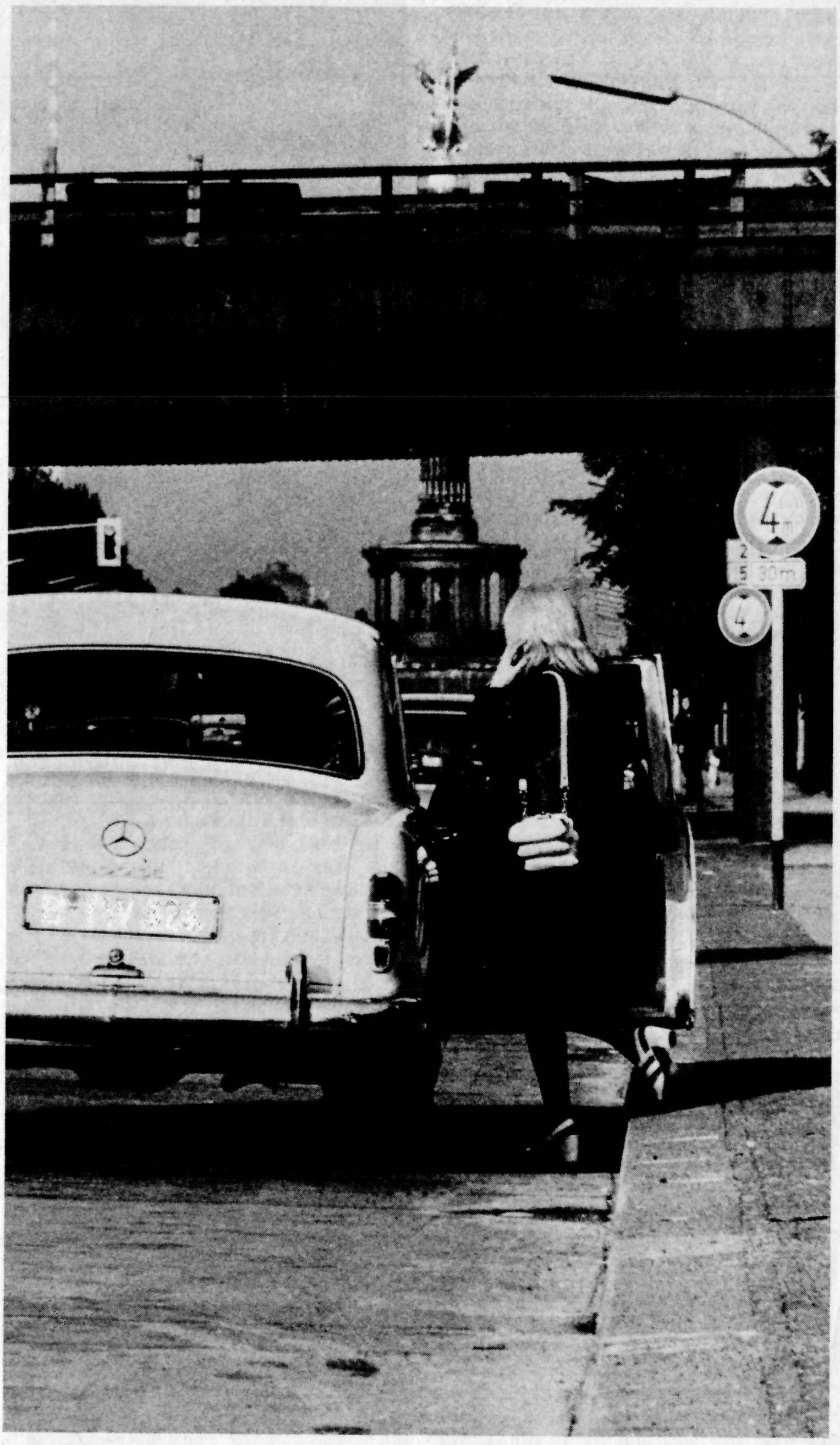
Emanzipation auf dem Strich?

Es begann, nachdem eine Liebesbeziehung zu Ende gegangen war. Ich fühlte mich fürchterlich leer und aufgerissen, mir war, als ob eine Hälfte von mir herausgerissen worden wäre. Ich hatte mich nicht trennen wollen, obwohl ich begriffen hatte, daß es das beste war. Ich hatte ein neues Zimmer in einer recht turbulenten Wohngemeinschaft mit Leuten, die ich gut leiden konnte, die aber alle ein recht exzessives Leben führten und wenig Zeit hatten, lange Gespräche zu führen oder sich um mich zu kümmern.

So lag ich viel im Bett und dämmerte vor mich hin. Manchmal schrie ich sogar vor Wut und Ohnmachtsgefühlen, vor allem dann, wenn ich den Typen wieder einmal an der Hochschule gesehen hatte. Er hatte eine Art, mit mir umzugehen, die mich sehr verletzte. So, als sei nichts gewesen, als hätten wir keine einjährige Liebesbeziehung gehabt.

Manchmal versuchte ich, aus meinen Depressionen rauszukommen. Arbeiten konnte ich nicht, obwohl sich die Gruppe wieder traf, mit der ich meine Projekte machte. Ich saß völlig unproduktiv dabei, was vorher nicht meine Art gewesen war. Wenn es Abend wurde und ich wieder einmal Stunden im Bett gelegen hatte, kam es vor, daß ich mich aufraffte, mich schminkte und hübsch machte. Das dauerte stundenlang, immer wieder mußte ich mich im Spiegel anschauen, um wieder etwas Mut zu fassen, so wertlos fühlte ich mich. Dann ging ich in eine Kneipe, in der sich die linke Szene traf. Es war nicht schwer, mit diesen oder jenen ins Gespräch zu kommen, denn dort hängen die ganzen frustrierten Typen herum, die nur darauf warten, daß so jemand wie ich vorbeikommt.

Wenn mir einer gefiel, ging ich mit ihm nach Hause, und soweit war es dann auch ganz lustig. Nur wenn wir dann ins Bett gingen, war mir oft so elend zu Mute, daß ich manchmal sogar weinen mußte. Und das war dann gar nichts mehr für diese Typen: Mit einer Frau, der es schlechtgeht, wollen die alle nichts zu tun haben, und sie wurden oft sehr kalt und rücksichtslos. Wahrscheinlich fürchteten sie sich davor, daß ich mich an sie hängen würde. Das war aber keineswegs meine Absicht, denn ich hatte Sehnsucht nach meinem Freund. Das merkte ich besonders, wenn ich mit jemandem im Bett war. Durch ihre beschissenen Reaktionen ging es mir hinterher noch schlechter, so daß diese Art, mich aufzumuntern, keine Möglichkeit für mich war.



*) Jenny Liebreichs Protokoll ist ein Vorabdruck aus dem Kursbuch 44, das unter dem Titel „Unsere Unterwelt" in der ersten Juli-Hälfte erscheint.

Ich begann, nachts durch die Straßen zu laufen, wenn ich wieder einmal diese Unruhe und Abenteuerlust in mir spürte. Wenn ich angesprochen wurde, gab ich freche, aggressive Antworten, und eines Tages sagte ich einfach einem Typen ins Gesicht, daß er hundert Mark zahlen müsse, wenn er mit mir schlafen wolle.

Die Summe war aus der Luft gegriffen, denn ich hatte keine Ahnung, was die Nutten nehmen. Es schien mir angemessen für mich. Der Typ war etwas erstaunt, weil ich nicht danach aussah, willigte aber sofort ein. Außerdem mußte er auch noch ein Hotel suchen.

Ich wollte mit jemandem schlafen, aber ich wollte nicht anschmiegsam und zärtlich sein. Dadurch, daß es klar ein Geschäft war, konnte ich weiterhin aggressiv und frech sein. Das gefiel mir. Außerdem hatte es den Reiz des Fremden und Aufregenden. Es gefiel mir, daß ich mich für eine Stunde verkauft hatte, ausgeliefert war, ohne viel geben zu müssen außer meinen Körper. Es war das erste Mal, daß ich mehr Geld hatte als meine 400 Mark im Monat. Ich wollte mir was Schönes dafür kaufen. Es befriedigte meine Eitelkeit, daß jemand soviel Geld zahlen wollte, um mit mir ins Bett zu gehen. Ich war also doch begehrenswert.

„Ich machte vieles, was ich vorher nie im Bett getan hatte“

Oft sprach ich hinterher noch etwas mit den Männern. Ich erzählte ihnen exotische Geschichten von mir, die immer irgendwie meine Wirklichkeit streiften. Auch sie erzählten mir viel von ihrem Leben. Es war das erste Mal, daß ich Männer aus anderen Schichten kennenlernte. Sie sprachen auch ganz anders mit mir, als wenn sie mich als Studentin in einer Kneipe kennenlernten. Es war jedesmal auf andere Art und Weise spannend.

Ich will ein paar Beispiele beschreiben, die ich noch gut im Erinnerung habe. Einmal sah ich nachts in der Innenstadt einen kleinen Mann, der mir gut gefiel, etwa 45jährig, gut gekleidet, klein und ernsthaft. Ich blickte ihn an und begann nach einer Weile langsamer zu gehen. Ich blieb stehen und sah in ein Schaufenster und unauffällig zu ihm hin. Er war auch stehengeblieben. Zögernd begann er, näherzukommen. Unauffällig ging ich weiter (man konnte nie wissen, ob es nicht ein Polizist in Zivil war, später wußte ich, daß Bullen immer nur zu zweit gehen, um einen Zeugen zu haben). Er folgte mir weiterhin, auch um mehrere Ecken in einem gewissen Abstand. Schließlich blieb ich stehen, und als er näher kam, sah ich ihn direkt an. So mußte er mich ansprechen. Er war Franzose, sprach aber gut deutsch. Wir einigten uns schnell auf den Preis und die Zeit, fuhren dann schweigend mit dem Taxi zu seinem Hotel. Bevor ich das Hotelzimmer betrat, mußte er mir in der offenen Tür das Geld geben. (Ich war immer mißtrauisch, denn beim allerersten Mal wollte ich das Geld hinterher haben, und der Typ hatte mich einfach ausgelacht. Er hatte behauptet, daß er nicht zahlen wollte, weil es mir auch gefallen hätte. Ich beschimpfte ihn heftig, mußte aber ohne Geld abziehen. Seitdem ließ ich mich immer vorher bezahlen und steckte das Geld gut weg. Ich hatte mir dafür ein kleines

Westberlin, Strich-Straße des 17. Juni: „Die meisten sind gar nicht aufs Vögeln aus“

Fach im BH geschnitten.) Dann zog ich mich aus und legte mich ins Bett.

Ich hatte nichts dagegen, alles zu machen, was er verlangte, solange es mich nicht ängstigte. Der Mann gefiel mir, er war sehr zärtlich, aber auch etwas besitzergreifend. Ich machte vieles, was ich vorher nie im Bett getan hatte. (Ich war vorher eher prüde gewesen.) Er fand mich schön und fragte mich hinterher, ob wir uns nicht wiedertreffen könnten. Ich hatte nie meinen Namen genannt noch meine Adresse, noch hatte ich eine Verabredung getroffen. Auch ihn wollte ich nicht wiedersehen, obwohl ich ihm einiges von mir erzählt hatte. Er fragte mich sogar, ob er nicht ein Apartment mieten dürfe, um mich dort immer zu sehen, wenn er in die Stadt kam. Er würde mich so bezahlen, daß ich sonst nicht auf den Strich zu gehen „brauchte“. Aber auch das tat ich nicht, obwohl er mir gefiel. Es ging mir ja nicht um Sicherheit und Geld, sondern um das Abenteuer. So trennten wir uns. Es war eine der positivsten Begegnungen.

Meistens war es anders. Einmal, es regnete ein bißchen, das Laub matschte auf den Straßen, aber es war warm, hielt ein alter VW neben mir. Ein Gastarbeiter, der sehr gut Deutsch konnte, kurbelte das Fenster runter und fragte mich, wieviel es kostet. Als ich 100 Mark sagte, wurde er wütend und meinte, 70 Mark sei genug. Als ich auf 100 Mark bestand, fuhr er weg, fuhr zweimal vorbei, kam dann wieder und akzeptierte es. Er war ziemlich aggressiv, als wir zu ihm nach Hause fuhren, aber ich wollte ihn nicht auch noch ein Hotel zahlen lassen, denn ich dachte daran, wie lange er für diese 100 Mark arbeiten mußte. Wir fuhren weit raus in eine Vorstadtgegend,

„Ich fühlte mich wie eine Abenteurerin“

wo er in einem kleinen Einfamilienhaus in Untermiete wohnte. Wir sprachen kein einziges Wort den ganzen Weg. Er gab mir das Geld mit einer verachtenden Geste und befahl mir, mich auszuziehen.

Ich war ziemlich aufgeregt und hatte Angst, aber ich nahm mich zusammen, zeigte mich cool und kaltschnäuzig und ließ ihn keinen Augenblick aus den Augen. Ich wußte, sobald ich Angst zeigte, wird er brutal. Es war ein unterschwelliger Kampf. Er hatte mich gekauft, hatte für kurze Zeit Gewalt über mich erworben: das stand auf

Foto: Mehner

seiner Seite. Und ich hatte Geld dafür genommen und war halt nur gekauft und nicht mehr: das war meine Stärke. Es gelang mir, die Situation so in der Hand zu behalten, daß er nicht mehr mit mir machte, als mir lieb war, und mich nachher sogar wieder zurückfuhr. Eigentlich war er ganz nett. Auf dem Rückweg versuchte er, mich dazu zu überreden, ihn als meinen Zuhälter zu nehmen. Er wollte mich sogar dazu zwingen, indem er mich in eine Gastarbeiterkneipe brachte, um mir mehr Kunden zu besorgen. Er stand da auf der Straße und verhandelte mit einer Gruppe von Freunden. Als ich ein Taxi kommen sah, lief ich einfach hin und fuhr schnell weg.

Nach der Bewältigung solcher Situationen fühlte ich mich immer sehr stark und lebendig, obwohl mir der Mann leid tat, den ich so verlassen mußte. Ich hatte auch ein bißchen schlechtes Gewissen, weil ich ihm soviel Geld abgeknöpft hatte. Aber ich fühlte mich wie neu, wie eine Abenteurerin. Es waren Erlebnisse, die ich nie vorher in meinem wohlbehüteten Bürgertöchterlein-Leben erfahren hatte.

Ich rauchte viel in der Zeit. Einmal, als ich ziemlich bekifft war, rannte ich an einem Nachmittag konfus durch die Straßen. Ich hatte die Orientierung verloren und konnte meine Umgebung nur noch begrenzt wahrnehmen. Plötzlich sah ich in einer größeren Gruppe von alten Frauen mit Hüten, die sich alle an einem Eingang drängelten, einen Mann, der mich ansah. Er überragte die Frauen um einen Kopf und hatte ein Gesicht, das an Fred Astaire erinnerte. Ich muß wohl fasziniert stehengeblieben sein, denn ich fand mich dann in seinem Auto wieder. Er gab mir gerade 100 Mark. Das nächste, was in mein Bewußtsein drang, war, daß ich nackt in einer Badewanne stand und er mich unendlich behutsam und zärtlich immer wieder einseifte und mit warmem Wasser duschte. Er hatte mich in seine 3-Zimmer-Wohnung mitgenommen. Seine Frau war nicht da. Ich erinnerte mich noch an den Hirsch auf dem Ölgemälde über dem Sofa, auf dem ich später einschlief. Er nahm mich nicht mit in sein Schlafzimmer. Später weckte er mich und fuhr mich zurück. Er hätte mir leicht das Geld wieder abnehmen können, während ich schlief. Aber ich fand es später in meiner Tasche.

Bei vielen Begegnungen erinnere ich mich nur noch an die Geschichten, die sie mir hinterher im Bett erzählten. Sie erzählten von ihrer Frau und ihren Kindern, von ersten Liebeserlebnissen und von geheimen sexuellen Wünschen. Oft auch von ihrem Beruf und von der Arbeitssituation. Ich nahm mir hinterher immer viel Zeit und ich merkte, daß die meisten gar nicht nur auf Vögeln auswaren, sondern reden wollten, mit einem Fremden, um offener aussprechen zu können, was sie bedrückte.

Meine Begegnungen mit der Unterwelt waren nur flüchtig. Mit anderen Prostituierten bin ich kaum in Kontakt gekommen. Einmal, als ich auf meinen Spaziergängen durch die Innenstadt in eine Straße am Bahnhof eingebogen und etwa zehn Meter gegangen war, sah ich mich plötzlich umringt von vier bis fünf Nutten, die mich anpöbelten. „Was machst du denn hier?" „Willst wohl anschaffen, was?" „Ist das dein Macker?" (Ein Auto hatte gerade bei uns angehalten.) „Verschwinde, aber schnell!" Es war ziemlich bedrohlich, so daß ich mich ganz schnell, irgendwelche Erklärungen stotternd, aus dem Staube machte. In die Gegend bin ich dann nie mehr gegangen.

„Angst darf man dabei nicht haben"

Die eindringlichste und gefährlichste Begegnung mit der Unterwelt erschreckte mich sehr. Ich bummelte irgendwo in der Innenstadt an einem nachts wenig belebten Platz herum, als ich plötzlich drei, vier große Mercedeslimousinen voll mit Nutten und Zuhältern in meiner Nähe anhalten sah. Ich weiß nicht, wieso ich so schnell reagierte. Ich rannte sofort los, sah noch im Augenwinkel, daß sie ausstiegen und hinter mir her kamen. Die Autos wendeten. Ich lief aus Leibeskräften durch Fußgängertunnels und Hinterhöfe – genau weiß sich's nicht mehr. Ich lief, bis ich zu Hause war. Am nächsten Tag las ich in der Zeitung, daß es in der letzten Woche Kämpfe zwischen den beiden großen Zuhälterringen der Stadt gegeben habe, die um den Bereich der Innenstadt kämpften. Sie hatten dabei unter anderem einem Mädchen, das keinen Zuhälter hatte, das Gesicht zerschnitten.

Sonderangebot preiswerter Bücher

FRANZ A. TAUBERT
Postfach 128 · 3388 Bad Harzburg 1

10. R. Cartier, Der Zweite Weltkrieg. 2 Bände mit zus. 1350 S., 462 Abbild. und 55 Karten. Lexikonformat. Das große Standardwerk des Zweiten Weltkrieges, gestützt auf offizielle Quellen und private Archive.
Gln. statt 98,– nur 29,80

12: Duden-Lexikon in 3 Bänden. 5. neubearbeitete Aufl. 1972. Zusammen 2544 Seiten mit 75000 Stichwörtern, 4000 Fotos und Zeichnungen und über 3000 mehrf. Karten.
Gln. statt 84,– nur 42,–

11: M. P. Maaß, Halsgericht. 2. Aufl. 288 S. mit 84 Abbild. Lexikonformat. Beispielhafte Kriminalfälle sowie Bestrafungs- und Hinrichtungsmethoden aus alter Zeit.
Gln. statt 28,– nur 16,80

13: M. Jungblut, Die Reichen und die Superreichen in Deutschland. 2. Aufl. 383 S. (M). Eine kritische Analyse der Erfolge der Familienkonzerne.
Gln. statt 26,– nur 9,80

14: Le Roi Jones, Blues People. 320 S. Eine sozialkritische Studie über die Geschichte der Schwarzen und über ihre Musik im weißen Amerika.
Kart. statt 16,80 nur 7,95

15: E. Borneman, Sex im Volksmund. 600 S. mit 50000 Stichworten und Artikeln. Lexikonf. Der obszöne deutsche Wortschatz.
Gln. statt 120,– nur 39,80

16: Matadore der Kamera – Das Beste aus „Color-Foto-Journal". 170 S. mit über 400 Farbfotos. Großf. Die schönsten Farbfotos international bekannter Fotografen.
Gln. statt 24,– nur 16,80

21: Von denen Vampiren oder Menschensaugern. 3. Aufl. 609 S. Eine umfassende Sammlung der spannendsten vampirschen Erzählungen und Dokumente.
Gln. statt 29,80 nur 9,80

20: Von Werwölfen und anderen Tiermenschen. 451 S. Eine Anthologie mit den spannendsten Erzählungen und Dokumenten der Weltliteratur.
Gln. statt 28,– nur 9,80

22: R. L. Stevenson, Die falsche Kiste. 329 S. Gruselroman mit einer Mischung aus Grausen und Grinsen.
Gln. statt 22,– nur 9,80

16: Erotische Märchen. 122 S. mit 30 stark erot. Farbbildern. Großformat. Sehr freizügig gestalteter Text- und Bildband mit 28 erot. Märchen in Anlehnung an bekannte Volksmärchen.
Geb. statt 38,– nur 19,80

10: Die ungebührliche Müllerin. 101 S. mit 85 teils farb. Illustr. Großformat. Zwischen Wahn und Wirklichkeit haben hier Erotik und Sexualität ihren Platz.
Kart. statt 29,80 nur 16,80

27: Olympia-Press-Taschenbuchpaket. 12 Bde. mit zus. ca. 1500 S. 12 neue Bände der bekannten erotischen Taschenbuchreihe.
Statt 114,– nur 39,80

32: Private Pornographie in Deutschland. Herausg. von B. Bergson. 2 Bde. mit zus. 375 S. und über 100 Fotos u. Illustr. Anthologie verfemter erotischer Trivialliteratur.
Flauschiger Stoffeinband statt 48,– nur 19,80

62: H. Stieber, Brutaler Sex. 160 S. Ungewöhnlich freizügige Dokumentation mit Berichten Beteiligter.
Geb. statt 18,– nur7,95

23: Z. Virt, Op-Art-Akte. 120 S. mit 96 ganzs. Fotos. Großformat. Moderne Aktfotos.
Linson statt 36,– nur 14,80

Stück	Nr.	Preis	Stück	Nr.	Preis

Name .....

Ort .....

Straße .....

Lieferung ab DM 50,– portofrei!

Bereits Kunde ja ● nein ●

● Senden Sie mir Ihre monatlich erscheinenden Kataloge mit jeweils ca. 500 Titeln unverbindlich zu!

Dr. med. Paul Lüth

Das Medikamentenbuch

für den kritischen Verbraucher

Schmerz, Erkältung, Streß,
Schlaflosigkeit, Rheuma,
Depression, Schwangerschaft,
Herz- und Kreislaufschäden,
Altern, Fett, Infektion.

Luchterhand

292 Seiten. DM 19,80
2. Auflage 1976

Wie wird ein Medikament angeboten?
Woraus besteht es?
Wie wirkt es?
Wann wird es verschrieben?
Was ist zu beachten?
Was kostet es?
Ist es rezeptpflichtig?

500 der gebräuchlichsten Medikamente werden dem Test eines praktizierenden Arztes unterzogen. Grundlageninformationen zu den Problemen von Therapie und Pharmakologie auf den verschiedensten Behandlungsgebieten und eine Einführung in die historischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen stellen den notwendigen Zusammenhang für den kritischen Verbraucher her.
Er wird in die Lage versetzt, sich im Kampf um seine Gesundheit mitverantwortlich zu wissen.

Luchterhand

Nach diesem Erlebnis ging ich mehrere Jahre nicht mehr auf den Strich. Ich hatte Angst. Und Angst darf man dabei auf keinen Fall haben. Das spüren die Männer sofort, und dann machen sie mit dir, was sie wollen. Angst einflößen ist bekanntlich das Wichtigste bei Vergewaltigungen.

Was hat mir diese Zeit auf dem Strich gebracht? Das Wichtigste war, daß meine Existenzangst gelindert wurde. Ich wußte ja, es kann mir finanziell niemals richtig schlechtgehen, solange ich noch einigermaßen jung aussehe, denn als Prostituierte werde ich immer das Existenzminimum verdienen können. Dieses Wissen hat mir in vielen Situationen geholfen, mich ehrlicher und meiner Ansicht nach auch richtiger zu entscheiden.

Ich selber habe mich nie geschämt, es jedem, der es hören wollte, zu sagen. Ich habe auch immer einen gewissen Stolz dabei empfunden, obwohl ich oft genug Reaktionen von Betroffenheit und Abscheu hervorgerufen habe, besonders bei unseren bürgerlichen linken Genossen. Frauen haben mich immer verstanden, und viele haben bestätigt, daß in ihren Ehen und Zweierbeziehungen oder in ihren Berufen sich Schlimmeres abspielt. Und oft genug habe ich gehört, daß sie es auch tun würden, wenn sie nicht soviel Angst hätten.

Prostitution auf allen Gebieten gehört zu unserem Frausein, überall wo wir mit der Gesellschaft konfrontiert sind. Unsere Erziehung und Sozialisation zwingen uns von Anfang an, uns als Sexualobjekte zu verstehen. Diese konkrete Art der Prostitution hat mich sensibler und hellhöriger für alle anderen Spielarten des Sexismus gemacht. In meinem Fall – das heißt ohne Zuhälter und organisierte Prostitution – scheint es mir sogar die gelindeste, weil am leichtesten zu durchschauende Art der sexistischen Unterdrückungsformen zu sein.

Ich war zum Beispiel ein paar Jahre lang mit einem Typen befreundet, der plötzlich einen sehr gut bezahlten Job bekam. Anfangs hatte ich ihn noch miternähren müssen, jetzt hob sich auch mein Lebensstil erheblich, weil ich mit ihm zusammenlebte. Gegen Ende der Beziehung wurde ich von ihm einige Monate lang ernährt, weil mein Studium offiziell beendet war, ich also kein Geld mehr bekam, aber noch einige Monate an meiner Abschlußarbeit weiterarbeiten mußte. In unseren Auseinandersetzungen merkte ich, daß ich meinen Standpunkt nicht mehr so konsequent vertrat wie früher, aus Angst, ihn zu verlieren. Diese Angst – das kennen wohl alle Frauen, die von ihrem Mann finanziell abhängig sind – verselbständigte sich so weit, daß ich die wirkliche Ursache gar nicht mehr sah. Ich glaubte, Angst zu haben, den geliebten Menschen zu verlieren, obwohl das Zusammenleben mit ihm schon gar nicht mehr lustvoll und produktiv war. Als ich mir darüber schließlich klar war, war es gut zu wissen, daß ich so abhängig gar nicht war, daß ich mir auf dem Strich immer die vier- bis fünfhundert Mark verdienen konnte, die ich zum Leben brauchte.

Ein anderes Beispiel: Viele meiner Mitkommilitonen waren in den letzten Semestern oder schon früher in einen ziemlichen Leistungsstreß gekommen, weil sie wußten, daß nur wenige von uns nach Abschluß des Studiums einen Job bekommen würden. Manche sahen sich schon vorher nach einem anderen Studium um oder paßten sich in ihren Abschlußarbeiten stark den erforderten Normen an. Ich konnte es mir dank dem Bewußtsein, doch immer durchzukommen, leisten, als Abschlußarbeit ein Experiment zu starten. Ich konnte auch einigermaßen ruhig die schwer zu bewältigende Zeit nach dem Studium durchstehen, in der man nur ab und zu eine Arbeit bekommt, die außerdem nicht gut bezahlt wird.

Meine Einstellung zur Prostitution hat sich seit meinen ersten Erlebnissen stark verändert. Das Abenteuerliche ist fast ganz verschwunden, auch das ich mich hinterher so besonders stark und lebendig fühle. Heute überwiegt die Genugtuung, daß ich innerhalb von einer Stunde mit so wenig

„In jedem Filmteam ist es schlimmer als auf dem Strich"

Einsatz so viel Geld verdienen kann. Mich interessieren auch die Männer nicht mehr, denn die Geschichten, die ich höre, sind fast immer die gleichen, und ich weiß, wie ich mit ihnen umgehen kann. So gehe ich seit einiger Zeit nur noch in dringenden Fällen auf den Strich, wenn ich zum Beispiel eine dringliche Rechnung nicht bezahlen kann oder wenn das Geld für den täglichen Lebensunterhalt fehlt.

Meine Einstellung ähnelt heute wohl eher der von Professionellen als früher. Ich empfinde auch kaum sexuelle Lust dabei. Es ist mir eher alles etwas lästig. Vergleiche ich aber den Strich mit meinen anderen Arbeiten, so stelle ich fest, daß sie sich gar nicht so wesentlich von der reinen Prostitution unterscheiden. Man nimmt mich, weil ich eine gutaussehende Frau bin, die ein bißchen angenehme Abwechslung in einer total von Männern bestimmten Arbeitswelt bietet. Nebenbei koche ich Kaffee und bin ein Objekt, mit dem man frotzeln und seinen Spaß haben kann und das im Zweifelsfall an allem schuld ist. Für eine Regieassistentin oder ein Scriptgirl ist es die hauptsächliche Funktion, ein ausgleichendes Moment in einem Männerteam zu sein. Alle wichtigen Funktionen füllen die Männer aus.

Was du an sexistischen Witzen und Unverschämtheiten in einem Filmteam mitanhören mußt, geht weit über das hinaus, was ich je auf dem Strich erlebt habe. Deshalb waren es auch oft genug Rachegefühle, die mich auf den Strich trieben. Wenn ich mich von Vorgesetzten gedemütigt fühlte, gegen die ich mich objektiv nicht wehren konnte, weil ich von ihnen abhängig bin – auf dem Strich gab ich es ihnen zurück. Deshalb tat es so besonders gut, an wohlsituierte Geschäftsleute und Amtspersonen zu geraten (die natürlich auch den Hauptteil der Kundschaft ausmachen), ihre Geilheiten und Ängste auszunützen, sie auszunehmen und zu blamieren.

Viele meiner Freunde, vor allem Frauen aus der Frauenbewegung, haben mir geraten, diesen Artikel anonym zu schreiben. Nicht nur, weil ich dann die Widersprüche ehrlicher darstellen kann, sondern vor allem auch, weil sie mit Recht befürchten, daß ich Schwierigkeiten haben werde, Arbeit zu bekommen. Wer nimmt schon eine, die sich öffentlich als Prostituierte bezeichnet, das kann man doch seinen Vorgesetzten gegenüber nicht verantworten! ●

Foto: Esser

Ein faszinierendes Buch ist erschienen – fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit: Ein Schweizer Autorenkollektiv (Max Jäggi, Roger Müller, Sil Schmid und Otmar Schmid) hat sich „Das rote Bologna“* angesehen und beschrieben, wie „Kommunisten eine Stadt im kapitalistischen Westen demokratisieren“. Statt linken Selbstmitleids ein hoffnungsvoller Blick auf Machbares – in der Bildungs-, Verkehrs-, Arbeits-, Konsum- und Sozialpolitik. Und im Städtebau:

Macht ganz, was euch kaputt macht!

Effizient, demokratisch und relativ unkorrupt“, titelte die „New York Times“ im September 1974 über Bologna.

Foto: Otmar Schmid

Bauspekulation in Neapel (oben), Stadtzentrum von Bologna: Statt chaotischem Wachstum geplante Menschlichkeit

* „Das rote Bologna“ ist zu beziehen beim Prolit Buchvertrieb, Dammstraße 11, Postfach 2969, 63 Gießen. Preis: 32 Mark.

Einen Monat später verbreitete das US-Magazin „Newsweek" die Nachricht: „Bologna gilt weitherum als die bestregierte Stadt Europas." In das Lob aus Übersee stimmte auch der „Spiegel" mit einer Titelzeile ein: „Bologna – Traumziel der Sanierer verwirklicht." Und die französische „Vie Publique" wunderte sich: „Bologna hört nicht auf, von sich reden zu machen."

Kein Zweifel: Die rote Stadt liefert Schlagzeilen. Und trotz allen Vorbehalten gegenüber dem kommunistisch-sozialistischen Regime können sich auch bürgerliche Schreiber eine Spur von Bewunderung nicht verkneifen: Bologna – man ist sich einig – ist eine tadellos verwaltete Stadt.

Die Leistungen der linken Bologneser Administratoren sind denn auch nicht zu übersehen. Neben dem landesüblichen Verwaltungsnotstand, dem „malgoverno" der regierenden Christdemokraten, nehmen sie sich aus wie das Schulzeugnis eines Musterknaben:

● Während im historischen Neapel oder Genua skrupellose Grundstücksspekulanten schutzwürdige Altstadthäuser zeilenweise niederreißen, ist Bolognas „Centro Storico" in den letzten Jahren weitgehend intakt geblieben – architektonisch und sozial.

● Während die Straßen und Plätze anderer italienischer Metropolen – ob Turin oder Palermo – unter einer stinkenden, dröhnenden Blechlawine zu ersticken drohen, besinnen sich die Bolognesen allmählich um: aufs öffentliche Verkehrsmittel, daß zu Stoßzeiten zum Nulltarif verkehrt.

● Während in Italiens Großstädten – zum Beispiel in Rom – die kommunalen Dienste dem Zusammenbruch nahe sind, verläuft das öffentliche Leben der Bolognesen in wohlgeordneten Bahnen. Von Korruptionsaffären und Skandalen, wie sie serienweise das Land erschüttern, blieb die emilianische Hauptstadt verschont.

● Während auf nationaler Ebene nach 30 Jahren ununterbrochener Herrschaft der „Democrazia Cristiana" die italienische Demokratie in den Sachzwängen des Bürokratismus erstarrt, proben in Bolognas 18 Stadtvierteln Bürger aller Parteifärbungen gemeinsam neue Mitbestimmungsmodelle – sei es in Schulfragen, Wirtschaftsplanung oder Städtebau.

Was Lebensqualität konkret bedeutet, läßt sich am ehesten dort ermessen, wo sie fehlt. Städteplaner fassen die Krise der Stadt mit Begriffen wie Entmischung, Überalterung, Stadtentvölkerung zusammen. Sie sprechen von der Isolation der verbleibenden Stadtbewohner und dem Grüne-Witwen-Syndrom der in die Vororte abgedrängten Pendler. Betroffenen Bürgern brennt das Malaise auf den Nägeln, ob sie es in Form von Wohnungsnot, Lärm oder Luftverschmutzung erleben. Soziologen weisen auf die mangelnde Integration der Stadtbewohner im sozialen Kontext hin und erklären so die Entfremdung und Entpolitisierung. Nostalgiker beklagen die Zerstörung ganzer Stadtteile und den Einzug kalter Beton- und Glasfassaden im vertrauten Stadtbild.

Von all diesen Krankheitssymptomen ist Bologna weitgehend verschont geblieben. Dafür gibt es sichtbare Indizien:

● In Bologna schlägt der Abbruchhammer nur selten zu. In den letzten fünf Jahren ist im Centro Storico, dem historischen Stadtkern, kein einziges Haus abgebrochen worden. Die Häuserreihen entlang den Laubengängen blieben seither lückenlos erhalten.

● Aus der altvertrauten Skyline mit ihren Türmen und Kuppeln ragt ein einziges Hochhaus heraus; ein planerischer Betriebsunfall der sechziger Jahre. Er wird von den Bolognesen heute als häßlicher Fremdkörper beschimpft.

● Während in anderen Städten ganze Häuserzeilen verschwinden, um den Autos Platz zu machen, blieb Bolognas mittelalterliches Netz von engen Straßen und Gassen bestehen. Nur wenige Straßen sind vom Verkehrsstrom überflutet. Durch die meisten rattern nur Autobusse, Taxis und Lieferautos. Statt das Straßennetz dem Verkehr, wurde hier der Verkehr den bestehenden Straßen angepaßt.

Das sind erfreuliche Anfänge. Den Bolognesern Administratoren genügen sie nicht. Auf die Frage nach den Errungenschaften seiner Behörde auf dem Gebiet des Städtebaus, antwortete Bau-Assessor Pier Luigi Cervellati im Frühjahr 1975 lapidar: „Keine." Und die Begründung des sich selbst attestierten Leistungsdefizits: „Ohne Überführung von Grund und Boden in den öffentlichen Besitz gibt es eben keine sozialistische Bodenpolitik."

Die Mechanismen kapitalistischer Bodenpolitik hat schon 1873 Friedrich Engels in seinem Aufsatz „Zur Wohnungsfrage" beschrieben:

„Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben, dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhn, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum herausgehen kann. Man reißt sie nieder, und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. . . . Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen."

Die letzten hundert Jahre haben Engels' Thesen bestätigt. Die Geschichte der modernen westlichen Metropolen schrieb die Spitzhacke. Kaum eine Stadt, die nicht den Verlust eines Großteils ihres architektonischen Kulturguts beklagt.

Das gleiche Schicksal droht auch Bologna.

Denn mit der nach 1950 einsetzenden Konjunktur wurden die verheerenden Folgen der wachstumsorientierten Planung immer deutlicher. Die Spekulation blühte. Gewerbe und kleine Industrien mußten sich in die umliegenden Gemeinden abdrängen lassen. Personalintensive Dienstleistungsbetriebe machten sich an ihrer Stelle breit. Arbeiterwohnungen mußten Bürohäusern oder teuren Mietpalästen weichen. Ihre früheren Bewohner hatten mit den Neubauquartieren am Stadtrand Vorlieb zu nehmen. Damit kam die Pendlerbewegung vom Wohnort zum Arbeitsplatz in Gang. Die Folgen: Lärm, Luftverpestung, Verkehrszusammenbrüche.

Auch im Stadtbild begannen sich die Eingriffe der Spekulation abzuzeichnen. Zerstörung drohte nun auch dem „Centro Storico":

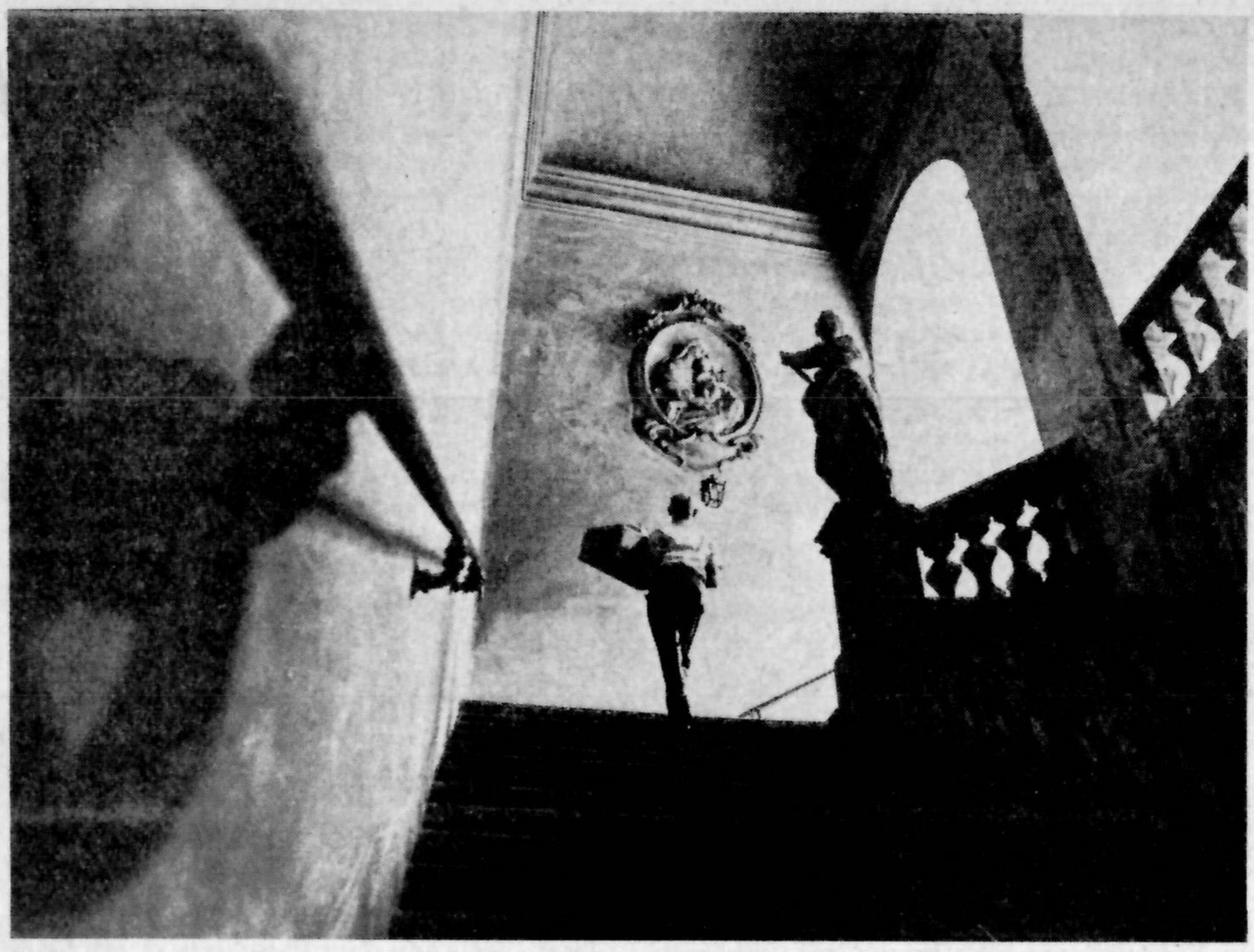
● Ein ganzer Stadtteil innerhalb der mittelalterlichen Mauern trägt bereits das Antlitz der Spekulation. Drei Viertel des im Nordwesten gelegenen Quartiers Marconi – westlich vom Bahnhof – wurden 1944 und 1945 von alliierten Bomben dem Erdboden gleichgemacht. Die Chance eines architektonisch und sozial vertretbaren Wiederaufbaus verpaßte aber auch Bologna. Mit seinen lieblosen Fassaden, seinen Bürobunkern und Mietkasernen bildet das Stadtviertel heute den Schandfleck des „Centro Storico".

● Auch im Herzen der mittelalterlichen Stadt, zwischen der Via Foscherari und Via Farini, fiel ein ganzer Gebäudekomplex dem Abbruchhammer zum Opfer. Ebenso an der Piazza Galileo Galilei, gleich hinter dem Hauptplatz. Und an zwei der schönsten Straßenzüge, der von Arkaden gesäumten Via Zamboni und Via delle Belle Arti, mußten typische Überbauungen aus dem 16. Jahrhundert samt ihren romantischen Innenhöfen einem Neubau weichen – dem neuen Kollegiengebäude der Handels- und Verkehrsfakultät.

● Ebenfalls Ende der fünfziger Jahre sahen die Behörden tatenlos zu, wie die Klostergärten von San Domenico und San Mattia ausgeräumt und überbaut wurden.

Nun aber besannen sich die linken Stadtverwalter auf ihre geistigen Väter, Karl Marx und Friedrich Engels. „Die Krise der Städte ist nicht lediglich die verpaßte Chance des Kapitals, in seinem Innern die Kräfte und Instrumente zu finden, um die von den Architektur-Ideologen formulierten Aufgaben zu erfüllen. Sondern diese Krise ist eine logische Folge der bewußt und gewollt gefällten Entscheidung des kapitalistischen Systems über seine eigene Entwicklung. Die Entwicklung nämlich, die den Menschen lediglich als Werkzeug zur Erzeugung von Profit betrachtet und nicht als lenkendes Subjekt der eigenen Geschicke." Das Zitat von Bauminister Pier Luigi Cervellati, KPI-Mitglied und Marxist, zeigt die Richtung an, die Bolognas Giunta einschlug, um den verhängnisvollen Trend zu stoppen: durch eine gezielte Planung die Stadtentwicklung in den Griff zu bekommen.

Das immer einseitiger werdende Ungleichgewicht zwischen Bologna und anderen Städten der Emilia-Romagna ließ auch die regionalen Verwaltungen ihre Ziele überdenken. Anstoß und Anregung zur Formulierung neuer Richtlinien aber bot die Urbanistik-Diskussion, die inzwischen in der italienischen Öffentlichkeit eingesetzt hatte. Vorangetrieben wurde sie vor allem von den Gewerkschaften, die den Kampf um menschenwürdigere Wohnverhältnisse auf ihre Fahnen schrieben: 1969 legten Millionen italienischer Arbeiter in einem Generalstreik für die Reform der Wohnungs- und Planungspolitik ihre Arbeit nieder.



In Bolognas historischem Zentrum: Die Spitzhacke ist weg

Den Bewußtseinsprozeß in der italienischen Arbeiterbewegung und bei den für Bologna verantwortlichen Planungsstellen spiegeln die zwischen 1960 und 1970 erlassenen Planungsmaßnahmen wider. Seinen ersten Ausdruck findet er im Kampf, den die Giunta 1962 gemeinsam mit der Heimatschutzorganisation „Italia Nostra" um die Erhaltung der Kirche San Giorgio an der Via Nazario Sauro führte: Die zweihundert Jahre alte Kirche sollte von der erzbischöflichen Kurie verkauft und durch einen Supermarket ersetzt werden.

Für das Urbanistik-Assessorat gilt es nun, neue gesetzliche Grundlagen zu erarbeiten: Ein neuer, dem veränderten Bewußtsein angepaßter „Piano regolatore" ist das Ziel. Und eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen sollen weitere Einbrüche im Stadtbild verhindern:

● Einen ersten wichtigen Schritt zur Eindämmung der Spekulation stellt die Reduktion der zulässigen Bebauungsdichten dar: 1968 erläßt der Stadtrat ein Dekret über die neuen Ausnützungsziffern. Maximal drei Kubikmeter umbauten Raumes pro Quadratmeter Bodenfläche lautet der neue Index. Das heißt, daß jetzt die durchschnittliche Nutzung nur noch einen Quadratmeter Geschoßfläche pro Quadratmeter Grundstückfläche betragen darf. Vorher waren es 0,7 bis 3,6 gewesen.

Damit geht ein wesentlicher Anreiz für den Abbruch alter Häuser verloren. Ein Neubau bringt nun nämlich auf jeden Fall wesentlich geringere Nutzflächen als die ursprüngliche Bebauung. Und das heißt: weniger Rendite.

● 1969 erzwingt der neue Plan für die Hügelzone, der „Piano per la Zona Collinare", einen weiteren Rückgang der Grundstückspekulation. Bolognas Hügel bilden den natürlichen Abschluß der Stadt gegen Süden. Und wie überall, wo Hügel sich erheben, strebt auch in Bologna das reiche Bürgertum nach oben. Pompöse Villen und kirchliche Bauten zieren die romantische „Collina". Sie ist gekrönt vom weitherum sichtbaren Heiligtum der Madonna di San Luca, einem Prunkbau aus dem 18. Jahrhundert, der mit der Stadt durch einen schier endlosen, drei Kilometer langen Säulengang verbunden ist, Zu seinen Füßen dehnt sich das Villenviertel um die Via Saragozza aus. In den Tälern, zwischen den weitgehend landwirtschaftlich genutzten Hügeln, machten sich in den Nachkriegsjahren die Einfamilienhäuser der Neureichen breit.

Mit dem „Piano per la Zona Collinare" bereitet die Stadtverwaltung der Bautätigkeit auf den Hügeln ein Ende. Sie erklärt die ganze Zone zur öffentlichen Grünfläche und unterstellt die früher dort entstandenen Klöster, feudalen Villen und Bauernhäuser strengen Schutzbestimmungen.

● 1969 setzt sich mit dem „Piano Centro Storico", dem Plan für die Altstadt, Pier Luigi Cervellatis Doktrin der Stadterhaltung durch. Revolutionäres Kernstück des Altstadtplans: Er erkärt die gesamte Innenstadt innerhalb der Mauern zum erhaltenswerten Monument. Und eines ist sicher: Unter „Monument" wollen Bolognas Planer nicht das sinnentleerte Denkmal, nicht den glorifizierten Steinhaufen verstanden wissen. Was für sie der Begriff „Monument" bedeutet, haben Cervellati und sein Mitarbeiter Roberto Scannavini in zahlreichen Publikationen dargelegt. Auf eine Kurzformel gebracht: „Ein Komplex von Gebäuden, Organismen, Menschen und Umweltverhältnissen (‚ambienti'), die es zu erhalten gilt, physisch und sozial."

Erhalten aber setzt genaue Kenntnis voraus. Also wird nach historischen, typologischen und strukturellen Kriterien ein Katalog sämtlicher Bauten der Innenstadt aufgestellt. Sechs Kategorien regeln die Art der Renovation; „konservative Restauration" nennt sie Cervellati. Die sechs Stufen:

1. Stufe: Sie umfaßt künstlerisch wertvolle Gebäude, die in keiner Weise verändert werden dürfen – es sei denn, um ihren früheren Zustand wieder herzustellen. Hier gilt das Prinzip der „wissenschaftlichen Restaurierung".

2. Stufe: Auch sie umfaßt künstlerisch wertvolle Gebäude, bei denen – im Gegensatz zur ersten Stufe – eine Änderung der Nutzung zugelassen ist. Das bedeutet, daß geringfügige bauliche Veränderungen gestattet sind, um das Bauwerk dem neuen Zweck anzupassen. Auch hier aber gilt: wissenschaftliche Restauration.

3. Stufe: In diese Kategorie gehören alle anderen Altstadthäuser. Es sind meist einfache Wohnhäuser. Sie müssen erhalten oder wiederhergestellt werden. Dies gilt auch für ihre innere Struktur, so daß Nutzungsänderungen kaum möglich sind.

4. Stufe: Hierher gehören Gebäude neueren Datums – also des 19. und 20. Jahrhunderts –, deren Fassaden als erhaltenswert eingestuft werden. Hier müssen Fassaden und die das Straßenbild charakterisierenden Teile erhalten bleiben. Der Innenausbau darf verändert werden, muß aber mit der Fassade übereinstimmen.

5. Stufe: Sie umfaßt die Spekulationsbauten der Neuzeit, beispielsweise im Quartier Marconi. Sie dürfen abgerissen werden. Der Wiederaufbau ist nur nach strengen Nutzungs- und Bauvorschriften gestattet, wobei sich die Baudichte im Fall eines Neubaus verringert.

6. Stufe: Sie umfaßt dreizehn Bereiche, die zur Sanierung durch die öffentliche Hand ausgeschieden werden. Es sind besonders baufällige Gebäudekomplexe, deren Erneuerung dringend notwendig ist. Für sie gelten besondere Bestimmungen.

Eine Analyse des Baubestands nach funktionalen Kriterien – ein weiteres Element des „Piano per il Centro Storico" – geht von der Annahme aus, daß für die verschiedenen Bedürfnisse für Neubauten innerhalb der Stadt Lösungen im Rahmen des bestehenden Bauguts gefunden werden können. Um im Bedarfsfall das geeignetste Gebäude ermitteln zu können, stellen die Mitarbeiter des „Ufficio Tecnico" einen Katalog aller in Frage kommenden Repräsentativbauten früherer Jahrhunderte auf: Klöster, Kirchen, Palazzi, Türme. Diese „großen" und „kleinen Gehäuse" („contenitori") eignen sich vor allem für repräsentative Bedürfnisse der Verwaltung, aber auch für kulturelle und instruktive Zwecke: Quartierzentren, Universitätsinstitute, Museen. Und auch für touristische oder kommerzielle Bedürfnisse privater Bürger – sofern sie der Stadt und ihren Bewohnern dienen – sollen die Prunkbauten früherer Generationen umfunktioniert werden.

Mit diesem Plan, dem „Piano Centro Storico" von 1969, wird der gesamte historische Stadtkern – neben Venedig der größte von Italien und wahrscheinlich der größte Europas – unter rigorosen Schutz gestellt.

● Im April 1970 endlich kann die Giunta die seit Jahren vorbereitete „Variante zum 1958er Piano regolatore" verabschieden. Sie ist in Wirklichkeit ein völlig neuer Plan, der alle früheren Planungsziele ersetzt und endgültig die wachstumsorientierten Zukunftsvisionen der sechziger Jahre begräbt.

Das Ziel des neuen „PRG" besteht nach den Worten des amtierenden Bürgermeisters Renato Zangheri darin, „das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiten und Wohnen, zwischen Haus und öffentlichen Einrichtungen" wiederherzustellen. Seine wichtigsten Bestimmungen ergeben sich aus dieser politischen Zielsetzung:

„Das ist zwar noch nicht die Revolution, aber immerhin revolutionär"

Foto: Otmar Schmid

Zurück in die renovierten Altbau-Wohnungen: Schlüsselübergabe an Bologneser Bürger

1. Wachstum ist nicht mehr erwünscht. Auf 600 000 setzt der Plan den Bevölkerungsplafond fest (Ausgangslage 1970: 490 000 Einwohner).

2. Als Alternative zum städtischen Ungleichgewicht sieht der Plan ein dichtes Netz von öffentlichen Einrichtungen vor. Praktisch der gesamte noch verfügbare Boden wird für Infrastrukturaufgaben reserviert.

Die gesetzliche Grundlage für diesen massiven Eingriff der Gemeinde in die private Verfügungsgewalt über Grund und Boden bildet ein nationales Gesetz, das „Decreto Ministeriale" vom 2. April 1968, genannt „Standards Urbanistici". Mit diesem Rahmengesetz gesteht der italienische Staat jedem italienischen Bürger das Recht auf ein Minimum an öffentlichem Boden zu: 18 Quadratmeter sollen die Gemeinden jedem ihrer Bewohner an Infrastrukturen für Schule und Freizeit zur Verfügung stellen.

Dieses Zugeständnis verdanken Italiens Bürger der 1961 in Rom vollzogenen „Öffnung nach links", dem Einzug der Sozialisten in die Landesregierung. Und Bolognas Urbanisten wissen das Geschenk aus Rom zu nutzen wie keine andere Gemeinde des Landes. Mit dem neuen PRG erhöhen sie die „Standards Urbanistici" gleich auf 64 Quadratmeter öffentlichen Grunds pro Einwohner: 10 Quadratmeter für Vorschulen, 20 Quadratmeter für Schule und Grünflächen innerhalb der Quartiere, 24 Quadratmeter Erholungsfläche außerhalb der Stadt – auf den Hügeln oder an den Ufern des Flusses Reno.

„Das sind 2860 Hektar, die wir der Spekulation entzogen haben", sagt der Bürgermeister. „Wäre das nicht geschehen, hätten wir die Stadt einem Rausch der Zerstörung preisgegeben."

Noch auf ein anderes erfreuliches Merkmal des neuen PRG verweist der rote Bürgermeister mit Stolz. „Ein Novum in der italienischen Planung stellt die ‚Variante' nicht nur bezüglich ihrer Zielsetzung dar. Neu ist auch die Art und Weise ihrer Erarbeitung." Und tatsächlich: Am PRG waren nicht nur Bolognas verantwortliche Planungsstellen, sondern buchstäblich Tausende von Bologneser Bürgern ganz direkt beteiligt. Denn alle wesentlichen Bestimmungen sind in den Quartieren diskutiert, genehmigt und zum Teil modifiziert worden. Während zwei Jahren verhandelten Arbeitsgruppen, Quartierräte und Quartierversammlungen in Hunderten von Sitzungen nicht nur die theoretischen Ansätze des Plans, sondern sie leisteten auch konkrete Grundlagenforschung.

Alle achtzehn Quartiere verfaßten zuhanden der Planungsstellen eine Liste der im Quartier bestehenden Einrichtungen für Vorschule, Schule und Freizeit.

Zudem erforschten die Quartiere die Bedürfnisse nach neuen Anlagen und suchten im eigenen Wohnviertel nach geeigneten Grundstücken und Lokalitäten.

Diese aktive Beteiligung des einzelnen Bürgers am Planungsvorgang kann nicht ohne Wirkung bleiben. Bürgermeister Zangheri: „Der neue PRG ist ein Vermächtnis der Massen. An der Basis, in Quartieren und Fabriken, verteidigen ihn verbissen Männer und Frauen jeder Parteifärbung. Versucht nur, eine einzige vom Quartier dekretierte Zweckbestimmung zu ändern – das gibt einen Volksaufstand!"

Für eine demokratische Kontrolle über die Nutzung des Bodens sorgt aber auch eine andere Bestimmung. Sie stammt aus dem Ressort des „Dezentralisations-Assessorats" und sieht vor, daß die Bewilligung für die Ausführung neu projektierter Bauten nicht nur vom „Technischen Büro", sondern auch vom betroffenen Quartier sanktioniert werden muß. Und zwar nicht nur nach baulichen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten.

Was dies konkret bedeutet, erlebte im Januar 1975 ein Bauherr, der sich andernorts auf unternehmerfreundlichere Praktiken verlassen kann: die FIAT.

Der Turiner Autogigant unterhält an der Via Camillo Caserini eine kleine Tochtergesellschaft, die „FIAT Trattori". Das Gebäude liegt günstig: im Saffi-Quartier, einem Wohnviertel unmittelbar außerhalb der Stadtmauern. Und die Konzernleitung schmiedete entsprechende Pläne: Die FIAT-Trattori sollte in die Provinz Modena verlegt, das Gebäude – entsprechend den Bestimmungen des PRG – mit Wohnungen überbaut werden.

Um allfälligen Überraschungen vorzubeugen, leitete die FIAT das Bewilligungsverfahren frühzeitig ein. Sie wollte vor der Verlegung des Betriebs das Projekt für die Wohnungsbebauung genehmigen lassen, um im Fall einer Verweigerung nicht etwa auf dem Gelände sitzen zu bleiben.

Der Saffi-Quartierrat erhielt, wie gewohnt, das Projekt zur Prüfung. Und, wie gewohnt, klärte der Rat auch dessen soziale Aspekte ab. Dabei stellte sich heraus, daß mit der Verlegung des Werks 62 Bologneser Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Das Verdikt des Quartierrats lautete daraufhin: „Nein." Zuerst – so meinten die Quartierleute – sollte die FIAT mit den Gewerkschaften über die Verlegung des Werks unterhandeln. „Erst dann", heißt es im schriftlichen Entscheid, „wird die Verfügbarkeit des Geländes für Bauzwecke abgeklärt." Diesen Entscheid fällte nicht etwa nur die Quartier-Linke. Auch Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten stimmten ihm zu.

Was die Prüfungen der Baubewilligungen nach sozialen Gesichtspunkten bedeutet, hat auch schon manch ein privater Bauherr in Bologna erlebt. So wurden in vielen Fällen Umbaubewilligungen verweigert, weil die Umsiedlung der Mieter im betroffenen Altbau nicht gelöst war. „Wir schikken Leute aus dem Quartier ins betreffende Haus. Sie reden mit allen Mietern. Wenn Probleme da sind, suchen wir gemeinsam eine Lösung. Erst wenn alle Mieter anderweitig untergebracht sind, erteilen wir die Bewilligung", erläutert ein Quartierrat von Irnerio.

Das Beispiel Bologna zeigt: Eine energische Planungspolitik der Behörden und die direkte Beteiligung der davon betroffenen Bürger kann Ziele setzen, Entwicklungen kanalisieren, Zerstörungsprozesse verlangsamen. Sie kann dem Patienten „Stadt" zu einer richtigen Diagnose, zu einer vernünftigen Lebensführung, im besten Fall zu einem Erholungsurlaub verhelfen. Heilen kann sie ihn nicht. Denn das Übel – so diagnostizieren Bolognas Urbanisten – sitzt tief. Es heißt Grundrente: der Ertrag, den der Boden ohne jeden Arbeits- und Kapitalaufwand des Besitzers abwirft.

So grassieren auch auf Bolognas Wohnungsmarkt die allseits bekannten Mißstände. Zwar gibt es nationale Mieterschutzbestimmungen. Doch auch hier – wie in Mailand, Rom oder Neapel – werden sie von den Hausbesitzern umgangen. Um dies zu beweisen, veröffentlichte die Mietergewerkschaft SUNIA im April 1973 ein Schwarzbuch mit 30 Reproduktionen von rechtswidrigen Kündigungsschreiben und Mietzinserhöhungen aus den Monaten Januar und Februar. „Die Mehrheit der 90 000 Bologneser Mieter hat in den letzten Monaten Mietzinserhöhungen von durchschnittlich 15 000 Lire im Monat bekommen", vermeldet mit Empörung die Mieterkampforganisation. Und: „Wohnungen unter 60 000 bis 70 000 Lire im Monat sind kaum zu finden. Dafür gibt es in Bologna über 10 000 unvermietete Räume."

Wohnungsnot und gleichzeitig leerstehende Luxuswohnungen – das um 1975 in Westeuropa gewohnte Bild. Bologna versucht, ihm Alternativen gegenüberzustellen. Wichtigstes Instrument: der „PEEP" („Piano di Edilizia Economica e Popolare"), der Plan für den öffentlichen Wohnungsbau.

Noch zu Zeiten der Römer Zentrumsunion, im April 1962, war in Italien die „Legge 167" in Kraft getreten. Das Gesetz schrieb den Gemeinden vor, einen Zehnjahresplan für den sozialen Wohnungsbau auszuarbeiten. Es regelte zudem die Enteignung der dazu benötigten Grundstücke – zum Marktpreis von 1961.

Schon im Juni 1963 verabschiedete die Bologneser Giunta den verlangten Plan. Und 1971 – nach Ablauf der „ersten Phase" des PEEP – waren in der emilianischen Hauptstadt 74 000 Wohneinheiten (Zimmer) gebaut.

Inzwischen machte sich mit einem neuen Wohnungsgesetz – der „Legge 865" – Roms Öffnung nach links bemerkbar. Für Sozialwohnungen enteigneter Boden soll nun nicht mehr zu Marktpreisen vergütet werden. Sondern zu einem Ansatz, der am landwirtschaftlichen Ertragswert des Baugrunds zu messen ist.

Auf Grund der Legge 865 erläßt die Bologneser Giunta einen neuen Sozialwohnungsplan, den „PEEP 2. Phase". Er sieht 16 000 Wohneinheiten am Stadtrand – und 6000 Wohneinheiten mitten in der Stadt vor: durch die Renovation bestehender Altbauten. „PEEP Centro Storico" heißt Bolognas Formel für den sozialen Wohnungsbau mitten in der Stadt.

Der „PEEP Centro Storico" ist Pier Luigi Cervellatis Geniestreich. Er soll Tausenden von Bolognesen zu günstigen Wohnungen im Herzen der Stadt verhelfen. Und er macht des Bauassessors Lieblingsidee von der Stadterhaltung möglich. Und zwar Stadterhaltung zu Gunsten der sonst benachteiligten Schichten: durch Erhaltung von Wohnhäusern in ihrer ursprünglichen Form, mit ihren ursprünglichen Bewohnern und zu den ursprünglichen Mietansätzen. Und das alles nicht auf Kosten der ohnehin schon arg strapazierten Bologneser Stadtkasse, sondern – dank den Römer Enteignungsvorschriften der Legge 865 – zu einem Teil auf Kosten privater Spekulationsgewinne.

Die Prozedur, die Cervellatis Assessorat im Rahmen des „PEEP Centro Storico" ausarbeitete, ist relativ einfach und ließe sich – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – auf andere Städte Italiens übertragen:

- Fünf besonders sanierungsbedürftige Altstadtzonen („Comparti urbanistici") scheidet der „PEEP Centro Storico" für den Sozialwohnungsbau aus. Es sind fünf der dreizehn Wohngebiete, die schon im Altstadtplan von 1969 zur Sanierung ausgeschieden worden waren:
  Santa Caterina
  Solferino
  Fondazza
  San Leonardo
  San Carlo

  Sie umfassen ausschließlich Häuser der im „Piano Centro Storico" aufgeführten 3. Stufe, also einfache Arbeiter- und Handwerkerhäuser.
- In diesen fünf Zonen wird der private Hauseigentümer verpflichtet, die Renovationspläne des Baudepartements zu übernehmen und peinlich genau auszuführen.
- Als Gegenleistung greift die Gemeinde dem privaten Bauherrn finanziell unter die Arme. Beispielsweise indem sie ihm bei der Bank einen Baukredit verschafft, und die – in Italien an die Wuchergrenze reichenden – Zinsen übernimmt.
- Der Hausbesitzer wird seinerseits verpflichtet, nach beendeter Renovation die urprünglichen Mieter wieder aufzunehmen und die Mietpreise nicht zu erhöhen.

Der „PEEP Centro Storico", der sich inzwischen als wirksamstes Instrument zur Erhaltung der Altstadt erwiesen hat, stieß zwar im Gemeinderat auf erbitterten Widerstand. So scheute sich der Christdemokrat Giuseppe Coccoloni nicht, Cervellatis Stadterhaltungspolitik im Rahmen des PEEP mit der „tschechischen Normalisation durch die Sowjetunion" zu vergleichen. In der Schlußabstimmung – am 7. März 1973 – aber ging das Projekt mit der einzigen Gegenstimme des Neofaschisten Alessandro Mazzanti durch. Christdemokraten, Liberale und Republikaner hatten sich der Stimme enthalten.

Bolognas Altstadtsanierungsmethoden verhalfen der Roten Stadt erstmals zu internationaler Beachtung. Anerkennung zollte nicht nur der Europarat mit einer Auszeichnung, sondern auch die internationale Presse. Selbst die konservative „Neue Zürcher Zeitung" lobte vorsichtig: „Das Modell, mit dem die jungen Architekten der Stadtverwaltung ästhetische Kriterien und politische Programmatik auf einen Nenner bringen, hat im italienischen Kontext nicht nur für Fachleute seinen Rang." (15. April 1974.)

Dagegen kommentierte zwei Jahre später „Der Spiegel" säuerlich: „Insgesamt hält die Sanierung des Stadtkerns nicht Schritt mit dem Verfall." Im selben Tenor äußert sich Bolognas politische Opposition. So meinte der Christdemokrat Nino Andreatta, Ökonomiedozent und Schriftsteller: „Der Plan ist gut auf dem Papier. Aber er wird niemals durchgeführt werden." Und anläßlich eines Urbanistik-Kongresses im Oktober 1974 gelang es der lokalen Democrazia Cristiana, mit einem polemischen Pressekommuniqué die Aufmerksamkeit der ausländischen Gäste auf sich zu lenken. „Unter der kommunistischen Verwaltung sind der Stadt irreparable Schäden zugefügt worden", lamentierten die Hüter des Privateigentums und ereiferten sich gegen „planerische Megalomanie und Grundstückspekulantentum".

Doch Cervellati und seine Mitarbeiter lassen sich nicht beirren. „Wir operieren hier nicht außerhalb des Systems", erinnert der Assessor seine Kritiker: „Auch in Bologna herrschen daher Spekulation und Vermieterwillkür." Und auch in Bologna kostet das Vorhaben, den kapitalistischen Entwicklungsgesetzen sozialistische Alternativen gegenüberzustellen, viel Zeit, Geld und Nerven. Doch zäh verfolgt das Bauamt seinen Weg der kleinen Schritte:

- Im April 1975 legt Cervellati dem Gemeinderat den Rahmenvertrag vor, der inskünftig die Beziehungen zwischen Hauseigentümern und Kommune für die Liegenschaften innerhalb des „PEEP Centro Storico" regeln soll. Er war vorgängig von den vier Altstadtquartieren Irnerio, Marconi, Galvani und Malpighi mit den Ja-Stimmen aller Parteien genehmigt worden.
- Im Mai 1975 beziehen die ersten Mieter die in der PEEP-Zone San Leonardo bereitgestellte „Casa Parcheggio": Sie soll Bewohner aus der Sanierungszone so lange aufnehmen, bis ihre eigenen Wohnungen renoviert sind und ihnen – zu den alten Mietpreisen – wieder zur Verfügung stehen.

Damit wird erstmals wahr, was sich Bolognas Stadtarchitekten mit ihren Altstadtplänen vornahmen: In sorgfältig nach allen Regeln der Restaurationskunst ausgebauten Altstadtwohnungen leben zu Mindestpreisen nicht etwa – wie anderswo – Architekten, Grafiker und Intellektuelle. Sondern Rentner, Arbeiter und Handwerker. „Das ist zwar noch nicht die Revolution", räumt ein Mitarbeiter Cervellatis ein, „aber immerhin revolutionär." ●

Neuerscheinung Herbst 76

L 76 Demokratie und Sozialismus

Politische und literarische Beiträge

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Carola Stern

Redaktion: Heinrich Vormweg

L 76 diskutiert Standort und Perspektiven eines Sozialismus, der die Demokratie zu seiner Verwirklichung voraussetzt.

L 76 setzt sich kritisch auseinander mit den Ideologien, die den Privatkapitalismus hier und den Staatskapitalismus dort tragen.

L 76 plädiert für die Neuorientierung des kulturellen Lebens, aller kulturellen Aktivitäten: eine Neuorientierung hin zu den Kräften des demokratischen Sozialismus.

L 76 plädiert zugleich dafür, den kulturellen Entwicklungen, als unmittelbar politischen, vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen.

L 76 bringt literarische und essayistische Texte, in denen der schwierige Prozeß der Neuorientierung des kulturellen Bereichs sich abzeichnet.

L 76 ist einzeln und im Abonnement über jede Buchhandlung zu beziehen.
L 76 erscheint in unregelmäßigen Abständen ca. 4 mal im Jahr.

Bestellcoupon
hiermit bestelle ich aus der Europäischen Verlagsanstalt, Postfach 210 140, 5000 Köln 21
über die Buchhandlung:

☐ **Abonnement L 76**
zum Preis von 50,– DM jährlich

☐ **L 76 Heft 1**
zum Preis von 15,– DM
zuzüglich Versandkosten

Name, Vorname

Straße, PLZ, Ort

Datum Unterschrift

EVA
Europäische Verlagsanstalt
Postfach 210 140
5000 Köln 21

Kultur

Wer in den Knast kommt, wird von der Gesellschaft isoliert und ausgestoßen, um „geheilt und resozialisiert“ zu werden. Durch BILDung. Der Schriftsteller Peter Paul Zahl schrieb aus seiner Zelle in Düsseldorf diesen Bericht:

Kultur im Knast

Die in den Knast kommen, entstammen zu 99 Prozenten Unterschichten (so der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Frankfurt, T. Rasehorn, in „vorgänge” 1/73), der Arbeiterklasse, dem deklassierten Proletariat, den „Lumpen”. Im „groben Netz der Strafverfolgung”, so der genannte Richter, fangen sich nur die „sozial Unterprivilegierten”. Keineswegs die Straftäter der Oberschichten (der Verfasser der Spielregeln), deren Wirtschaftsverbrechen „etwas außerhalb der Legalität” auf 12 bis jährlich 20 Milliarden DM Schaden geschätzt werden.

Je nachdem, welche Sorte von Schamanen die öffentliche Meinung bestimmt, je nachdem ob die faschistische oder reformistische Variante bürgerlicher Herrschaft gespielt wird, will man den „Rechtsbrecher” im Knast

a) isolieren,
b) bestrafen („Auge um Auge”),
) „heilen” und „resozialisieren”.

Zur Zeit bestimmen die Reformschamanen die öffentliche Meinung. Also gibt man vor, den armen „Verhaltensgestörten” heilen und resozialisieren zu wollen. Man entfernte die Kette nebst Kugel am Bein und gab der Sträflingsuniform ein modernes, schnittiges Aussehen. Die Blechnäpfe wurden verchromt („Klingelpütz”).

Die Gefangenen dürfen arbeiten. Und bekommen neben Kost und Logis zwischen 1,50 und 3 Mark – am Tag. Das ist immerhin mehr als ein Indio in Peru verdient. Dafür darf sich der Gefangene Tabak kaufen und zusätzliche Lebensmittel. Wenn er es für nötig erachtet, auch das Abonnement einer Zeitung oder Zeitschrift. Meist erachtet er es nicht für notwendig. Er entstammt ja, wie oben ausgeführt, zumeist der Unterschicht. Da wird man nicht unterrichtet im Einkauf von Informationen. Da wurde es vorenthalten, daß aus Informationen Macht entstehen kann.

So liest man die wöchentliche Rate Bücher aus der Anstaltsbücherei und hört das Anstaltsradio. Je nachdem, wie „reformfreudig” man ist, gibt es noch Gemeinschaftsskat, Ping-Pong, Schach und – die Volkshochschule.

> „Die Kölner Volkshochschule veranstaltet in Ossendorf regelmäßig abends Kurse, vor allem in Deutsch, Rechnen, Englisch, aber auch Sozialkunde und Recht. Kosten pro Jahr: 40 000 DM. Der Besuch ist nicht befriedigend, die Erfolge wenig tröstlich.” (Rheinische Post”, 30.12.1972, in einem Artikel, der die bezeichnende Überschrift „Modernes Leben” trägt.)

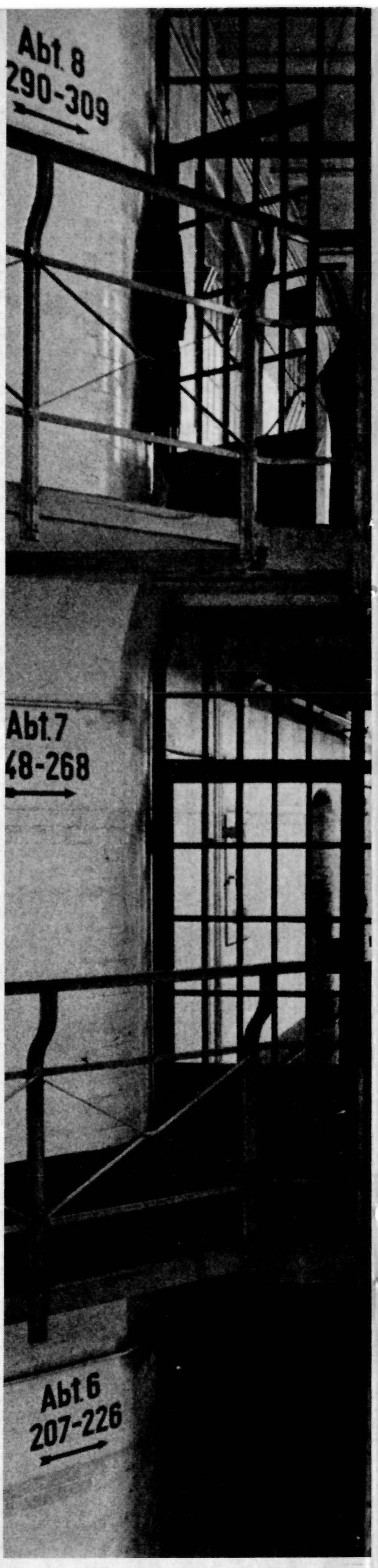
Die Insassen der Haftanstalten zu 99 Prozent aus den Unterschichten: Sonderschule, Volksschule, oft abgebrochen, zumeist keine vollständige Ausbildung. Man hat schlechte Erfahrungen mit der „Bildung“. Und die Bildungsbeamten heißen hier „Herr Oberlehrer”.

Anstaltsradio: 60 Wochenstunden Tralala, von Heino bis zum Rumpelbeat

> „Den Gemeinschaftsempfang des Radios kann jeder selbst bestimmen, also an- und abstellen (!). Jeder kann Rundfunk von sechs Uhr morgens bis 22.30 Uhr hören. Der Häftling ist genau orientiert, was draußen vorgeht”. So der Leiter der JVA Köln in o. a. Artikel.

Hier, im Knast, klingt *„Gemeinschaftsempfang”* natürlich gut. Die „Freiheit” besteht darin, Big Brothers Lautsprecher an- oder abzustellen. Das Programm ist zensiert, also von der Anstaltsleitung ausgesucht. Eine freie Senderwahl gibt es nicht.

Ich habe mir die Mühe gemacht, das Rundfunkprogramm einer Woche in der Düsseldorfer Haftanstalt („Ulmer Höh”) als typisch auszuwählen und auszuwerten. Dort gibt es einen Programmbeirat von Gefangenen. Zwei Häftlinge moderieren die Anstaltssendungen. Die Anlagen sind ver-



Fotos: Mehner

altet, Bänder rar und kostbar. Es bestehen keine Möglichkeiten, Radio Luxemburg und Hessen III (Autofahrerwelle) zu hören. So bleibt man – im Gegensatz zur Kölner Anstalt, wo diese geistigen Schlagetots ein Lieblingskind der Programmgestaltung sind – vom Werbefunk für Omo und Dash, Telefunken und Bader-Versand verschont.

Pro Woche kann man in Düsseldorf hören:

5 Stunden Nachrichten und Kommentare (zu 90 Prozent WDR II, d. h. täglich mehrfache Wiederholung derselben Nachrichten),
42 Minuten Politik,
30 Minuten Verbrauchertips,
70 Minuten religiöse Sendungen,
15 Minuten Literatur,
15 Minuten Reisebericht,
55 Minuten Kabarett,
2 1/2 Stunden Zeitgeschichte,
1 Stunde Landfunk,
1 Stunde Programmhinweise,
8 Minuten Börsenbericht,
32 Stunden Magazinsendungen und
40 Stunden Unterhaltungsmusik.

Und alle naslang Verkehrshinweise – wie die Wasserstandsmeldungen der Sintflut.

Auf den ersten Blick sieht die Statistik nicht übel aus. Jedoch – klassische Musik: findet nicht statt. Kritische Sendungen fehlen fast völlig. (Ausnahme, und das mag für ein Männergefängnis seltsam klingen: der Frauenfunk. Zuweilen auch – der Kirchenfunk.)

Statt Kabarett zuweilen ein Hörspiel (Krimis!!). Das Kabarett: flau-sozialliberale Hofnarren à la „Kommödchen". Der Landfunk mit Hinweisen auf Bullenzucht und Gartenbautips ist im Knast ein schlechter Witz. Die Reiseberichte à la Touropa. Die Verbrauchertips angesichts des Rewe-Monopols beim Knasteinkauf (keinerlei Sonderangebote, fast nur Markenwaren, Preise im Schnitt 30 Prozent höher als „draußen") völlig illusorisch. Die Zeitgeschichte verkürzt auf die Geschichte „großer Männer".

Bleiben die Magazinsendungen und die U-Musik. Die WDR-Magazine wie „Heute Morgen", „Mittagsmagazin" oder „Zwischen Rhein und Weser", gewiß abwechslungsreich und informativ. Die politische Richtung der Kommentare „loyal" (Proporz-System), Kritik zwischen den Zeilen. Manchmal mehr – das kommt auf die Moderation an.

Man muß aber bedenken, daß Strafgefangene arbeiten *müssen*, Untersuchungsgefangene können. Um Geld für den Einkauf zu haben oder um der Langeweile im Zellensarg zu entgehen. Da kann man kaum aufmerksam die Redebeiträge der Magazinsendungen verfolgen. Da folgt man lieber dem Gedudel der „fröhlichen Wellen".

Bleibt das Abendprogramm, bleibt die Unterhaltungsmusik. Zu der muß man korrekterweise die Zwischenmusiken von Magazin- und Sportsendungen hinzuziehen (50 Prozent der Zeit!). Womit sich der Anteil der Unterhaltungsmusik beträchtlich erhöht. So kommt man zu einer strammen Leistung von 52-60 Wochenstunden U-Musik! Progressive Popmusik: eine Sendung. Sonst nur Tralala, von Heinos SA-Liedern über „Volkstümliche Klänge" über Rex Gildo und Samba bis zu stupidestem Rumpel-Beat à la Slade oder T. Rex.

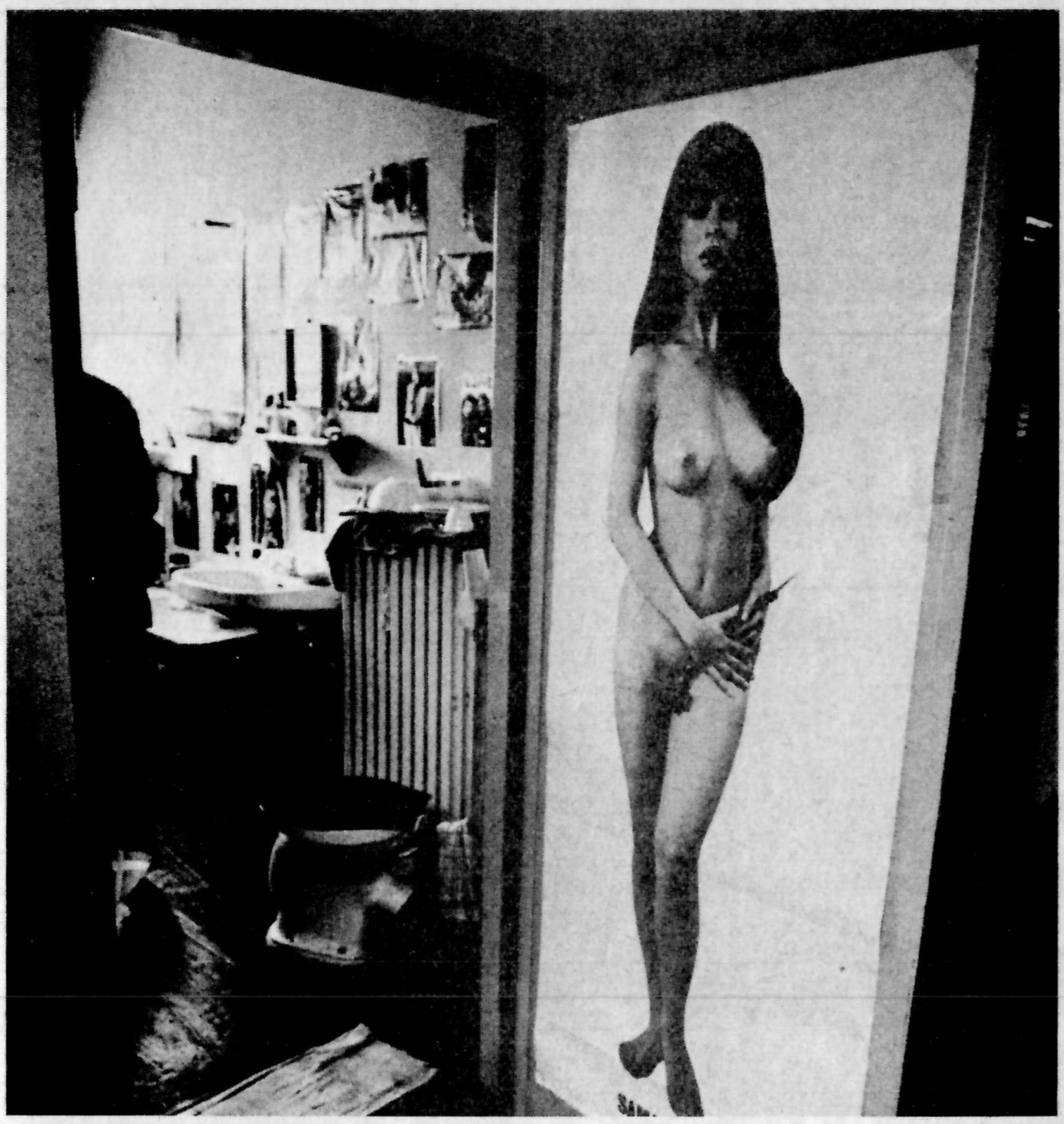
Über deutsche Schlager und Schnulzen ist schon viel geschrieben worden. Im Knast gewinnen sie eine besondere Impertinenz. So konnte man Heinos Beteuerung, daß der Enzian „blau, blau, blau" sei, am 15.1.1973 zweimal, am 19. Januar gar viermal hören. Beliebt auch Tony Marshall, der „Vetter aus Dingsda", und ähnliches. Und die diversen Hitparaden!

Man hört nichts über die Ursachen von Kriminalität, dafür aber die Hitparade des WDR; nichts über die Hintergründe der nordirischen Unruhen, dafür aber etwas über die Titelfolgen der Hits aus London und Dublin; nichts hört man über die Arbeiterbewegung, dafür die holländische und französische Hitparade; nichts über die NS-Verfolgung in der BRD-Justiz, dafür „number one" des Schnulzenverkaufs in Italien und Österreich.

Hintergründe über Rassen- und Klassenkämpfe in den USA – Fehlanzeige. Dafür die Nummern 1-20 in den „Soulcharts". John-Birch-Society, Ku-Klux-Klan, Gouverneur Wallace? Country- und Western-Hitliste! Und die „normalen Top-Twenty" der Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Im Kölner „Klingelpütz" dann noch die Hitlisten von Radio Luxembourg, je 1-8 in deutschen oder internationalen Titeln; diversen Plattengeschäften; dem Südwestfunk und vom Broadway.)

Bei vergitterten Fenstern und circa 3-4 m Auslauf gewinnen „Ja, ich liebe die Welt / und ich finde sie schön / ich will nicht überall / nur Scha-hatten seh'n!" oder: „Liebe ist für alle da / für dich und mich / für groß und klein / und alle können glücklich sein" – besonders tiefe Bedeutung.

Hat man im Düsseldorfer Knast das Unglück, Geburtstag zu haben, wünschen „Anstaltsleitung und Studio" mit dem Gezwitscher der „Westfälischen Nachtigallen" ihrem Opfer: „Herzlichen Glückwunsch / bleib schön gesund / dann gibt's zur Freude / stets einen Grund. / Nimm, was im Herzen du lange dir / selber erträumt hast / als Wunsch von mir . . . Schön sind die Stunden / die so schnell vergeh'n / du mußt sie richtig zu feiern versteh'n. / Du kannst im Leben / die Uhr etwas dreh'n / wenn du nur lachst / und das Beste aus a-hallem machst . . ."



Einzelzelle: „Du kannst im Leben / die Uhr etwas drehn / wenn du nur lachst / und das Beste aus a-hallem machst . . ."

Bücher aus der Knast-Bibliothek: resozialisiert mit Reader's Digest

Düsseldorf, dienstags in der Frühe, mit dem Frühstück, mit Muckefuck und Vierfruchtmarmelade um 7.00 Uhr, erhält man fünf Bücher, hat man vorher die in der Vorwoche empfangenen Titel vor die Zellentür gelegt. Wenn man Glück hat, bekommt man über fünf Pfund Bücher. So bekam ich in der Woche vom 11.-18. Januar 1973 volle 2 964 Seiten Lesefutter. Davon 607 eines Frauenromans und 814 Seiten „Das Beste" (im weiteren DB) von Reader's Digest, Jahrgang 1960. *Keines* der Bücher unter acht Jahre alt; alle spekkig, zerlesen, voller Schmutz und machmal Blutresten.

Von der Gesellschaft isoliert und ausgestoßen, um „geheilt und resozialisiert" zu werden, erfährt der Häftling über das *Rechtssystem*: „Das Gesetz von Schuld und Sühne ist uralt – das haben nicht die Menschen gemacht, es ist einfach da . . . ich glaube, daß das Gesetz so ewig ist wie Gott. Darum ist es auch so mächtig, uns wider alle eigene Vernunft zur Sühne zu drängen." (M. Dutli-Rutishauser, „Die Fahne der Geschlagenen", Roman)

Daß es zuweilen richtig ist, zu töten und vor allem in imperialistischen *Kriegen* „seine Pflicht zu tun", erfahren sie in Barbiers Roman „Verzaubert" (1952): „Wenn die Männer in den Krieg gehen, ist es gewöhnlich auch ein bißchen zum Zeitvertreib . . . (Vom Burenkrieg:) sie purzelten nur so den Abhang runter . . . habe drei abgeschossen . . . ein herrliches Leben, nichts auf der Welt, das dem gleichkäme."

Was sich so im Krieg wohlfühlt, sind natürlich richtige *Männer*, und wie diese mit *Frauen* umzuspringen haben, wird Häftlingen so beigebracht: „Ein Mann weint nicht . . . richtige Männer lassen ihre Narben sprechen . . . zu meiner Zeit wußten die Männer mit Pferden und Frauen besser umzugehen . . . Juan (natürlich adelig, natürlich Boß, PPZ) nahm die Mädchen mit der absichtslosen Nachlässigkeit, mit der man eine Zigarette nimmt, um sie halb geraucht wieder fortzuwerfen . . ." (Barbier, „Verzaubert"; P. Hein, „Dolores", Roman, 1964).

Daß die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der *Kapitalismus*, über jeden Zweifel erhaben ist und die Güter gerecht verteilt sind, alle an dem ihnen zukommenden Platz, muß denen, die daran (unbewußt oder bewußt) gezweifelt hatten und auf illegale Weise an Reichtümer kommen wollten, besonders eingehämmert werden:

„Jeder hatte seinen Platz an der Sonne. Ein Gemeinschaftsgefühl verband Diener und Herren, und niemand sah die Notwendigkeit, das Geringste an einer Ordnung der Dinge zu ändern, die für alle in gleicher Weise befriedigend war. In ihren Ansichten einig, betrachteten sie die sozialen Forderungen (. . .) wie (. . .) eine Kartoffelkrankheit . . ." (Barbier).

Das Glimmen im Auge Lenins

Die internationale Arbeiterbewegung, Sozialdemokraten, Kommunisten, Anarchisten werden verteufelt, Befreiungsbewegungen mystifiziert und bekämpft, Klassenkampf ist kriminell, der *Sozialismus* oder der Ostblock sind unerklärlich und bestialisch:

„ . . . die freiheitliche, rechtsstaatliche und tolerante BRD . . . freudlose, ausgepowerte Sowjetzone . . . kommunistische Unterdrücker . . . 17 Millionen Menschen unter schwerem Joch . . . Schikanen, Verbrechen . . . wie gehabt, unter Hitler, nur noch besser organisiert (DB, 1960). (Russen:) sture, humorlose, argwöhnische Gesichter . . . vierzig Jahre haben sie Haß gepredigt (DB, 1960) . . . Westberlin mit seinen ruhigen, gutgenährten, gut verdienenden, durch und durch demokratisch gesonnenen Menschen . . . über allen kommuni-

stischen Städten liegt etwas Grauens, Traurigstimmendes (DB, Sept. 1960) ... Aus einem Glimmen im Auge Lenins hat sich die kommunistische Macht in vier Jahrzehnten zur absoluten Herrschaft über fast eine Milliarde Menschen entwickelt". (DB, März 1961, S. 39)

Trotzdem – es werden immer mehr Menschen Kommunisten. Besonders in der Dritten Welt. Aber die Menschen dort, besonders die *Neger*, sind minderwertig: „Die Weißen bevorzugen den Eingeborenen, der in einem Dorf lebt, weil er billiger und fügsamer ist als der schwarze Städter ... Der niedrige Lohn ist außerordentlich wichtig ... Der Minenboy wird wie ein wertvoller Hund oder ein teures Pferd behandelt ... ohne brutalen Zwang, ohne Betrug ... (DB, Mai 1960) Wenn es nach ihnen ginge, würde die USA eine Million Neger hinaussetzen und ebenso viele Deutsche dafür holen. Dann würde alles besser gehen." (W. Frank „Die Jagd ...", 1937)

Damit diese Untermenschen nicht auf die Idee kommen, auch noch den sozialistischen Weg zu wählen, gewähren die Kapitalisten sogenannte *Entwicklungshilfe*. In seltener Offenheit heißt es dazu in DB, Sept. 1960:

„Worauf die frappanten Fortschritte zurückzuführen sind, die dieses Entwicklungsland erzielt hat – es sind die privaten Unternehmungen gewesen ... Als die einzige Bank des Landes ihre Pforten schloß, machte (die US-amerikanische Reifenfirma) Firestone eine eigene auf ... Das größte Verdienst der Firma Firestone ist vielleicht der segensreiche Einfluß, den sie vor Jahren auf William Tubmann ausgeübt hat, den liberischen Präsidenten ... Er hält die Besteuerung in erträglichen Grenzen, erlaubt den Transfer von Gewinn ins Ausland ... mit dieser fortschrittlichen Einstellung hat Tubmann ausländische Geldgeber in hellen Scharen angelockt ..."

Das Bild von der Welt, ihren Bewohnern und Bewegungsgesetzen ist simpel in der Knastlektüre: Kapitalisten sind gut, männlich, uneigennützig, Sozialisten irr. Zur Komplettierung des Weltbildes gehören nur noch die *Juden*: „Harvard ist sehr abhängig von jüdischen Stiftungen. Eindeutige Auskunft ..." (Frank: Die Jagd ..., 1937). Von *Israel* dagegen wird, dem Wandel der Zeiten eingedenk, ein gutes Bild entworfen. Dieses wird nur von einigen kleineren Schmutzflecken verunziert: „Israel ist bisher eine Demokratie gewesen, entwickelt sich aber mehr und mehr zu einem Militärstaat. Man sprengt Häuser von Leuten, die einer Zusammenarbeit mit arabischen Guerillas verdächtig sind, man kerkert Menschen ohne Gerichtsverfahren ein." (DB, Febr. 1970)

Nein, das tut man nicht. Obwohl man manchmal doch davon träumt, das gleiche mit *Langhaarigen*, Gammlern und Beatniks anzustellen: „Schmutzfinken in Sandalen ... arme Irre ... Maulhelden, Faulenzer ... entblößen in schamloser Weise ihr Innenleben ... was noch viel gewagter ist, man lädt sorgfältig ausgesuchte Neger ein, sich ungeniert unter die in ihren obligaten Nietenhosen herumlaufenden Weißen zu mischen ..." (DB, Juli 1960)

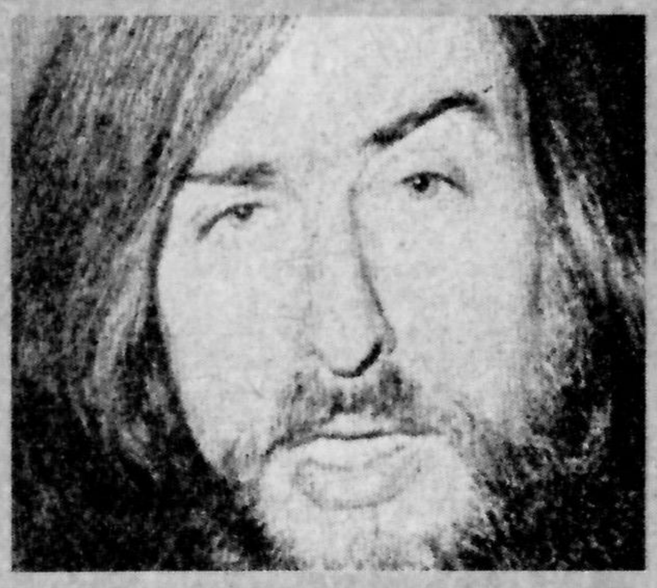
Das hat es früher nicht gegeben, da herrschte *Ruhe und Ordnung*, Sitte und Anstand: „Lautlos und wesenlos war alles um mich, als ich wenige Sekunden später im angrenzenden Zimmer vor Adolf Hitler stand. Er reichte mir die Hand, sieht mich voll an ... und er sagt ‚Danke'. Dies war unvergeßlich, der schönste Lohn aller Mühsal, Arbeit und kritischen Augenblicke auf unserer Seetörn. Da ist man bewegt, innerlich durcheinander, da bringt man nichts heraus, man hat nur das Gefühl: das ist einmalig und gewaltig und ungeheuerlich – ja, er ist so unbeschreiblich." (Wolfgang Frank, „Die Jagd über den großen Teich", 1937, Katalog-Nr. Hc 16 FRA 1 a der Anstaltsbücherei – eine Stiftung der „Betriebsgemeinschaft Rheinische Bahn AG Düsseldorf").

Solchermaßen „resozialisiert", unterwiesen und geBILDET, darf der Häftling dann nach Ablauf seiner Strafe seinen Persilkarton unter den Arm nehmen und wieder hinaus – in den kapitalistischen Dschungel.

(Als Lektüre für die Straßenbahn kann er dann noch die die Infamien des Bauer- oder Springerkonzerns bei weitem übertreffenden katholischen Presseerzeugnisse „Neue Bildpost" und „Weltbild" mitnehmen – die einzigen Zeitungen und Zeitschriften, die jedem Gefangenen kostenlos im Knast zur Verfügung stehen.)

Unter Bismarck und Hitler saßen Sozialdemokraten in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen. Wenn wir rauskommen, so schworen sie damals, wenn wir rauskommen, wird alles anders! Wie lange ist das her? Zu lange. ●

Peter Paul Zahl



ist seit Dezember 1972 in Haft. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung war er zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Als „Gegner dieses Staates" und aus der „Notwendigkeit der speziellen Abschreckung" erhielt er jetzt in zweiter Instanz die höchstmögliche Zeitstrafe von 15 Jahren: ein in der Strafjustiz der BRD bisher einmaliges, offenes Gesinnungsurteil. (KONKRET berichtete darüber in der Mai-Nummer.)

Bücher von P. P. Zahl:

„Schutzimpfung", Gedichte. Rotbuch Verlag, 1975.

„Das System macht keine Fehler. Das System ist der Fehler", Reden vor Gericht. Editora Queimeda, Westberlin, 1975.

„Von einem der auszog, Geld zu verdienen", Roman (1970). Verlag freie Gesellschaft, Frankfurt/M.

„Waffe der Kritik", Aufsätze. Verlag freie Gesellschaft, 1976.

„Wie im Frieden", Erzählungen. Et cetera, Leverkusen, 1976.

Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz

nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura

Roman in dreizehn Büchern und sieben Intermezzos von

Irmtraud Morgner

Luchterhand

698 Seiten. Leinen. DM 32,–

Leser seien gewarnt. Dieser Roman, der so lächelnd schon im Titel verspricht, uns in eine ferne Provence des 12. Jahrhunderts zu entführen, spielt heute. Dieses Spiel, märchenhaft in seinem Reichtum an Phantasie, an Zärtlichkeit, meint uns. Noch während wir daran teilnehmen, sind wir unversehens verführt zu Einsichten in das Wesen unserer Erotik, unserer Sitten, in die Geschichte von der Befreiung der Frau. So mag sich erklären, warum diesem Roman aus der DDR von der literarischen Kritik auch hierzulande bereits superlativer Ruhm verliehen wird.

Luchterhand

Bilder so schön wie alte Gemälde. Am schönsten Edith Clever

Die Marquise von O.

von Eric Rohmer
mit Edith Clever und Bruno Ganz

Die Verfilmung einer Novelle Heinrich von Kleists, 1808, drei Jahre vor dessen Selbstmord geschrieben. Kleists Geschichte: Ein russischer Graf rettet die Marquis von O. vor der Vergewaltigung durch plündernde Soldaten, bringt die Ohnmächtige in Sicherheit, ist verschwunden, bevor sie sich bedanken kann. Als sich herausstellt, daß die Marquise schwanger ist, kommt es zum Bruch mit der Familie. Der Tradition gehorchend und sie verhöhnend, sucht sie durch eine Zeitungsanzeige den unbekannten Vater ihres Kindes, um ihn zu heiraten. Um, wie sie dieser Gesellschaft erklärt, dem Kind jeden „Schandfleck in der bürgerlichen Gesellschaft zu ersparen". Der Graf meldet sich, sie stößt ihn verstört zurück, „auf einen Lasterhaften war ich gefaßt, aber auf keinen – Teufel!", heiratet, nachdem er auf eheliche Rechte verzichtet, gibt seinem schuldbewußten Werben nach einem Jahr nach und erklärt, für einen Teufel hätte sie ihn nie gehalten, wäre er ihr nicht bei der ersten Begegnung als Engel erschienen.

Kleists leidenschaftliche Geschichte von Liebe, die Haß ist und Vergewaltigung und Verlangen. Durch schmerzhaften Zwang entsteht der Wille zu Selbständigkeit und Freiheit. Zum Schluß sind die bürgerlichen Formen gewahrt. Ein Gehäuse, dessen Boden brüchig, dessen Wände defekt sind, ruiniert durch das Wissen um Dinge außerhalb.

Rohmers respektvoll schöner Film sucht eine Form, die Kleists überdeutlicher Schilderung unklarer Empfindungen entspricht. Alles gut, alles richtig, die Tendenz aufklärerisch. Aber es fehlt die Angst unterm Boden von Kleists so gut geordneter Geschichte.

In der Vorstellung, die ich sah, weinten die Leute vor Lachen. Sie waren ein bißchen ungeduldig, durchaus aufmerksam, teils interessiert, manchmal amüsiert, aber nirgends betroffen. Alle Bilder sind schön wie alte Gemälde, am schönsten Edith Clever. Will man die Dimensionen der Kleist-Geschichte illustrieren, reicht ein Bild, in dem sie im faltenreichen Seidenkleid auf einem Diwan schläft, unschuldig, lüstern, vergewaltigt.

Ihre Gegenfigur im Film – ganz im Gegensatz zur Geschichte – Otto Sander als Bruder. Mit böser Skurilität, immer mit einem Scherzwort Brücken zur bürgerlichen Umgebung schlagend, schon von der Eingangsszene an, wo er mit anderen interessiert überraschten Bürgern die ungeheuerliche Zeitungsanzeige seiner Schwester erfährt. Bruno Ganz aber, Graf und abbittender Liebhaber, tritt als weißgleißender Dracula auf. Udo Lindenberg, der Bruno Ganz in der Rolle des Prinzen von Homburg spielt, nirgends falsch und nirgends stimmend. Eine Form von Schauspielerei, die sich verselbständigt hat. Peter Lühr und Edda Seippel werden gezeigt, wie sie mit gezierten Schauspielermitteln die Unhaltbarkeit bornierter Eltern-Argumente unterstreichen. Eltern, die je nach Opportunität vor Empörung oder Rührung zittern.

Das ist der Film der Clever, der schönen Räume und Landschaften, in denen sie sich bewegt. Aber es ist ein retrospektiver Film. Er ist nicht Durchbruch ästhetischer Theatermittel in ein neues, weiterreichendes Medium, sondern eine Zusammenfassung von Theatermitteln, die schon wieder fragwürdig geworden sind. Die Provokation dieser Ästhetik, von Rohmer noch einmal illustrativ zusammengefaßt, ist vorbei. Das alles ist beunruhigend harmlos geworden. Zwar ist es schön, lachend aus dem Kino zu kommen und zu wissen, Rohmer wird sich nicht umbringen wie Kleist. Aber ein Film, der immer wieder betont, daß er den Anfang einer Entwicklung zeigt, müßte nicht dauernd mit so glatten End-Formen gemacht sein.

Burkhard Mauer

Der dritte Grad

von Peter Fleischmann
mit Michel Piccoli, Ugo Tognazzi und Mario Adorf

Es ist in den letzten Jahren verdammt selten vorgekommen, daß ich einen neuen Film gesehen und dann zu Freunden gesagt habe: Da mußt du reingehen. Hier ist einer: „Der Dritte Grad" von Peter Fleischmann. Diejenigen, die einen Krimi sehen wollen, kriegen hier einen spannenden, hintergründigen Psycho-Krimi zu sehen. Auch werden die Western-Fans mit der Geschichte zweier einsamer Helden (noch dazu mit Musik von Ennio Morricone) zufrieden sein. Und diejenigen, die vom Kino politische Aufklärung verlangen, erhalten eine beklemmend realistische Darstellung der Methoden faschistischer Polizeiherrschaft. Trotzdem hat Fleischmann keinen linken Simmel gedreht, sondern eine differenzierte Studie über die Psychologie der Macht, der Staatsmacht, die ein Volk unterdrückt. Das Drehbuch, das er zusammen mit Martin Walser und Jean-Claude Carriere geschrieben hat, folgt einer Romanvorlage des griechischen Schriftstellers Antonis Samarakis („Der Fehler") von 1966. Drei Jahre nach Erscheinen des Buches mußte Samarakis unter den Obristen die Schrecken, vor denen er im Roman gewarnt hatte, selbst erleben.

Die Handlung: Im Sport-Café einer kleinen Stadt auf einer griechischen Insel wird Georgis (Ugo Tognazzi) von der Geheimpolizei festgenommen. Die Indizien, die zu seiner Verhaftung geführt haben, sind von absurder Nichtigkeit. Doch weil er zum Beweis seiner Unschuld keine Denunziationen oder andere Aktivitäten zur Stärkung des faschistischen Staates anführen kann, bleibt er als Regime-Gegner in den Händen der Polizei. Die versucht, ihn mit der psychologischen, der Folter dritten Grades, zu provozieren. Was mißlingt,

Ein Bulle wird gejagt (Piccoli)

denn Georgis ist – überraschender Wendepunkt der Handlung – tatsächlich Widerstandskämpfer und als solcher zu geschult, um den Polizisten in die Falle zu gehen. Während der Überführung von der Provinzstadt in die „Zentrale" gelingt es ihm, seine beiden Bewacher (Michel Piccoli und Mario Adorf) gegeneinander auszuspielen. Der Gejagte macht sich zum Jäger, holt den Inspektor, der sich seine Denkfähigkeit erhalten hat (Piccoli), auf seine Seite, bis schließlich doch beide vor dem Terror, für den der tumbe Bulle (Adorf) steht, kapitulieren müssen. Die Apotheose, ein bißchen zu dick: Triumph der Polizei über die Kultur, der Geheimdienstchef feiert seine Organisation auf dem Dach eines Museums der Antike.

Also kein optimistischer Schluß. Auch der Widerstand, mäkeln linke Dogmatiker, komme kaum vor, und sein Held im Film unterliege. Schon richtig, aber in der politischen Realität des heutigen Griechenland hat ja der Widerstand auch noch nicht gesiegt. Ein- und Absetzung der griechischen Junta war von amerikanischen Interessen bestimmt, stand unter Aufsicht der allgegenwärtigen CIA. Und hätte Fleischmann vor wenigen Wochen die Verfolgung und Ermordung des Alexandro Panagoulis durch die CIA in Athen gefilmt, könnte bald „Der Dritte Grad – Teil 2" anlaufen.

Hartmut Schulze

Hermann P. Piwitt über Talk-Shows:

Hand auf's Herz, haben Sie auch die Nase voll?

Foto: Conti-Press

Spielwiesen sexueller „Tabuverletzung': Pilgrim-Talk-Show in Hamburg

Kriegen Sie auch langsam das große Kotzen? Diese schweren, bescheiden-weltläufigen „Persönlichkeiten", wenn sie sich selbst spielen – diese Pokergesichter der tough guys, wenn sie jene zum Reden bringen müssen, immer gezeichnet von der Angst, ob sie auch natürlich genug wirken – diese Freaks und aufgetakelt-abgetakelten Fregatten, die nie fehlen dürfen, damit das Publikum was zu lachen und zum Kopfschütteln hat: Hand aufs Herz, wie lange halten Sie's noch aus? Diese seuchenartig um sich greifenden Dressurveranstaltungen, die wir immer dann gut finden, wenn jeder die „Spielregeln" einhält und einer dem andern „was schenkt" – haben Sie nicht endlich auch die Nase voll davon? Der Voyeur in Ihnen, kotzt er nicht endlich vor sich selbst, wenn er sich königlich amüsiert darüber, wenn Toni Sailer Münchenhagen eine Abfuhr erteilt und sich Ertl bei Rosenbauer ein Pfund abholt? Ich warne hiermit jeden: der nächste, der mich fragt, wie ich denn Pilgrim gefunden hätte und ob denn Menge nicht besser gewesen sei als letztes Mal, bekommt von mir eine aufs Maul. Schließlich frage ich auch nicht, in welcher Rolle man Mr. Maggoo am liebsten gesehen habe, ob als Cyrano oder als d'Artagnan. Mal besser und mal schlechter: das ist der Elch Bullwinkel auch.

Talk-Show und Tendenzwende – nicht zufällig kam beides zur gleichen Zeit in Mode, sieht man einmal von Schönherrs redlich-tragischem Frühstart ab. Seitdem Öffentlichkeit in Betrieben und auf der Straße, in Schulen und Universitäten nicht mehr hergestellt werden darf, seitdem der Versuch, sie herzustellen, auf verschiedenste Weise verfolgt wird, wird Öffentlichkeit in Talk-Shows inszeniert. Meinungen, durch ein Temperament gefiltert und in lockerer Runde von Leuten ausgeplaudert, die, von Kompromißnarben gezeichnet, in der Mehrheit bereits auf großer Höhe mit ihrem Leben abgeschlossen haben – da muß man nicht fürchten, daß Information in Aktion umschlägt. Zumal wenn „Ausgewogenheit" gewahrt bleiben muß. Und Ausgewogenheit, das heißt zum Beispiel: ein Filmregisseur, der in der Nazizeit mit Ausstattungsrevuen Geld gemacht hat und sich blauäugig wundert, deswegen nicht verfolgt worden zu sein; ein Schlitzohr von Unternehmer, der sich mit – der Steuer vorenthaltenem – Geld ein kulturelles Stifter-Image anschminkt; und eine Kabarettistin, die so dumm ist, wie sie tut. Informationen werden an Säulenheilige gebunden und können mit diesen ausgelöscht bzw. weginszeniert werden. Nicht auf Ziele, sondern auf Idole wird unsere Kraft, Tatsachen zu schaffen, gelenkt.

Talk-Shows sind in die Öffentlichkeits-Lücke gestoßen, die entstanden ist, seitdem der Ruf nach „mehr Demokratie" leise geworden ist im Land. Seitdem Kommunisten sich nicht mehr öffentlich bekennen dürfen, darf wenigstens ein Prominenter bekennen, daß sein Herz irgendwann einmal, in seiner Jugend, links geschlagen habe. Insofern sind Talk-Shows besser als gar nichts. Wie schlimm sie sind, läßt sich noch an den für „progressiv" geltenden Programmen ablesen, mit denen seit einiger Zeit Kathrin Brigl und der Sexualclown Volker Pilgrim in Hamburg auftreten. Hier bei Pilgrim kann alles gesagt werden, soweit es die Grenzen des Sexuellen nicht überschreitet. Daß der Regisseur X (Zitat) „auch in den Arsch fickt", daß die Schauspielerin Y es auch mal lesbisch versucht hat und der Schriftsteller Z fleißig onaniert – Pilgrim verschafft uns Hofgang ins Reich der (sexuellen) Freiheit; die Spielwiese sexueller „Tabuverletzung", die man uns gelassen hat, wird zum Olympia-Stadion, und ganze Versailler Zimmerfluchten lang stehen Türen zum Einrennen offen.

Entlarvend nur, wie streng bei soviel Freimut ein anderes Tabu gewahrt bleibt, weil es offenbar als eine sehr viel intimere, privatere und persönlichere Sache angesehen wird als die Zweckentfremdung gewisser Körperöffnungen, ich meine die Seele vom Geschäft: das Geld. Ein Freund sagte mir einmal: es gibt in der Hamburger Gesellschaft keine noch so leidenschaftliche Geschlechtsbeziehung, die nicht letzten Endes mit Geld zu.tun hat. Tatsächlich hat der redliche Schönherr meiner Erinnerung nach als erster und letzter Talk-Master nach Geld zu fragen gewagt; er hatte zum Mißerfolg den Hohn dazu. Wieso eigentlich? Wenn dann schon so viel vom Ficken die Rede ist, warum dann nicht auch von der Gleitcreme? Ich möchte schon gern mal wissen, wieviel der leutselige Herr Unternehmer X monatlich von den Arbeitsergebnissen seiner „Mitarbeiter" in den Puff trägt? Und was der Staatsschauspieler Y hinblättert von unseren Steuergeldern, um sich eben dort versohlen zu lassen. Wo bitte, läßt der Herr Intendant Z sein Geld arbeiten? Und was sind das für Leute, die so wenig mit ihrem Leben anzufangen wissen, daß sie mehr als 1500 Mark monatlich dafür ausgeben müssen?

Nein, sie zählen ihr letztes Arschhaar daher – aber vom Geld zu reden, das gehört sich nicht. Daß das Finanzamt nicht dahinterkommt? Nun, warum lädt man denn überhaupt Leute ein, die zum Thema eins nichts sagen wollen? Arbeiter und Angestellte haben keine Gelegenheit, das Finanzamt zu fürchten. Und wissen gewiß genauso viel, wenn nicht mehr zu sagen.

Talk-Schows? Die eine Eva Rühmkorf, die eine Alice Schwarzer, sie wiegen die Zeit und die Nerven nicht auf, die wir dabei opfern. Dann doch lieber gleich „Trickfilmzeit mit Adelheid". ●

Politik

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht. Und wie man sich dabei verändert. Herausgegeben von Nina Gladitz.
Politik 65. 176 Seiten. DM 8,50 (Abo 7,50)

André Glucksmann Köchin und Menschenfresser

Über die Beziehungen zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager. Aus d. Französischen von Maren Sell und Jürgen Hoch
Politik 67. 176 S. DM 11,50 (Abo. 10,50)

Dirk Gerhard Antifaschisten

Lehren und Beispiele aus dem prolet. Widerstand 1933–45. Tonbandprotokolle, Flugblätter, Aktionen, Lebensläufe.
Politik 64. 176 Seiten. DM 9,50 (Abo. 8,50)

Croissant, Groenewold, Preuß, Schily, Stroebele Politische Prozesse ohne Verteidigung?

Von deutscher Justiz, deutschem Bewußtsein, so wie es sich in dem politischen Prozeß der letzten Jahre zeigt, dem Prozeß in Stammheim.
Politik 62. 112 Seiten. DM 6,50 (Abo 5,50)

Wagenbach

102: Erweiterte Neuausgabe mit einer Prozeß-Chronologie, mit Urteils-Auszügen und einem dokumentierenden und kommentierenden Nachwort des Autors.
160 Seiten. DM 10

153: Analyse und aktueller Bericht in drei Teilen: die Wirtschaft/die neue Arbeiterbewegung: Comisiones Obreras/die Kommunistische Partei Spaniens.
160 Seiten. DM 8 (Abo: 7)

147: Das Beispiel Cypern zeigt, wie imperialistische Mächte für strategische Vorteile die Lebensinteressen eines Volkes opfern.
144 Seiten. DM 7 (Abo: 6)

149: Ein Rotbuch über den neuen Rechtsradikalismus der Christdemokraten. Polizeistaat macht frei, Sozialstaat versklavt.
144 Seiten. DM 8 (Abo: 7)

Rotbücher

Günter Wallraff:

Der Schreiber als Partisan

Die Literatur nach dem Tod der Literatur weiß schon wieder einmal nicht mehr weiter. Als Ausweg aus ihrer neuen Sackgasse entwirft Günter Wallraff hier das Konzept einer Literatur, die gleichzeitig in politische, geschichtliche Vorgänge eingreift und das Bewußtsein von diesen Vorgängen organisiert. Der Autor als Störer der öffentlichen Unordnung – er ist nicht nur in Literatenkreisen zu finden

Wir müssen davon ausgehen, uns damit abfinden – und vielleicht ist das auch gut so –, daß der Dichter in dieser Gesellschaft ausgespielt hat. Der Schriftsteller als Prophet, als Leitfigur, als jemand, der Gewicht hat und mit seiner Aussage propagandistisch durchdringt – das ist längst vorbei. Es ist ja nur noch einigen wenigen Leitfiguren, Böll etwa, überhaupt gestattet, sich exponiert zu äußern, aber auch sie riskieren schon psychisch-existentielle Vernichtung, wie Böll, als er die Berichterstattung der Springer-Presse in Sachen Baader-Meinhof analysierte.

Denjenigen aber, die nicht den Ruhm Bölls besitzen, wird schon von vornherein das Recht sich zu exponieren, abgesprochen. Man verbietet ihnen den Mund, versucht sie zu diffamieren als Utopisten und linke Spinner. Wir müssen also neue Wege finden, unsere Appelle und Reklamationen nach draußen zu bekommen.

Ich bleibe dabei: das Verbrechen hat Name, Anschrift, Gestalt. Je konkreter ich etwas benenne, umso nachhaltiger wird die Wirkung in der augenblicklichen Auseinandersetzung. Ich denke da etwa an den Kollegen Jürgen Roth, der ein Buch über die Manipulationen in der Frankfurter Baulandschaft vorgelegt und damit eine langanhaltende Reaktion hervorgerufen hat. Autoren können von ihrer eigenen Zufälligkeit wegsteuern, indem sie sich selbst ins Spiel bringen, sich der Wirklichkeit aussetzen und sich mit ihrer Person für etwas verbürgen, an dem man dann nicht mehr vorbeikommt. Sie müssen sich zunehmend tarnen, müssen einsickern in die zentralen Bereiche der Gesellschaft. Es ist eine Form der Unterwanderung, Schriftsteller als Partisanen, um ein System von innen zu beleuchten.

Sie laufen aber – über eigene Verteiler in den Betrieben – zwar oft in Auflagen von 20 – 60 000, dennoch nahezu unter Ausschluß der herrschenden Öffentlichkeit. Unverdrossen und zäh wollen sie eine Gegenöffentlichkeit herstellen.

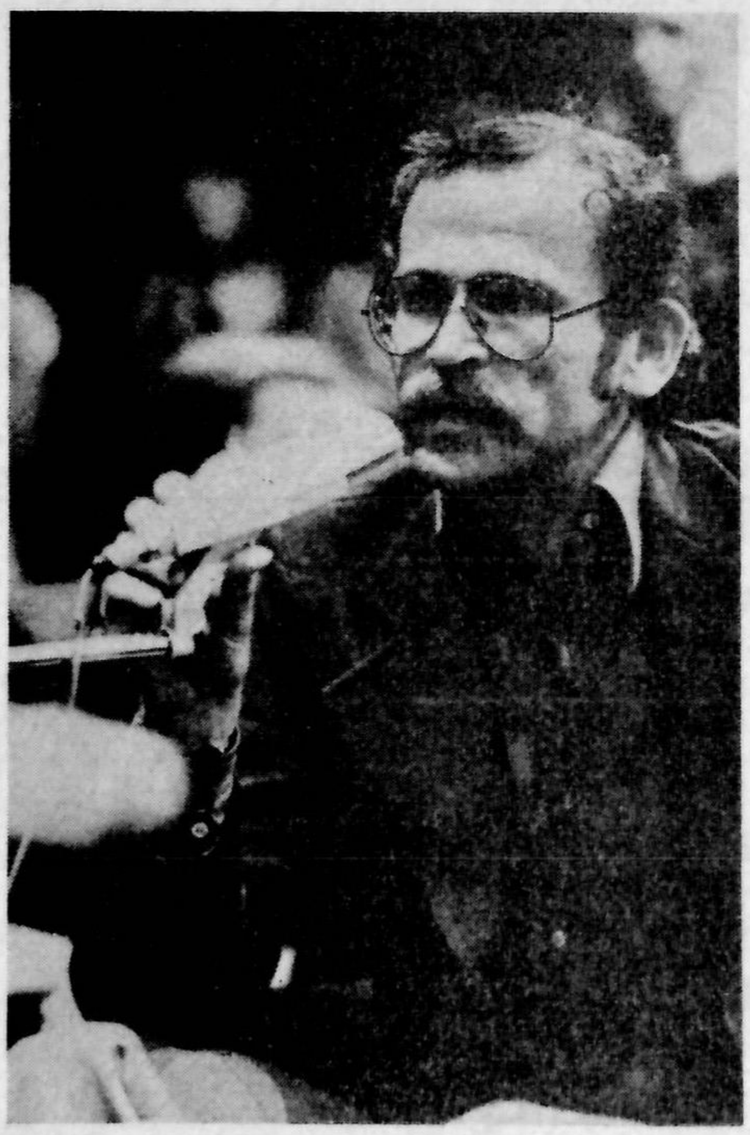
Martin Walser bezeichnete diese Texte einmal als die „wirkliche Avantgarde in der Literatur", Vorboten einer neuen realitätsbezogenen und massenwirksamen Literatur, geschrieben nicht für Voyeure und an Kulturkeksen überfressene sattsam Satte. Sondern für die, die selber drinstecken, die sich und ihre Probleme, dargestellt in ihrer Sprache, wiedererkennen und somit die Voraussetzung finden, sich ihrer selbst bewußt zu werden.

Sicher, die einzelnen Texte sind von unterschiedlicher Qualität; aber das sind die Texte der zugelassenen, geförderten Berufsautoren auch.

Einige Texte sind noch von festgeschriebenen Klischees umstellt oder die Vordergründigkeit eines konstruierten positiven Helden steht der eigenen materiellen und existentiellen Misere des Autors allzu offensichtlich im Wege, so daß er sich von sich selbst zu weit entfernt, um noch glaubhaft zu bleiben.

Aber die Werkkreis-Literatur hat inzwischen Anfangsschwierigkeiten überwunden, Entwicklungen zeichnen sich ab, Talente stellen sich heraus. Nur – Begabungen, die nicht angesprochen, ermutigt, mit solidarischer Kritik aufgefordert werden, weiterzuschreiben, verkümmern, bevor sie sich überhaupt entfalten und freischreiben konnten. Holland hatte über Jahrhunderte die bedeutendsten Maler, weil fast in jeder Familie gemalt wurde, das Malen als Aneignung von Realität ganz selbstverständlich war. Hier liegt eine wichtige Aufgabe für fortschrittliche Kulturorganisationen, vor allem für den Schriftstellerverband: Nicht ohnehin totale Entfremdete in eine noch entfremdetere „Villa-Massimo"-Enklave zu entsenden, wo ihnen im halbjährigen freiwilligen Exil womöglich die letzten Realitätsbezüge abhanden kommen, sondern einmal diese nichtprofessionellen Autoren für eine angemessene Zeit wirtschaftlich in die Lage zu versetzen, aus ihrer zermalmenden Arbeitssituation herauszukommen, um die Zeit zum Reflektieren und Aufschreiben zu haben.

Es geht mir um Arbeitsformen, mit denen man Geschichte nicht im Resultat vorführt, da wirkt sie ja meist nur honorig und sehr respekteinflößend, sondern um Formen, die es einem erlauben, diese Prozesse mal im Ablauf zu verfolgen, die Menschen zum Reagieren und Sprechen zu bringen, die allen Grund haben, ihre wirklichen Absichten nie in der Öffentlichkeit sichtbar werden zu lassen. Ich weiß nicht, ob das nun Journalismus oder Literatur ist, vielleicht



sollte man einen anderen Namen dafür finden, weil diese Arbeit auch in den Bereich der darstellenden Kunst übergreift: ein Schauspiel, das öffentlich gemacht wird, hinter dem eine Inszenierung steckt, deren Régisseur gleichzeitig der Autor ist.

Ich weiß auch nicht, ob diese Arbeit dem Autor langfristig noch als auf sich allein gestelltes und angewiesenes Individuum möglich ist. Sicher ist seine subjektive Erfahrung das Ausschlaggebende. Wenn er allerdings nur kurze Exkursionen unternimmt, seine andere Existenz jedoch alles andere noch überragt, dann nimmt er sich von vornherein einen großen Teil seiner Erfahrungs- und Überzeugungsmöglichkeiten. Also doch eher Literatur – denn die unterscheidet sich vom Journalismus ja dadurch, daß der ganze Mensch erfaßt wird, er nicht mehr herauskann. Es ist die Frage, wie groß die Bereitschaft ist, sich hier experimentell auszusetzen! Ich rede da jetzt natürlich auch von mir selbst. Was mich beschäftigt, ist das Problem der Langfristigkeit der Arbeit. Schweigen etwa kann wichtig sein. Zum Beispiel glaube ich, daß für Heinar Kipphardt das lange Schweigen eine Voraussetzung für sein neues Buch war, und, daß er die Not, die Verzweiflung des Patienten „März" als seine eigene Verzweiflung zum Ausdruck gebracht hat. Er ist nicht aus der Abstandssituation des Arztes, der er ja auch ist, an sein Thema herangegangen. Er hat sich vielmehr selbst mit diesem Patienten identifiziert, er ist es vielleicht selbst, er hat die letzten Nicht-Angepaßten in diesem Bereich erlebt. Da sehe ich Ausgangspunkte, so etwas macht uns Mut zu unserer eigenen Arbeit. Wir brauchen auch heute diesen Mut.

Die Glaubwürdigkeit und Aussagekraft steht und fällt damit, inwieweit man selbst betroffen ist, wie man selbst auch mit drinsteckt. Die Antworten der Angehörigen der herrschenden Klasse auf alle gesellschaftlichen Fragen sind bekannt, weil diese Möglichkeiten und Mittel haben, ihre Meinungen zu sagen und verbreiten zu lassen. Nicht verbreitet, aber doch bekannt und nachzulesen – wenn auch meist abstrakt und theoretisch verklausuliert – sind die Meinungen der Gegner und Kritiker der herrschenden Klasse. Weitgehend unbekannt sind die Meinungen von Angehörigen der unterdrückten Klassen, weil sie weder Möglichkeiten noch Mittel – und beides ist als einander bedingend anzusehen – haben, ihre Meinungen zu sagen und zu verbreiten.

Nun, es gibt seit Jahren die Werkstätten für Literatur der Arbeitswelt, in denen nichtprofessionelle Autoren ihre Situation als Arbeiter und Angestellte reflektieren. Im Fischer-Taschenbuch-Verlag erscheinen regelmäßig die Resultate, eigenverantwortlich herausgegeben: Beschwerdebücher, Betriebsreportagen, Entwicklungsromane. Fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Klar, im bürgerlichen Feuilleton hier und da auch einmal eine wohlwollende Beachtung, ein gnädiges Zurkenntnisnehmen, schulterklopfend, karitativ, von oben herab, unter dem Motto: „Wir sind ja gar nicht so, selbst so was Abwegiges lassen wir in unserer pluralistischen ausgewogenen Literaturlandschaft noch zu." Ist in bürgerlichen Feuilletons von „Arbeiter-Literatur" die Rede, klingt es immer verharmlosend und herabsetzend.

Bei einem bekannten Kollegen, der seine Grunderfahrungen als Arbeiter gemacht hat, hat dieses damit verbundene literarisch ins Abseits-gestellt-werden zu einem regelrechten Komplex geführt. Er läßt Briefe, die an den „Arbeiterschriftsteller . . ." adressiert sind, mit „Annahme verweigert" zurückgehen. Ich würde unterscheiden, wer diesen Titel verleiht. Kollegen aus Betrieben, die ein Buch von mir gelesen haben (für manche ihr erstes Buch überhaupt) und mir mit Fragen oder Kritik schreiben, wählen mich so zu ihrem Sprecher, spenden mir höchstes Lob, wenn sie adressieren: „Arbeiterschriftsteller . . .". Bücher wie die von Helmut Creutz „Gehen oder kaputtgehen" Heiner Dorroch „Wer die Gewalt sät" oder Josef Ippers „Am Kanthaken", könnten die eigentlichen Bestseller sein, hätten sie die Beachtung, die ihnen zukommt.

Noch ist es nicht zu spät. Gut, den traditionellen Faschismus werden wir wohl nicht erleiden müssen. Aber was da auf uns zukommt, ist viel unheimlicher: eine Gesellschaft, die so funktioniert, so gleichgeschaltet ist, daß alles Querliegende, alles, was die öffentliche Ordnung stört, erledigt wird, und sei es durch die Degradierung der Autoren zu Arrangeuren, zu Zeremonienmeistern.

Es ist noch nicht einmal mehr die alte Hofnarrenrolle, die uns zugestanden werden soll: Ein Hofnarr hatte noch das Privileg, den Herrschenden seine eigene, unangepaßte Meinung sagen zu dürfen. Die neue Rolle des Schriftstellers wäre dagegen die des Predigers, der sich etwa in einer Partei tagesopportun vorführt und vorführen läßt, zu Wahlterminen, wenn es den Parteien also gerade wieder ins Konzept paßt. Aber sobald er die Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellt, wird er kaputtgemacht, als Verfassungsfeind disqualifiziert.

Aber diese Literatur kann uns nicht interessieren.

Bleiben wir bescheiden: Zu leisten sind genaue Protokolle unserer von den Herrschenden unterbrochenen Beziehungen. Leisten wir sie durch persönliche, erlebte, existentielle Arbeit. Und wenn wir sie mit unserer ganzen Person durchdringen, wirkt sie auch am überzeugendsten.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Weg vom Fenster
Berichte und Erzählungen über Entlassungen und Arbeitslosigkeit in der BRD.
Herausgegeben von Christian Kneifel und Klaus Tscheliesnig unter Mitarbeit des Werkkreis-Lektorats.
Band 1682, DM 4,80

Margot Schroeder
Ich stehe meine Frau
Roman
Herausgegeben unter Mitarbeit der Hamburger Werkstatt
Schreibender Arbeiter und Peter Fischbach und Bernhard Wenger.
Band 1617, DM 4,80

Die Kinder des roten Großvaters erzählen
Berichte zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.
Herausgegeben von Erasmus Schöfer mit der Düsseldorfer Werkstatt des Werkkreises und des Werkkreis-Lektorats.
Band 1681, DM 5,80

Zwischen den Stühlen
Über die Schwierigkeit, nicht ganz unten aber auch nicht oben zu sein.
Band 1642, DM 5,80 (im Juni)

Mit 15 hat man noch Träume
Arbeiterjugend in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Harry Böseke (Werstatt Köln) Rainer Hirsch (Werkstatt Hamburg) Clemens Wlokas (Werstatt Bonn)
Band 1535, DM 4,80

Stories für uns
Herausgegeben von einem Werkkreis-Kollektiv mit Jürgen Alberts, Peter Fischbach, Peter Sauernheimer
Band 1393, DM 3,80

FISCHER TASCHENBÜCHER

KONKRET-Interview mit Rolf Hochhut:

Foto: Stern/Bollinger

Rolf Hochhuth, politischer Stückeschreiber („Der Stellvertreter), hat soeben im Rowohlt-Verlag das Monodrama „Tod eines Jägers" veröffentlicht. Inhalt: die letzten Stunden des Selbstmörders Ernest Hemmingway. Ein Rückzug ins Private? Hans Fröhlich sprach in Basel mit dem Autor

Herr Hochhuth, was hat Sie an Hemingway interessiert?

Hochhuth: Es war gar nicht der Hemingway, der mich in erster Linie interessierte. Ich habe mir lange überlegt, ob ich statt Hemingway Virginia Woolf nehmen soll, die 1941 ins Wasser gegangen ist. Mich hat die Endsituation eines Menschen interessiert, der sich von den normal Verbrauchten dadurch unterscheidet, daß er auf Grund seiner Stellung in der Weltliteratur und in der Politik seiner Zeit seine persönliche Inventur erweitern kann zu einem Resümee seines Zeitalters. Für Hemingway hab ich mich entschlossen, weil er aktiv in beiden Weltkriegen und in Spanien mitgekämpft hat und überhaupt mehr ein politischer Mensch war als Virginia Woolf.

Bisher waren Sie ein offensiver politischer Stückeschreiber. In Ihrem neuesten Stück konstatieren Sie eine Ohnmacht der Literatur gegenüber der Gesellschaft.

Hochhuth: Ich war immer ziemlich nüchtern in dieser Frage und habe die Überschätzung der Literatur in der politischen, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nie wirklich mitgemacht.

Beurteilen Sie die gesellschaftliche Effektivität des Schriftstellers nur nüchtern oder haben Sie bereits resigniert?

Hochhuth: Auf das Stück »Tod eines Jägers« trifft die Resignation zu. Sie trifft auf mich selber überhaupt nicht zu. Ich habe die Absicht, „Die Juristen" zu schreiben und den „Arbeitgeber" und andere Stücke, die sich nur als sozialpolitischer Wirkstoff rechtfertigen lassen. Und die entstehen bei mir nach wie vor aus der Wut über gesellschaftliche Mißstände.

Mit dem politischen Theater ist im Augenblick nicht viel los.

Hochhuth: Ich meine, daß ein Stück, das politische Probleme unserer Zeit auf die Bühne stellt, vom Radikalenerlaß bis zur Arbeitslosigkeit, sein Publikum finden würde.

Warum haben Sie dann nicht über den Radikalenerlaß oder die Arbeitslosigkeit ein Stück gemacht?

Hochhuth: Mich hat der Selbstmörder Hemingway im Augenblick mehr fasziniert. Nicht weil ich die Absicht habe, aus dem Fenster zu springen – vielleicht geschieht das eines Tages, wer weiß, wer kann für sich schon garantieren – ich habe es also im Augenblick nicht vor. Mich hat es einfach sehr gereizt, nachdem ich leider viel zu figurenreiche Stücke geschrieben habe, mal eine Figur so vertieft anzulegen, wie man es sich als Autor nur leisten kann, wenn man die Figur alleine auf die Bühne bringt.

Sie stellen Hemingway nun aber in seinem Endzustand dar, als eine desolate, sich auflösende Figur . . .

Hochhuth: Das wird immer interessant sein. In diese Situation kommt jeder Mensch, wenn er älter wird. Man kann annehmen, daß jeder spätestens vom 40. Lebensjahr an seine pessimistischen Schläge und Depressionen hat. Ich wollte nur sagen, daß das Private auch ein starkes Lebensrecht hat innerhalb der Literatur.

Sie lassen Hemingway ziemlich negative Sätze über Frauen sagen. Drückt sich darin auch ein gespanntes Verhältnis Ihrerseits zu Frauen aus?

Hochhuth: Er sagt auch ungeheuer lobende Sätze über Frauen. Zum Beispiel, es mache den Ruhm der Frauen aus, daß keine einzige männliche Tragödienfigur wirklich auf den Hund kommt, solange sie noch eine Frau zur Seite hat. Ich selber kann mir jedenfalls mein Leben ohne eine Frau, und zwar ohne die voll emanzipierte Frau, gar nicht vorstellen. Wenn man sich unterhalten will zum Beispiel über das, was man tut, und der Schriftsteller ist vielleicht mehr als jeder andere Berufstätige geneigt, seiner Frau zuzusetzen mit seinen beruflichen Problemen, ist das ja nur möglich, wenn man die Frau als geistigen Partner nicht nur akzeptiert, sondern – entschuldigen Sie das böse Wort – ständig benutzt. Ich habe, vom „Stellvertreter" angefangen, nicht zwei Seiten in meinem Leben in Druck gegeben, die nicht von einer Frau oder von mehreren Frauen aufs genaueste mit dem Rotstift durchgefetzt, durchgekürzt, ergänzt wurden.

Trotzdem, viele Sätze, die Sie Hemingway über Frauen sagen lassen, haben fast zerstörerischen Charakter.

Hochhuth: Ich glaube, daß die „Urvorkommnisse" des Menschenlebens von der persönlichen Problematik unserer Jahre und Jahrzehnte in gar keiner Weise behoben oder auch nur berührt werden. Also daß zum Beispiel aus Gründen der Eifersucht ganze Familien zerschmettert werden oder daß es den Frauen nicht genügt, einen zum geschiedenen Mann zu machen, daß sie einen zum geschiedenen Vater machen wollen, daß die Kinder in ihrer Hand Geiseln sind. Das ist so. Man kann sagen, daß ist alles sehr reaktionär, das muß sich doch alles in der heutigen bewußten Gesellschaft durch Aussprache lösen. Das stimmt aber doch gar nicht.

Demnach bliebe es bei den alten Konstellationen.

Hochhuth: Ich habe ja überhaupt die teils reaktionär, teils konservativ genannte Auffassung, daß sich der Mensch von Grund auf nicht verändert. Er verändert die Dinge und verändert sich vielleicht auch mit ihnen. Aber die Urvorkommnisse des Menschenlebens blieben.

Herr Hochhuth, die Konservativen werden immer stärker. Letzter Fall: der Wahlausgang in Baden-Württemberg. Worauf

führen Sie den Sieg von Herrn Filbinger zurück?

Hochhuth: Auf die sehr geschickte Anstauung der Emotionen bei Leuten der sogenannten unteren Schichten, bei Menschen, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen. Und hier sehe ich auch eine ganz aktive Schuld der Sozialdemokraten. Denn was immer sie anführen als Ausrede, daß zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, die Geldentwertung eine weltweite Angelegenheit sei, Tatsache ist, unter ihrer Regierung ist durch die Restriktionsmaßnahmen der erste Anstoß gegeben worden zur großen Arbeitslosigkeit. Und es ist geradezu albern, wenn jetzt die Leute in Bonn mit ihren sogenannten Investitionshilfen ratlos dabeistehen und sich nicht darüber beruhigen können, daß der von ihnen Umgebrachte nicht wieder zum Leben zu erwekken ist.

Meinen Sie, daß die Bundesregierung zu unternehmerfreundlich eingestellt ist?

Hochhuth: Denken Sie doch nur über die ungeheuerliche Tatsache nach, daß ausgerechnet unter einer SPD-Regierung in jenem Krisenjahr 1974, als nahezu 9000 deutsche Mittelstands- und Kleinbetriebe in Konkurs gegangen sind, die drei deutschen Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank, das Rekordgewinnjahr überhaupt seit Gründung der Bundesrepublik erlebten. Warum müssen ausgerechnet Banken Rekordgewinne machen in einem Jahr, wo Kleinbetriebe kaputtgehen, und das ausgerechnet unter einer SPD-Regierung. Es ist ständig davon geredet worden, wenn die Restriktionsmaßnahmen nicht ausgelöst worden wären, dann hätte die Geldentwertung ein Tempo angenommen, das die Rentner und die kleinen Sparer um ihre gesamten Einlagen gebracht hätte. Warum hat man denn nicht diesen Leuten ihre Anlagen anständig verzinst, statt zu dem Betrugszinsatz von 4,5 Prozent, der nicht einmal den jährlichen Geldschwund auffängt.

Meinen Sie, daß es für die SPD bundesweit das beste wäre, in die Opposition zu gehen?

Hochhuth: Man muß den Wählerwillen, so unlieb das einem sein kann, respektieren. Und ich habe jetzt manchmal an das fürchterliche Wort gedacht, mit dem Lloyd George 1940 die Ernennung Churchills zum Premierminister erzwungen hat, als er dem damals amtierenden Premierminister Chamberlain zurief: Tretet ab, Herr, für das, was Ihr Gutes getan habt, seid Ihr lange genug da oben gewesen.

Wie ist Ihre Meinung über den Kanzlerkandidaten Kohl?

Hochhuth: Ich habe keine Meinung über ihn.

Wenn der Paragraph 88a, nach dem schon die Propagierung von Gewalt strafbar ist, in Kraft tritt . . .

Hochhuth: Dann müßte ich sitzen. Denn ich habe in einem Stück die Gewalt bewußt propagiert. Dieses Stück wird in der Bundesrepublik verkauft, es ist dort uraufgeführt worden, es heißt „Guerillas" und es drückt im Vorwort die Hoffnung aus, sich des Delikts der Aufruhrhetze schuldig zu machen, weil ich glaube, daß Aufruhr eine durchaus legitime politische Form ist. Als Hesse bin ich sehr stolz darauf, daß ich Bürger des einzigen Landes auf der Welt bin, das in der Verfassung das Recht auf Rebellion garantiert. ●

Martin Walser
Der Grund zur Freude

99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

Fünfter Teil: Etwas zum Erschrecken

41. Eins gibt das andere:
Die Meinung soll frei sein, das Eigentum geschützt.
Wo alles jemand gehört, ist auch die Meinung
Eigentum. Deshalb haben die meisten
keine eigene.

42. Existenzfrage:
Wem bist du nützlich und wer nützt dir? Von wem
also lebst du? Weißt du also, warum du
deinen Mund nicht aufmachst, wenn Ausbeuter
Ausbeuter genannt werden müssen?

43. Ein schöner Zug zu früh:
Wir sind so schnell versöhnt.
Wenn sie von unsrem Wert
uns etwas wiedergeben und ein Fußballspiel
geht schicksalhaft gut aus, singen wir,
als wären wir hier schon zuhaus.

44. Die CDU greift zu:
Die verlangen einander Demokratieschwüre ab,
als wären's member cards des Herrenclubs.
Daß dir bloß, SPD, vor Abgrenzung
die Wespentaille nicht bricht.

45. Tagesschau, 11. August 1971:
Sagt der Sprecher: 90 Prozent der Aktien
sind jetzt in den Händen von 2 Prozent
der Bevölkerung. Vertreten werden die
von unseren Volksparteien.

46. Hit:
Wenn ich lese, worauf sie grad wieder
stolz sind in Hamburgnewyork, knie ich
nieder, verrichte mein Nachtgebet und laß
in mir die Glocken läuten.

47. Herbert Wehner:
Unter diesen Glatten einer, der uns nicht anschaut,
als wären wir, ihn zu photographieren, gekommen.
Ihm begegnend, begegnest du ihm und
keinem Image.

48. Aufstiegsbedingungen:
Verleugnen, was ich von einer Mutter erfuhr.
Das Elend vergessen, das der Kapitalismus
auf meinen Vater lud. Überlaufen zu denen,
die meinen Bruder erschießen ließen.

49. Leicht gesagt:
Wer mehr sagt, als er tut, predigt.
Wer weniger sagt, als er tut, lügt.
Wer sagt, was er tut, ist eitel. Wer tut,
was er sagt, ist gut.

50. Etwas zum Erschrekken:
Wie leicht ist es, etwas zu sagen, was man
nicht denkt; zu verschweigen, was gesagt werden sollte.
Wie leicht ist es, etwas Unanständiges zu tun,
wenn es anständig bezahlt wird.

Martin Walsers „99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins", die KONKRET in zehn Folgen erstveröffentlicht, sind der über Jahre fortgeführte Versuch, die Wirkung öffentlicher Vorgänge auf das eigene, private Bewußtsein festzustellen und festzuhalten. Walser hat sie in zehn Kapitel geordnet, die vom Privaten zum immer mehr Politischen führen.

Heile, heile Hitler!

UFA-Held Söhnker

Foto: Klaus Mehner

Friedrich Knilli, Professor für Germanistik an der TU Berlin, hat sich die Auferstehung von Adolfs Kultur in bundesdeutschen Verlagen und Fernsehredaktionen angesehen: Goebbels' Filme passen so anstandslos in Holzamers Unterhaltungsprogramm, als wären sie dafür gemacht. Oder umgekehrt . . .

Auf den Flohmärkten breiten bejahrte Hitlerjungen ihr Eigentum aus: Streichholzschachteln und Zigarettenspitzen mit Adolfs Zügen, Christbaumständer im Hakenkreuz, hakenkreuzbemalte Eierbecher und leere Befreiungsweinflaschen. Arme alte BDM-Mädchen tagträumen von großen Zeiten mit Sieg-Heil-Fingerhüten, Heil-Hitler-Schürzen, schwarz-weiß-roten Kleiderbürsten, Kaffeehäferln mit seinem Abziehbild und Hakenkreuzkuchenformen. Aber ein Rebbach ist das für die kleinen Leute gewiß keiner.

Den Big Deal machen die Großen in den Massenmedien mit Nazi-Kitsch ohne Nazis. Denn Traditionsreiche wie Telefunken bringen ihre Stars und Nachtigallen von damals zum Jubeln, ohne Schlägersongs, aber mit Schlagern: „Roter Mohn" jubiliert die Chilenin Rosita Serrano (SLE 14677-P). Lyrisch fragt der Tenor Herbert Ernst Groß „Wovon kann der Landser denn schon träumen", und ein Pimpf verspricht mit kleinem Stimmchen im großen Wunschkonzert für die Wehrmacht (FMI Electrola, C 148-31084/85): „Wenn ich groß bin, liebe Mutter, zeig ich Dir die ganze Welt, und dann bauen wir uns ein Häuschen, wo's am besten uns gefällt. Einen Wagen und zwei Pferde und ein Auto hast Du dann, denn für Dich da werd' ich sicher mal ein ganz berühmter Mann."

Auch ARD und ZDF treiben ihren Zuschauern Tränen der Rührung in die Augen, mit „Truxa" (1937), „Rosen in Tirol" (1940), „Friedemann Bach" (1941), „Immensee" (1943), „Zirkus Renz" (1943) oder mit La Jana im „Stern von Rio", einem von H. F. Köllner und dem späteren Adenauer-Pressechef Felix von Eckardt verfaßten Liebes-, Abenteuer-, Kriminal- und Revuefilm um einen Riesendiamanten, den Hubert von Meyerinck als holländischer Diamantenhändler auf einer internationalen Schau mit der Story anpreist:

„Aus dem brasilianischen Urwald, fern von jeder Zivilisation wurde ein neuer König unter den Edelsteinen, ein Riesendiamant von klarstem Wasser gefunden. Was die Natur in tausend Jahren erschuf, berührten Menschenhände und wurde ihnen zum Schicksal. Auf fremdem Grund und Boden geraubt, sollte er ein brasilianisches Mädchen schmücken, als Zeichen der Liebe. Doch da griff der Arm des Gesetzes unerbittlich zu, und Gefängnismauern schoben sich trennend zwischen das Liebespaar. Meine Damen und Herrn, es ist der Beginn der Geschichte des neuen Riesendiamants: Der Stern von Rio . . . . (Applaus)."

Diese internationale Diamantenschau findet in den Räumen eines holländischen Diamantensyndikats statt. In Amsterdam. Dort spielen zwei Drittel des Unterhaltungsfilms ohne Führerbild und Goldfasane. Uraufgeführt wurde dieser NS-Film am 20. März 1940. Am 10. Mai 1940 wurde Holland von Deutschland überfallen. Am 15. Mai kapitulierte es. Aber davon kein Wort in der ZDF-Sendung. Auch die ARD senden Nazi-Unterhaltungsfilme stets ohne Informationen über die Nazizeit. Und Telefunken und Electrola unterschlagen ebenfalls die Geschichte ihrer Schlager.

Warum eigentlich? Für wen wird die alte Ufa-Jugend noch einmal zum Laufen gebracht? Wer soll die Nazigallen tapsen hören? Wozu wird der Nazi-Müll auf die Straßen gekippt? Für die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), die wieder marschiert, für den Bund der Vertriebenen (BdV)? Für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslandsorganisation (NSDAP/AO), für den Bund Volkstreue Jugend? – Sicher nicht für sie. Sicher nicht für die

UFA-Heldin Marika Rökk: Heute so gut wie

Fotos: Institut für Filmkunde

UFA-Held Rühmann (l.): Die Nazigallen tapsen

gestern und vorgestern?

UFA-Stars Zarah Leander, Hörbiger: Traum, Schaum, wem?

Neue Rechte. Die nationalrevolutionäre Jugend Deutschlands singt nicht „Heimat deine Sterne" und gewiß nicht „Es geht alles vorüber", sie dichtet unmißverständlich: „Parteien verunreinigen ein Volk, sie splittern es auf. Die schwarze und die rote Partei sind beide nicht auf deutscher Grundlage aufgebaut, sondern auf einer Internationale, nämlich der christlichen und der sozialistischen, auf Moses und Marx. Schwarz und Rot sind undeutscher Herkunft, Schwarz und Rot sind Totengräber deutschen Wesens."

Schwarz und Rot sind undeutscher Herkunft, Schwarz und Rot sind Totengräber deutschen Wesens."

Und auch die alte Rechte, die NS-Greise, kommen kaum als Käufer und Leser von Nazi-Schmökern in Betracht. Jedenfalls wird im Buchdienst der „National-Zeitung" für keines der damals wie heute erfolgreichen Unterhaltungsbücher geworben, weder für Muschlers Liebesroman „Die Unbekannte" (1933), deren schöne Totenmaske an allen Wänden hing, noch für Spoerls „Feuerzangenbowle" (1935), ein Bestseller auch als Film. Auch um die Sachromane „Anilin" (1936) und „Metall" (1939) von dem Hitlerjungen-Quex-Autor Karl Aloys Schenzinger – damals wie heute Verkaufsschlager – kümmern sich die Buchdienste nicht, denn die NS-Greise lieben den blutigen Sex der Greueltaten à la „Verbrechen am deutschen Volk" von Erich Kern: „Bei einem Partisanenunternehmen zwischen Rylsk und dem Brajansker Wald wurden zehn Feldgendarmen durch Partisanen gefangengenommen. Nachher fand man sie in einem Dorf vor dem Schulhaus tot liegen, und zwar völlig nackt mit abgeschnittenen Geschlechtsteilen und Ohren und ausgestochenen Augen." Und die alten Goldfasane heben den Kopf nach Heldentaten à la „Holt Hartmann vom Himmel!" von R. Roliver und T. J. Constable:

„10 000 Rubel sollen sie auf seinen Kopf ausgesetzt haben (eine seltsame, eher kapitalistische Lockung für seine kommunistischen Gegner), 352 feindliche Flugzeuge hat er abgeschossen, über 1400mal ist er gestartet, in mehr als 800 Luftkämpfe war er verwickelt, zehneinhalb Jahre Gefangenschaft und Zwangsarbeit hat er nicht nur überlebt, sondern ungebrochen durchgestanden – mit Hungerstreik, Gefangenenmeuterei und Widerstand gegen den NKWD, um endlich heimzukehren: immer noch körperlich und geistig fit genug, um die gnadenlosen Prüfungen für Düsenjägerpiloten mit Glanz zu bestehen und die schnellsten Einsatzflugzeuge mit doppelter Schallgeschwindigkeit zu fliegen."

Nein, nein, die Nazi-Unterhaltung in den Massenmedien heute ist kein Nostalgieprogramm für Alt- und Neu-Nazis, sondern Unterhaltung für müde Typen. Jedermann kann diese Nazi-Unterhaltung ohne Führerbild und Horst-Wessel-Lied genießen. Und ohne äußeren und inneren Widerstand sollte sie auch damals genossen werden können. Der Reichspropagandaminister ging nach zwei Jahren erfolgloser nationalsozialistischer Programmpolitik zur Unterhaltung über: der erfolgreichsten Form der Propaganda. Goebbels 1935 über das Rundfunkprogramm:

„Es soll in einer klugen und psychologisch geschickten Mischung Belehrung, Anregung, Entspannung und Unterhaltung bieten. Dabei soll besonderer Bedacht gerade auf die Entspannung und Unterhaltung gelegt werden, weil die weitaus überwiegende Mehrzahl aller Rundfunkteilnehmer meistens vom Leben sehr hart und unerbittlich angefaßt wird, in einem nerven- und kräfteverzehrenden Tageskampf steht und Anspruch darauf hat, in den wenigen Ruhe- und Mußestunden auch wirkliche Entspannung und Erholung zu finden."

Die vom Leben so hart angefaßten Volksgenossen bekamen ihr Entspan-

Verlag Association GmbH

M. Grüttner
Wem die Stadt gehört
Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965–1975

Gruppen, die im Reproduktionsbereich politisch arbeiten, Marxisten, die versuchen, die treibenden Momente städtischer Entwicklung unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung herauszuarbeiten, beziehen ihren theoretischen Hintergrund meist aus Engels' Arbeit „Zur Wohnungsfrage", einem Buch, das die Tatsache, daß es vor über 100 Jahren geschrieben worden ist, wohl kaum verleugnen kann. Das spricht sicherlich nicht gegen Engels, eher schon gegen die Linke, die bisher nur ausschnittsweise in der Lage war, eine neue, veränderte Wirklichkeit materialistisch zu erfassen.
Mit dieser Arbeit soll versucht werden, diese Lücke zu verkleinern. Am Beispiel Hamburgs, der größten Stadt der BRD, wird dargestellt, welche „Gesetzmäßigkeiten", welche politisch-ökonomischen Interessen und Strategien heute die Lebensbedingungen in den kapitalistischen Metropolen, vor allem die Wohnverhältnisse bestimmen.

ca. 260 Seiten, ca. 16,00 DM

Reihe **POLITISCHE ÖKOLOGIE**
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft 5

Hrsg. H. Strohm
Stadt- und Verkehrsprobleme
Zur HABITAT-Konferenz der UNO
mit Beiträgen von
I. Illich, G. Kade, S. Rogge,
D. Stöfen, H. Strohm, H.-J. Vogel
DM 5,50

Die in diesem Buch vorgelegten Texte behandeln schwerpunktmäßig die sich aus der Übermotorisierung ergebenden Probleme in den hochindustrialisierten Ländern.

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

nungs- und Erholungsprogramm: das große Wunschkonzert. Es war die beliebteste und längste Unterhaltungssendung. Sie begann als Bettelsendung für das Winterhilfswerk an einem Weihnachtstag im Jahre 1935 und wurde 1939 als Großes Wunschkonzert für die Wehrmacht fortgesetzt. Jeder Traumwunsch wurde erfüllt, wie traumatisch er auch immer war: Für 20 Reichsmark konnte Klein-Dieter im Harz eine Dampflok pfeifen hören, für 50 Mark wurde das Pausenzeichen für die Lotseninsel gesendet, für 100 Reichsmark eine Geige zum Schluchzen gebracht, und für noch mehr weinten und lachten Stars und Nachtigallen Großdeutschlands. Für ihre gespendeten Gagen bekamen sie von dem populären Ansager Heinz Goedecke Auftrittsverse geschmiedet: „Wo alles dient dem guten Zweck, da fehlt auch nicht Marika Rökk." Oder: „Hans Söhnker wurde eingespannt und sang ein Lied der Waterkant." Und: „Zur Bühne schaut sie bang hinüber, wie immer hat sie Lampenfieber. Doch dann begann die Frau zu singen, und der Applaus will nicht verklingen . . . Zarah Leander."

Diese Lebenslust aus dem Äther übertönte die Todesschreie aus den Gaskammern und den Lärm über den Schlachtfeldern. Von solch unschönen Aufgaben ist freilich den schönen Stimmen nichts mehr anzuhören. Sie haben ihre Schuldigkeit getan. Heute klingen sie unschuldiger denn je. Und so verkauft Electrola altes kostbares Ohrenschmalz ohne bitteren Nachgeschmack. Nur der Telefunken-Konzern fürchtete Störungen des Hörgenusses, freilich nur vom Rauschen des alten Schellacks. Deshalb hüllte Rudi Bohn die nackten Stimmen in das neue Stereokleid eines Orchesters, ganz nach dem Slogan: Stereo-Couture für edle Originale!

Aber nicht nur Rundfunk und Literatur, ganz besonders hatte auch der Film zu unterhalten. Von den 1094 zwischen 1933 und 1945 produzierten Spielfilmen waren 941, das sind immerhin 86%, Unterhaltungsfilme ohne Führerbild und Horst-Wessel-Lied. Sie spielen in einer Gartenlaube der Marlitt und Courths-Mahler. Und diese Systemferne haben sich zahlreiche Drehbuchautoren, Produzenten, Regisseure und Darsteller vor und nach 1945 politisch zugute gehalten: Arthur-Maria Rabenalt 1958 in „Film im Zwielicht / Über den unpolitischen Film im Dritten Reich und die Begrenzung des totalitären Anspruchs".

Die letzte Entnazifizierungsbescheinigung wurde am 14. 3. 1976 vom SFB ausgestellt, in der Sendung: „Ohne Führerbild und Goldfasan". Söhnker: „Der Führer war nicht im Bilde." Axel von Ambesser: „Es durfte in unseren Filmen nicht mehr Heil Hitler gesagt werden!" Geza von Cziffra: „Leute, die Unterhaltungsfilme machten, hatten ziemlich freie Hand." Wien-Film Hartl: „Wir haben eigentlich eine Flucht in die Vergangenheit begangen."

Und auch Felix von Eckardt, Adenauers Pressechef und Staatssekretär, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern (1955) und Schulterband (1962) stilisierte letzten Herbst in der Talkshow „Je später der Abend" seine 30 Drehbücher zu unpolitischer Erwerbstätigkeit im Schatten des Propagandaministeriums. Sollte Goebbels Spaßmacher, von 1929 bis 1932 immerhin Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft in Brüssel, tatsächlich von Hitlers Absicht, Holland, Belgien und Luxemburg zu überfallen, nichts geahnt haben, als er 1939/40 das Drehbuch für den in Amsterdam und Brasilien spielenden Revuefilm „Stern von Rio" schrieb? Sollte er tatsächlich nicht gewußt haben, daß er mit seinem Film Freund- und Feindbilder für die Überfälle lieferte? Auf der einen Seite das internationale Diamantensyndikat geldgieriger, intriganter und lüsterner alter Holländer; auf der anderen Seite der junge und liebenswerte volksverbundene, brasilianische Großgrundbesitzer, Don Felipe, der sich für jeden seiner Landsleute verbürgt und dem Vorwurf, er gebe sich mit dieser Bürgschaft Illusionen hin, im Stil von Hitlerprophetien begegnet: „Vielleicht haben Sie recht. Aber oftmals kommen Illusionen der Wahrheit näher als die Überlegungen des Verstandes."

Filmunterhaltung ohne Führergruß war alles andere als systemferne Unterhaltung, wie die Entnazifizierer Hausen und Paulsen in der SFB-Sendung „Ohne Führerbild und Goldfasan" den Nachgeborenen einreden wollen. Diese sollten lieber auf den Reichsfilmintendanten hören, Dr. Fritz Hippler weiß es besser: „Die Systemferne war ja kein Spezifikum, keine besondere Eigenschaft des Films im Dritten Reich. Die ganze Filmliteratur von Rudolf Arnheim, Bela Balázs, Siegfried Kracauer bis Zglinicki sind sich ja darüber im klaren, und es ist überall nachzulesen, daß der Film seit dem Beginn seines Entstehens überhaupt die soziale Realität vernachlässigte, daß er die handelnden Figuren soziologisch nicht konturierte, daß seine Handlungsführung unpsychologisch war, kurz, daß es sich hier um ein Traumfabrikat der Traumfabrik Film gehandelt hat, angesiedelt in irgendeinem Niemandsland. Dazu bestimmt, vergessen zu machen Elend, Arbeitslosigkeit, Not und Sorgen des Alltags. Das waren die Funktionen des Films. Und die waren, wie gesagt, mit dem Film verbunden, schon als die ersten Filme gedreht wurden. Das wurde 1933 nicht anders."

Dr. Fritz Hippler hat recht. Das wurde 1933 nicht anders. Und das wurde auch 1945 nicht anders. Die Nazis hatten keinen Grund die Tradition kapitalistischer Unterhaltung zu unterbrechen: das faschistische Deutschland war ein kapitalistisches Deutschland. Und ARD, ZDF und die Schallplattenkonzerne haben auch keinen Grund, die Tradition kapitalistischer Unterhaltung nicht fortzusetzen: Die BRD ist ein kapitalistisches Deutschland. In einer Prachtvilla und inmitten reiner Bergluft und mit Blick auf den Watzmann philosophiert der ehemalige SS-Sturmbannführer und Gestalter des Hetzfilms „Der ewige Jude" über die kapitalistische Unterhaltungsfabrik im NS-Staat:

„Es wurde also dort nur in der Hinsicht fortgesetzt, was mit den Filmen an sich verbunden war. Und derartige Filme, die wurden im Dritten Reich nicht nur geduldet, sondern sie wurden ausdrücklich gewünscht, weil sie nach den mehrfach erfolgten Aussprüchen des Propagandaministers dazu dienten, die gute Laune im Volk aufrecht zu erhalten, vor allem gerade im Kriege, und weil sie dazu dienten, das Programm zu bereichern für die neuen Märkte, Filmmärkte, die sich erschlossen hatten durch die Besetzung von fremden Ländern und neuen Gebieten." ●

Zweitausendeins No 2. „Das Erstaunliche an diesem Unternehmen ist der Preis."

Das sagt der Hessische Rundfunk zu den 20 kompletten Jahrgängen von Akzente, der 11.900 Seiten starken Literatursammlung zum in der Tat erstaunlichen Preis von ganzen 49.90 DM.

Verlagsleute haben uns gefragt, ob uns bei diesem Preis irrtümlich das Komma verrutscht ist. Ein Autor hat vermutet, wir hätten eine geheime Druckmaschine mit neuartiger Technik im Keller.

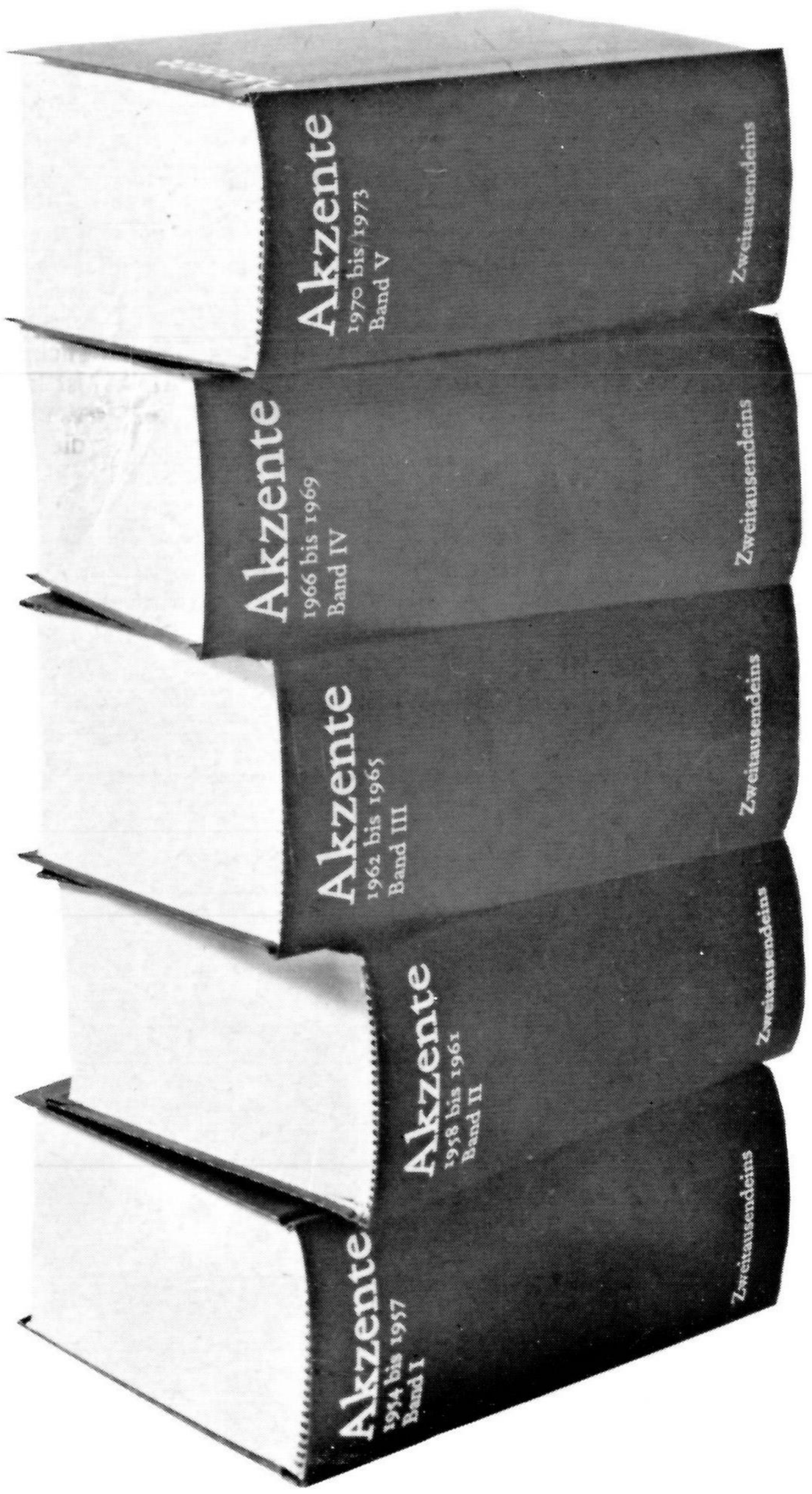
Die Deutsche Welle: „Verlegerisches Wunderwerk."

Wir haben schlicht dem Hanser Verlag die Nachdruckrechte für die kompletten 20 Jahre Akzente (1954 bis 1973) abgehandelt. Und damit die Rechte an der bedeutendsten und größten Literatursammlung der Nachkriegsgeschichte. Spezialisiert auf Erstdrucke, gegründet und herausgegeben von Walter Höllerer und Hans Bender. Unser Exklusiv-Nachdruck birgt eine eindrucksvolle Anthologie deutscher und internationaler Literatur.

Einige der Akzente-Autoren:
Max Frisch, Alfred Döblin, Jean Genet, Heinrich Böll, Karin Struck, Arno Schmidt, Hermann Hesse, Hans Arp, Bert Brecht, Günter Grass, Martin Heidegger, Günter Wallraff, Theodor W. Adorno, Ingeborg Bachmann, Gottfried Benn, H. C. Artmann, Ernst Jünger, Johannes Bobrowski, Thomas Mann, Martin Walser, Ernst Kreuder, Friedrich Dürrenmatt, Uwe Johnson, Robert Musil, Ilse Aichinger, Hermann Kesten, Wolf Wondratschek, Samuel Beckett, Paul Celan, Nelly Sachs, Peter Weiss, Franz Kafka, Alain Robbe-Grillet, Walter Jens, Karl Krolow, Alfred Jarry, Helmut Heissenbüttel, Günter Eich, Italo Calvino, Dieser Kühn, Ina Seidel, G. B. Fuchs, Walter Kempowski, Hans Magnus Enzensberger, Wolfgang Hildesheimer, Peter O. Chotjewitz, Hans Erich Nossack, William S. Burroughs, Peter Suhrkamp, Karl Krolow, Alfred Andersch, Gerhard Rühm, Friedrich Sieburg, Ionesco, Wolf Biermann, Peter Handke, Günter Wallraff, Helga Novak, Günter Kunert, LeRoi Jones, V. O. Stomps, Hans Henny Jahnn, Cesare Pavese, Peter Rühmkorf, Gerd Gaiser, Erich Fried, Paul Klee, Peter Huchel, Marie Luise Kaschnitz, Alexander Kluge, Reinhard Lettau und viele andere.

„Kaum eine literarische Entwicklung, die von den Akzenten nicht eingeläutet worden wäre, kaum ein wichtiger Name, der in ihnen nicht auftauchte. Die fast schon legendäre Gruppe 47 hatte in den Akzenten ihren entschiedensten Wegbereiter." Südwest Presse.

Die Deutsche Welle zog das Resümee: „Am besten, man blättert in den ganzen 20 Akzente Jahrgängen, wenn man verfolgen und nachprüfen will, daß und wie (Akzente) der Entwicklung der deutschen Nachkriegsliteratur die Wegmarken setzte – nicht zuletzt in der Vermittlung internationaler literarischer Tendenzen."



Die 20 kompletten Jahrgänge von Akzente, der 11.900 Seiten starken Literatursammlung zum Preis von 49.90 DM.

Der Unterschied zwischen 1.400 Mark und 49.90.

Vergriffene Jahrgänge von Akzente wurden einst speziell für amerikanische Universitäten nachgedruckt (Library of Congress Card Number 56–41517) und später pro Jahrgang bis zu 70 Mark gehandelt. Macht für zwanzig Jahrgänge erschreckende 1.400 DM.

Bibliotheken wie Bibliophilen bleibt jetzt einiges erspart: Unser ungekürzter Nachdruck der Original-Vorlagen, gedruckt auf 11.900 Dünndruckseiten, gebunden in 5 dicke Leinen-Bände von den Ausmaßen 15 x 10 x 6 cm kostet dagegen ganze 49.90 DM.

„Erstaunlich billig." Sagt der Stern.

Der ungekürzte Nachdruck birgt auch jene Sonderausgaben, Symposien und Aufsätze wie „Schreiben für die Arbeitswelt", „Literatur vor Gericht (Pornografie)", „Der deutsche Schlager", „Trivialliteratur" etc.

Bestellen Sie schnell mit dem folgenden Coupon. Denn der Vorrat ist begrenzt. Und ausgeliefert wird streng in der Reihenfolge des Bestelleingangs.

Zweitausendeins No. 2: 20 Jahre Akzente nur bei uns und nur für 49.90 DM.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand,
Hahnstraße 54–56, Postfach 710 249,
6000 Frankfurt/M. 71.

Ich bestelle ___ Exemplar(e) der kompletten 20 Jahre Akzente mit 11.900 Seiten, 5 Leinenbände, Format 15 x 10 x 6 cm, für nur 49.90 DM, incl. Mehrwertsteuer.

Lieferung solange der Vorrat reicht.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2.50 Versand.

☐ Schicken Sie die Akzente bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.

Keine Lieferung ins Ausland.

Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Meine Unterschrift, Datum

AK 7

IMPORTIERT AUS DER UdSSR

ORIGINAL СПИ ORIGINAL

Moskovskaya

OSOBAYA WODKA

40% VOL. 0,5 L

HERGESTELLT UND AUF FLASCHEN GEFÜLLT IN DER UdSSR

FÜR V/O „SOJUZPLODOIMPORT" MOSKAU

SCHMECKT GEKÜHLT AM BESTEN

Generalvertretung für die Bundesrepublik Deutschland:

Simex 517 JÜLICH

Das mindeste, was man von einem echt russischen Wodka verlangen kann, ist, daß er aus Rußland kommt.

Simex 517 JÜLICH. ALLE ECHT RUSSISCHEN WEINE, SEKTE UND SPIRITUOSEN.